

## IV. Was wird aus Berlin?

In another moment down went Alice after it, never once considering how in the world she was to get out again. The rabbit-hole went straight on like a tunnel for some way, and then dipped suddenly down, so suddenly that Alice had not a moment to think about stopping herself before she found herself falling down a very deep well. [...] ‚Well!‘ thought Alice to herself. ‚After such a fall as this, I shall think nothing of tumbling downstairs! How brave they’ll all think me at home!‘ [...] so many out-of-the-way things had happened lately, that Alice had begun to think that very few things indeed were really impossible.

Lewis Carroll<sup>1</sup>

### 1. Eine internationale Insel

Als Marschall Žukovs Erste Panzerbrigade in den Abendstunden des 21. April 1945 den Stadtrand Berlins erreichte, lagen fünf verlustreiche Kampftage hinter den Truppen der Roten Armee. Allein bei der Schlacht um die Seelower Höhen waren 33 000 sowjetische und 12 000 deutsche Soldaten gefallen. Berlin, einst eine der wichtigsten Industrie- und Handelsstädte Europas, war bereits schwer gezeichnet von amerikanischen und britischen Bombenangriffen. Die eigentliche Schlacht aber stand der Stadt mit ihren verbliebenen 2,8 Millionen Einwohnern noch bevor. Žukovs Erste Weißrussische Front und Konevs Erste Ukrainische Front hatten von Stalin den Befehl erhalten, mit übermächtiger Feuerkraft und massiver Überlegenheit in der Truppenstärke die Reichshauptstadt am sechsten Tag der Operation, an Lenins Geburtstag am 22. April, einzunehmen. 2,5 Millionen Soldaten, 6460 Panzer, 7500 Flugzeuge, 95 400 Motorfahrzeuge, 41 600 Artilleriegeschütze und Mörser, 3255 Katjuscha-Raketenwerfer, kurz: eine stärkere mechanisierte Streitmacht, als Hitler für die Eroberung der Sowjetunion aufgestellt hatte,<sup>2</sup> demonstrierten, welche Bedeutung Stalin der Einnahme Berlins durch die Rote Armee beimaß.

Während General Eisenhower die deutsche Hauptstadt nur für „einen Ort auf der Landkarte“<sup>3</sup> hielt und sich von Stalins Aussagen, wonach die sowjetische Offensive erst in der zweiten Maihälfte erfolgen werde, hinters Licht führen ließ, drängten Churchill und der Oberbefehlshaber der britischen Heeresgruppe in Nordwesteuropa, Feldmarschall Montgomery, vergeblich darauf, Berlin als „den entscheidenden Punkt in Deutschland“<sup>4</sup> zu betrachten, solange über der Stadt die deutsche Flagge wehte. Nach der Einnahme Magdeburgs durch amerikanische Truppen am 11. April 1945 gab es Pläne, wonach Berlin in wenigen Tagen erreicht

<sup>1</sup> CARROLL, *Alice’s Adventures in Wonderland*, S. 18, 21.

<sup>2</sup> Vgl. BEEVOR, *Berlin*, S. 167, 186, 229, 253; KERSHAW, *The End*, S. 168; ROBERTS, *Stalin’s General*, S. 214, 222–231; FEST, *Hitler*, S. 884, 1003.

<sup>3</sup> Zitiert nach ebd., S. 218. Vgl. EISENHOWER, *Kreuzzug in Europa*, S. 456; HOBBS, *Dear General*, S. 222.

<sup>4</sup> Churchill an Eisenhower, 31. März 1945, zitiert in CHURCHILL, *Second World War*, VI, S. 405.

werden konnte. Das amerikanische Oberkommando aber entschied, an der Elbe stehen zu bleiben. Stalin dagegen trieb seine Truppen in die Entscheidungsschlacht. Nach verlustreichen Straßen- und Häuserkämpfen erreichten sie das von den deutschen Verteidigern mit einem Netz von Befestigungsanlagen umgebene, auf ganz merkwürdige Weise als „Höhle der faschistischen Bestie“<sup>5</sup> bezeichnete Ziel der sowjetischen Propaganda: den Reichstag. Auf dem von Bombenhagel und Geschützfeuer schwer gezeichneten Wallot-Bau vollzogen Rotarmisten am 30. April 1945 jenen Akt, mit dem Sieger am Ende von Kriegen gewöhnlich ihrer militärischen Überlegenheit Ausdruck verleihen. Sie hissten die Flagge der siegreichen Nation.

Zwischen Trümmern und ungezählten Leichen gewann die noch vereinzelt in den Straßen der Hauptstadt wehende Losung der NSDAP *Das alles verdanken wir unserem Führer!* eine geradezu makabre Bedeutung. Das in der von Staub durchsetzten Luft weithin sichtbare rote Banner symbolisierte dagegen die Erschütterung des deutschen Nationalbewusstseins. Und nicht nur das: Inmitten des zwei Tage später kapitulierenden Berlins stand es auch für den Anspruch Stalins, die Revolution nach Westen zu tragen.

Kriegsbeute, das wusste er, konnte die Stadt nach den bereits im Krieg getroffenen Vereinbarungen nicht sein. Doch die exklusive Präsenz sowjetischer Soldaten, die er mit einer Mischung aus Geschick und Gerissenheit für zwei Monate bis in den Juli 1945 hinein sicherstellte, als amerikanische und britische Truppen bei gleichzeitiger Aufgabe ihrer Stellungen in Sachsen, Thüringen sowie im westlichen Teil Mecklenburgs in ihre Sektoren einrückten, verband der Diktator mit der Erwartung, in den ersten Wochen und Monaten in der Hauptstadt vollendete Tatsachen schaffen zu können. Diese sollten ihm langfristig einen bestimmenden Einfluss auf die Geschehnisse Berlins garantieren und darüber hinaus eine Sogwirkung auf das übrige Deutschland entfalten. Sein Vorgehen entsprach in mancher Hinsicht den Prinzipien, die jede Besatzungsmacht zu befolgen hat, will sie nicht nur den Krieg, sondern auch den Frieden für sich gewinnen: Sie sorgt möglichst rasch für Ruhe und Ordnung, stellt die Versorgung der Bevölkerung sicher, baut eine funktionierende Verwaltung auf, bindet, ohne das Heft aus der Hand zu geben, die Besiegten in die langfristig bedeutsamen Entscheidungen ein und informiert mit Hilfe ihr wohlgesonnener Medien über Grundzüge ihrer Besatzungspolitik. Um all das bemühten sich die Eroberer der ersten Stunde in engem Zusammenspiel mit jenen deutschen Kadern, die bereits während des Krieges in der Sowjetunion auf ihre Aufgabe vorbereitet worden waren.

Erschwert wurde das Vorgehen durch die katastrophale Lage, die Berlin mit anderen Großstädten des besiegten Reiches teilte. Wo „früher die Geräusche und die Hupen, das Brausen und Rauschen von Tausenden von Autos, das Branden eines enormen Verkehrs“ zu hören waren, herrschte „Grabesstille, über dem Schutt der Stadt, in den verlassenen Wohnvierteln“. Zugleich gab es aber auch „ein unaufhörliches Kriechen, Krabbeln und Tasten; [...] ein ewiges Kommen

<sup>5</sup> Äußerung Stalins zitiert nach BEEVOR, Berlin, S. 233.

und Gehen, Wandern, Laufen, Durchqueren; ein Scharren und Knarren von Millionen von rastlosen Sohlen“.<sup>6</sup> Dieses Durcheinander eröffnete den Besatzern eine Chance. Denn in dem „Gewirr der Unsicherheiten und Fragwürdigkeiten [schien] noch alles möglich, jeder Weg offen, jede Entwicklung denkbar“.<sup>7</sup> Genau darauf zielten die auf Befehl des sowjetischen Stadtkommandanten zügig in Angriff genommenen Wiederaufbaumaßnahmen der ersten Wochen. Weil alles demokratisch aussehen musste, wurde das Amt des Oberbürgermeisters einem Parteilosen, dem Architekten Arthur Werner, übertragen. Doch die wichtigsten Abteilungen des Magistrats (Personal und Verwaltung, Finanz-, Steuer- und Sozialwesen sowie Volksbildung) und das Amt des Polizeipräsidenten gingen an Kommunisten. In den 20 Bezirken Berlins war das Vorgehen identisch: Bürgermeister wurden sozialdemokratische oder bürgerliche Politiker, das Amt des Stellvertreters ebenso wie die Posten der zentralen Abteilungen wurden Kommunisten anvertraut. Mit List und Rücksichtslosigkeit setzten die Genossen der Gruppe Ulbricht, ein „getreues Spiegelbild der herrschenden Funktionärstypen des Stalinismus“,<sup>8</sup> die ihnen von sowjetischer Seite übermittelten Direktiven mit „ordinärem Gehorsam“<sup>9</sup> um.

Die fehlende Überparteilichkeit, der Mangel an Wohlwollen und Selbstlosigkeit, das Streben nach totaler Beherrschung und nicht zuletzt das Verhalten beträchtlicher Teile der vorrückenden Roten Armee, die vergewaltigend und plündernd durch die Straßen, Wohnstuben und Keller Berlins zog und damit unter Beweis stellte, wie dünn der Firnis des Humanen ist und wie sehr das Perverse im Normalen nistet – all das waren entscheidende Gründe dafür, dass die sowjetischen Sieger bei allen vorteilhaften Voraussetzungen ihren Kredit bereits in den ersten Wochen und Monaten verspielten. In dem Moment, in dem Stalin das Herz der Hauptstadt militärisch eroberte, verlor er politisch die Herzen der Hauptstädter. Was die britische Regierung prägnant zur Maxime ihrer Besatzungspolitik erklärte – nämlich Maßnahmen zu vermeiden, die zu einer dauerhaften Entfremdung zwischen Siegern und Besiegten führen würden –, mochte dem russischen Bären einleuchtend erscheinen. Doch seine Gewohnheiten diktierten ihm ein Verhalten, als dessen Konsequenz die Berliner, wann immer und vor allem wenn sie die Wahl hatten, Zuflucht bei den anderen Siegermächten suchten.<sup>10</sup>

Besonders eindrücklich zeigte sich dieses Verhalten im Rahmen der Wahlen vom 20. Oktober 1946. In dem den kommunalen Charakter einer Stadtverordnetenversammlung sprengenden, weit über die deutschen Grenzen hinaus Beachtung findenden Ereignis gewannen die die Politik der Westmächte im Großen und Ganzen unterstützenden Parteien – die Christlich-Demokratische Union (CDU), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Liberaldemokratische Partei (LDP) – mehr als vier Fünftel der abgegebenen Stimmen,

<sup>6</sup> ZUCKMAYER, Deutschlandbericht, S. 141 f.

<sup>7</sup> ALLEMANN, Bonn ist nicht Weimar, S. 99.

<sup>8</sup> LEONHARD, Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 335 f.

<sup>9</sup> BURCKHARDT, Weltgeschichtliche Betrachtungen, S. 234.

<sup>10</sup> Vgl. NAIMARK, The Russians in Germany; SATJUKOW, Besatzer.

während die mit der sowjetischen Besatzungsmacht weithin identifizierte Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) noch nicht einmal ein Fünftel der Stimmbürger hinter sich vereinen konnte.<sup>11</sup> Aus Sicht der SMAD hatte „der Wahlkampf [...] den Charakter eines politischen Kampfes der Alliierten um den Einfluß in Berlin, und mittels dieser Stadt um den Einfluß in ganz Deutschland, angenommen.“ Für „viele Deutsche“ ging es dabei, so konstatierte dieselbe Quelle, um den Kampf zwischen „westliche[r] Demokratie“ und „[östlicher] Diktatur“.<sup>12</sup>

Die ersten und für vier Jahrzehnte letzten freien Wahlen in Groß-Berlin fanden vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen den Siegermächten statt. Tendenzen der Spaltung ebenso wie der Vereinheitlichung waren das Kennzeichen der Zeit: in den Zonen ebenso wie in den Sektoren. Die alte Hauptstadt war ein Spiegelbild der Verhältnisse in ganz Deutschland, und nach den Vorstellungen der Sieger sollte sie das auch sein.

Bereits während des Krieges hatten sich die ‚Großen Drei‘ im Londoner Protokoll vom 12. September 1944 sowie in dessen Ergänzungen vom 14. November 1944 darauf geeinigt, die Hauptstadt des Reiches als Ausdruck der Verantwortung für ganz Deutschland gemeinsam zu besetzen. Nach dem Vorbild des Alliierten Kontrollrates sollte Berlin von einer interalliierten Regierungsbehörde, der Alliierten Kommandantur, an deren Spitze die drei Stadtkommandanten standen, verwaltet werden. Unter der allgemeinen Leitung des Kontrollrates sollte jeder von ihnen der Reihe nach im monatlichen Wechsel als Leiter der Behörde amtieren. Jeder Kommandant verfügte über ein Vetorecht, das ihm bei Bewahrung des Rechts auf selbständiges Handeln im jeweils eigenen Sektor erlaubte, alliierte Entscheidungen im Rahmen der Kommandantur zu torpedieren. Der Zweckmäßigkeit halber wurde die Stadt in drei Sektoren aufgeteilt, deren je einer den drei Mächten zugewiesen wurde. Frankreich trat den alliierten Vereinbarungen am 1. Mai 1945 bei. Wie im übrigen Deutschland wurde auch in Berlin der französische Sektor aus dem britischen und dem amerikanischen Sektor gebildet.<sup>13</sup> Als

<sup>11</sup> Die Wahlbeteiligung lag bei 92,3 Prozent. Die SPD kam auf 48,7, die CDU auf 22,2, die SED auf 19,8 und die LDP auf 9,3 Prozent. Auch im sowjetischen Sektor erzielte die SPD mit 43,6 Prozent der Stimmen ein besseres Ergebnis als die SED mit 29,8 Prozent. Vgl. BERLIN. KAMPF UM FREIHEIT, S. 558f.

<sup>12</sup> Bericht von Kazakova. Ergebnisse der Wahlen zu den Berliner Selbstverwaltungsorganen, 17. Dezember 1946, in: DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 16, S. 76–95 (S. 77, 88).

<sup>13</sup> Vgl. Protokoll zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 1, S. 1–3; Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion vom 14. November 1944 über Ergänzungen zu dem Protokoll vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen von Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin (Auszug), in: ebd., Nr. 2, S. 4; Londoner Abkommen vom 14. November 1944 in der durch das Ergänzungsabkommen vom 1. Mai 1945 über den Beitritt der Französischen Republik abgeänderten Fassung (Auszug), in: ebd., Nr. 3, S. 4–7; Abkommen vom 26. Juli 1945 über die Ergänzung des Protokolls vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen von Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin (Auszug), in: ebd., Nr. 19, S. 16–17; HENDRY und WOOD, The Legal Status of Berlin, S. 31–39, 57–61.

„eine Art fünfte Zone“<sup>14</sup> blieb Berlin Hauptstadt, die als Mikrokosmos das von den vier Siegermächten besetzte Deutschland im Kleinformat widerspiegelte.

Die alliierte Entscheidung, Berlin gemeinsam zu besetzen, entsprach politischem Kalkül. Militärisch betrachtet war sie vor dem Hintergrund des Zuschnitts der Besatzungszonen, wie der zum Präsidenten aufgestiegene Dwight D. Eisenhower nach Beginn der Zweiten Berlinkrise im November 1958 feststellte, „ganz und gar unlogisch“.<sup>15</sup> Als „internationale Insel“<sup>16</sup> lag Berlin inmitten der sowjetischen Besatzungszone, ohne Teil derselben zu sein. Die kürzeste Entfernung zwischen der Hauptstadt und der britischen Zone betrug mehr als 170 Kilometer; mehr als 170 Kilometer also, die die westlichen Alliierten zur Versorgung der eigenen Truppen sowie der Bevölkerung in den westlichen Sektoren zurückzulegen hatten.

Wie in Deutschland deutete allerdings auch in Berlin zunächst wenig auf einen Bruch der Kriegskoalition hin. Wäre es anders gewesen, die westlichen Alliierten hätten sich im Rahmen der Europäischen Beratenden Kommission kaum auf einen derart prekären Zuschnitt der Besatzungszonen eingelassen. Allein im sowjetischen Sektor von Berlin waren 18 000 Soldaten der Roten Armee stationiert, weitere 300 000 nannten die östliche Zone zwischen Görlitz und Geisa ihr vorübergehendes Zuhause. Amerikaner, Briten und Franzosen verfügten dagegen über 6500 Soldaten in ihren Sektoren und 260 000 in den westlichen Zonen.<sup>17</sup>

Nach dem Studium der unterschriftsreifen Kommissionsentwürfe sowie einer genaueren Betrachtung der vereinbarten Zonen stellten US-Diplomaten fest, dass in allen Dokumenten zwar die gemeinsame Besetzung Berlins geregelt war, explizit aber keine Zugangswege für die Westmächte vorgesehen waren. Ihr Vorschlag, die drei Zonen deshalb „auf Berlin wie auf die Mitte eines Kuchens konzentrisch zusammenlaufen zu lassen“,<sup>18</sup> so dass jede Zone ihren eigenen Zugang zur Hauptstadt gehabt hätte, wurde von dem amerikanischen Verhandlungsführer, Botschafter John Winant, abgelehnt. Wie die Briten, die die Frage des Zugangs zu keinem Zeitpunkt thematisierten, weil sie eine gegenseitige Abschottung der Zonen für unwahrscheinlich hielten, setzte Winant auf eine fortwährende Zusammenarbeit mit den Sowjets und war darauf bedacht, nichts zu unternehmen, was das Misstrauen Moskaus hätte erregen können. Insofern gab es im Sommer 1944 eine bewusste Entscheidung, keine zusätzlichen Vereinbarungen in der Frage der Zugangsrechte nach Berlin anzustreben.

Zusätzliche oder gesonderte Vereinbarungen, die den Transitverkehr der Westmächte von und nach Berlin geregelt hätten, konnten an dem Recht der Amerikaner, Briten und Franzosen, in Berlin zu sein, ohnehin nichts ändern. Das Recht auf Präsenz, das sich für jede einzelne Siegermacht aus dem Sieg über Nazi-Deutschland, aus der bedingungslosen Kapitulation des Reiches, aus der alliierten

<sup>14</sup> CP(46)186, Policy Towards Germany, 3. Mai 1946, TNA, CAB 129/9.

<sup>15</sup> Eisenhower–Dulles Meeting, 30. November 1958, in: FRUS, 1958–1959. VIII, S. 143.

<sup>16</sup> CP(46)186, Policy Towards Germany, 3. Mai 1946, TNA, CAB 129/9.

<sup>17</sup> Dabei sind die Angestellten und Angehörigen der Militärregierungen nicht berücksichtigt.

<sup>18</sup> MURPHY, Diplomat unter Kriegern, S. 282; vgl. auch CLAY, Decision in Germany, S. 15, 25–27; STRANG, Home and Abroad, S. 215–217.

Übernahme der höchsten Regierungsgewalt in Deutschland und aus der im Londoner Protokoll festgelegten gemeinsamen Besetzung Berlins ergab und nicht von einem Abkommen mit der Sowjetunion abhing, schloss darüber hinaus zwingend das Recht auf Zugang ein. Die mündlichen und schriftlichen Vereinbarungen, die die drei beziehungsweise vier Siegermächte trafen, waren insofern nichts anderes als militärische und technische Details, die die Ausübung des Zugangsrechts regelten, jedoch kein Ersatz für die bereits bestehenden rechtlichen Grundlagen sein konnten.<sup>19</sup>

Vor dem Einmarsch ihrer Truppen in Berlin hatten die stellvertretenden Oberbefehlshaber der amerikanischen und britischen Streitkräfte, die Generäle Clay und Weeks, kein Übereinkommen unterzeichnen wollen, das eine bestimmte Anzahl an Schienen- und Landwegen festlegte und damit als Verzicht auf ein Zugangsrecht über *sämtliche* Wege hätte ausgelegt werden können. Stattdessen hatten sie auf Drängen Marschall Žukovs mündlich in eine vorübergehende Regelung eingewilligt, wonach unter dem Vorbehalt, die Frage im Alliierten Kontrollrat erneut aufzurollen, den Westmächten eine Eisenbahnstrecke, eine Fernverkehrsstraße und zwei Luftkorridore zur Verfügung stehen sollten, wobei sämtlicher Verkehr frei sein sollte von Grenzkontrollen oder der Kontrolle durch Zollbeamte oder militärische Behörden.<sup>20</sup>

Letztlich einigten sich die Siegermächte im Alliierten Kontrollrat auf Vorschlag eines Berichts des Luftdirektorats auf die Schaffung eines Systems von Luftkorridoren, das die Luftverbindungen von Berlin nach Hamburg, Bückeburg bei Hannover und Frankfurt am Main festlegte. Details des Luftverkehrs sowie genaue Flugvorschriften wurden auf dieser Grundlage im Oktober 1946 geregelt.<sup>21</sup> Unter sowjetischer Aufsicht sollte die Kohle- und Nahrungsmittelversorgung Berlins, nicht jedoch die Personenbeförderung nach Berlin, die zu einem späteren Zeitpunkt erörtert werden sollte, per Schienenverkehr über die Strecke Helmstedt-Magdeburg-Berlin erfolgen, der Fernstraßenverkehr über die Strecken Berlin-Hof, Berlin-Helmstedt, Berlin-Herleshausen und Berlin-Hamburg und der Schiffsverkehr über die Havel-Elbe- sowie die Mittellandkanal-Route.<sup>22</sup>

Moskaus frühzeitiges Widerstreben, den westlichen Alliierten den uneingeschränkten Zugang in die gemeinsam besetzte Hauptstadt zu gewähren, hatte we-

<sup>19</sup> Vgl. SCHOLZ, Der Status Berlins, S. 351–383; HENDRY und WOOD, The Legal Status of Berlin, S. 101–104; RIKLIN, Berlinproblem, S. 362f.; MAHNCKE, Berlin im geteilten Deutschland, S. 182, 185.

<sup>20</sup> Vgl. Notes of Conference between Marshal Zhukov, General Clay and General Weeks, 29. Juni 1945, in: CLAY PAPERS, I, S. 26–35 (S. 27).

<sup>21</sup> Vgl. Bericht des Luftfahrt direktorats über die Schaffung eines Systems von Luftkorridoren, 30. November 1945, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 33, S. 42–45; Flugvorschriften für Flugzeuge, die die Luftkorridore in Deutschland und die Kontrollzone Berlin befliegen, 22. Oktober 1946, in: ebd., Nr. 37, S. 48–58.

<sup>22</sup> Vgl. Bericht des Transport direktorats über die Berliner Kohlen- und Nahrungsmittelversorgung, vom Kontrollrat bestätigt, 10. September 1945, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 32, S. 40–42; HENDRY und WOOD, The Legal Status of Berlin, S. 123–129; DEAN, Berlin in a Divided Germany, S. 85.

niger mit der Absicht, ganz Berlin für sich zu reklamieren, als vielmehr mit dem Verlangen zu tun, alles und jeden zu kontrollieren, das und der den Weg durch die sowjetische Zone in die Hauptstadt nahm. Indem Moskau von Beginn an direkt oder indirekt zu verstehen gab, den Zugang der westlichen Alliierten kontrollieren zu wollen, nahm es für sich in der Berlinfrage eine gegenüber den Westmächten übergeordnete Stellung in Anspruch. Und indem der Kreml sich im Vorfeld des britisch-amerikanischen Einmarsches in Berlin weigerte, den Westmächten schriftlich den uneingeschränkten Zugang zuzugestehen, hielt er sich, ohne die eigene Position bereits während der Verhandlungen auf den Tisch legen zu wollen, die Option offen, die generellen Vereinbarungen über Berlin zu einem späteren Zeitpunkt dadurch infrage zu stellen, dass er ihnen in Abhängigkeit von der jeweiligen Situation eine andere Interpretation gab.

Doch das sowjetische Lavieren in der Zugangsfrage, das unter anderen Umständen die fehlende Übereinstimmung der Siegermächte ans Tageslicht gebracht hätte, blieb vorerst ohne Konsequenzen. Denn sosehr diese Frage seit dem Frühjahr 1948 in den Mittelpunkt alliierter Auseinandersetzungen rückte, so wenig spielte sie im Besatzungsalltag der ersten beiden Nachkriegsjahre eine Rolle; auch und nicht zuletzt weil anders als in ganz Deutschland die Viermächteverwaltung in der Hauptstadt weitgehend reibungslos funktionierte. Erst wenn Bewegung in die Deutschlandfrage kam, setzte in Whitehall stets auch das Denken über die Zukunft Berlins ein. Dann und immer dann wurde Berlin zu einer Spielwiese für außenpolitische Konzeptionen. Während Moskau sich aber auf den Heimvorteil verließ, ging es für London um ein höchst ungewöhnliches „Auswärtsspiel“.<sup>23</sup>

## 2. Auswärtsspiel

Ob sie es wollten oder nicht, in Berlin waren die Siegermächte viel mehr aufeinander angewiesen als im übrigen Deutschland und gerade deshalb stärker dem Gedanken der Kooperation verpflichtet. Hier war die Einheit noch bis in das Jahr 1948 erkennbar, während sie in den Zonen längst den nationalen Präferenzen geopfert worden war.

Angesichts der politischen Konstellation in Deutschland war diese Gratwanderung zwischen Teilung und Einheit durchaus gewollt. Die britische Regierung nutzte Berlin zunehmend als Fassade, hinter der sich ein westdeutscher Teilstaat als Kern der westlichen Eindämmungspolitik etablieren ließ, um zugleich durch ihre Präsenz vor Ort gegenüber den Deutschen und gegenüber Moskau mit ganz unterschiedlichen Absichten ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, an der Einheit des Landes festhalten zu wollen. Und doch war das Bekenntnis zu Berlin alles andere als selbstverständlich. Denn sosehr die Präsenz in Berlin der britischen Regierung politische Möglichkeiten eröffnete, sosehr erwachsen aus ihr langfristi-

<sup>23</sup> Survey of Present Situation in Germany, 24. April 1946. Annex zu CP(46)186, Policy Towards Germany, 3. Mai 1946, TNA, CAB 129/9.

ge Verpflichtungen. Die Entscheidung, an Berlin festzuhalten, war das Ergebnis eines regierungsinternen Ringens.

Erstmals rückte die Frage über die Zukunft Berlins in Whitehall Anfang Mai 1946 in den Mittelpunkt der Erörterungen, als Außenminister Bevin für eine Neu- ausrichtung in der Deutschlandpolitik plädierte. Würden sich die Westmächte auf ein separates Vorgehen in den westlichen Zonen verständigen, dann stellte sich zwangsläufig die Frage nach der Zukunft der Hauptstadt. Konnte sie, wenn es keine deutsche Zentralregierung in Berlin gäbe und Deutschland als Ganzes auf Jahre oder Jahrzehnte in Ost und West geteilt wäre,<sup>24</sup> als ungeteilte Stadt und damit als Symbol der Einheit fortbestehen? Oder würde auch sie geteilt werden? War man unter diesen Bedingungen bereit, die Teilung zu vollziehen? Wie würden die Berliner in den Westsektoren, wie die Deutschen im Westen reagieren? Käme die Teilung Deutschlands, womit zu rechnen war, gegen den Willen Moskaus zustande, welchen Kurs würde der in die Defensive geratene Stalin dann einschlagen?

Die Lage Berlins eröffnete Stalin jedenfalls die Möglichkeit, die Westmächte politisch und militärisch unter Druck zu setzen – politisch, indem er die gesamtdeutsche Karte spielte, um die Deutschen für sich zu gewinnen; militärisch, indem er den Westmächten ihre prekäre Stellung in Berlin vor Augen führte, sie zum Rückzug zwang und auf diese Weise demonstrierte, dass er nicht nur Herr im eigenen Haus, im östlichen Teil des Landes, war, sondern seinerseits den Anspruch erhob, mit der Hauptstadt im Rücken den westlichen Teil langfristig auf seine Seite zu ziehen. War man sich in London dieser Risiken bewusst, verdrängte man den Gedanken daran, oder war man bereit, zwar vorläufig auf Zeit zu spielen, um den Aufbau in den Westzonen nicht zu gefährden, letztlich aber neue Wege einzuschlagen und das militärisch kaum zu verteidigende Berlin aufzugeben, wenn Westdeutschland erst einmal im Westen integriert wäre?

Anders als die Kabinettsvorlage zur künftigen Deutschlandpolitik blieben Bevins Ausführungen zur Zukunft Berlins im Mai 1946 Stückwerk.<sup>25</sup> Bestenfalls dokumentierten sie die Unsicherheit über den bevorstehenden Drahtseilakt in der Deutschlandfrage; teilweise standen sie im Widerspruch zu den deutschlandpolitischen Grundsätzen; vor allem aber legten sie widerstreitende Meinungen innerhalb der Regierung offen, die darauf zurückzuführen waren, dass ihre Schlussfolgerungen entweder auf politischem Interesse oder auf militärischem Kalkül beruhten, nicht jedoch auf einer Kombination aus beiden.

Wenn in London die Relevanz Berlins im Kontext der deutschen Frage erörtert wurde, dann galt es drei Aspekte zu berücksichtigen: Berlin war die Hauptstadt des besiegten Deutschland, mit der die Deutschen in Ost und West ungeachtet der Besatzung nach dem Grundsatz „einmal Hauptstadt, immer Hauptstadt“<sup>26</sup>

<sup>24</sup> Vgl. Roberts an Bevin, 4. Oktober 1946, TNA, FO 371/55592 (C 11995/131/18); Robertson an Strang, 22. Januar 1948, TNA, FO 371/70574 (C 653/71/18/G); CP(48)5, Policy in Germany. Memorandum by the Secretary of State for Foreign Affairs, 5. Januar 1948, TNA, CAB 129/23.

<sup>25</sup> Survey of Present Situation in Germany, 24. April 1946. Annex zu CP(46)186, Policy Towards Germany, 3. Mai 1946, TNA, CAB 129/9.

<sup>26</sup> Ebd.

den Sitz ihrer Regierung verbanden. Auch deshalb hatten sich die Siegermächte auf einen gesonderten Viermächtestatus für Berlin geeinigt. Mit ihm wurde nicht nur die prinzipielle Bereitschaft zur Kooperation und zur Lösung der deutschen Frage, sondern auch der Fortbestand der Einheit des Landes dokumentiert. Und schließlich lag Berlin in der sowjetischen Zone.

Weil sämtliche Aspekte die alles andere als deckungsgleichen Interessen der beteiligten Akteure tangierten, war abzusehen, dass ein separates Vorgehen in den westlichen Zonen „schwerwiegende Konsequenzen“<sup>27</sup> für die britische Stellung in Berlin nach sich ziehen würde. Darin war man sich regierungsintern einig, nicht jedoch über die konkreten Folgen. Organisierten die Westmächte ihre Zonen als unabhängige Einheit, dann, so argumentierten einige, werde sich zwischen Ost- und Westdeutschland eine enorme Kluft auftun, und es sei allemal besser, sich auf die westlichen Zonen zu konzentrieren und „die Präsenz in Berlin [...] zu beenden, bevor der Schaden noch größer“<sup>28</sup> werde.

Während die Befürworter eines Rückzugs ihre Argumente auf die geographische Lage Berlins stützten und damit zu erkennen gaben, *die Berlinproblematik vom Ende her zu denken*, also unter Berücksichtigung des sowjetischen Eskalationspotentials, hielten ihre Kritiker ihnen entgegen, die deutschlandpolitischen Implikationen, die mit einem solchen Schritt unweigerlich verbunden waren, zu ignorieren.

Auf Anhieb mochte es vernünftig erscheinen, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg einer Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau dadurch aus dem Weg zu gehen, dass man den Russen Berlin überließ. Der westliche Entschluss, in den Westzonen vollendete Tatsachen zu schaffen, ohne den Verbleib in der Hauptstadt infrage zu stellen, also das Beste beider Welten für sich zu beanspruchen, musste Stalin, wollte er im Ringen um Deutschland nicht ins Hintertreffen geraten, zum Gegenangriff verleiten. Wenn man aber den Bruch mit Stalin für unvermeidlich hielt und deshalb für ein einseitiges Vorgehen im Westen plädierte, warum sollte man sich dann nicht auch zu diesem Bruch bekennen,<sup>29</sup> indem man Berlin quasi im Tausch für die freie Hand im Westen räumte und unnötigen Friktionen aus dem Weg ging? Galt dies nicht umso mehr, als eine Verschärfung der Spannungen im Falle eines westlichen Verbleibs in Berlin womöglich den Deutschen die Rolle des lachenden Dritten überlassen würde, der die alliierten Differenzen zu seinem Vorteil nutzen, die Mitte Europas nicht zur Ruhe kommen lassen und damit das einzige Ziel, über das sich die vier Siegermächte noch einig waren, konterkarieren konnte?

In ihrer bestechenden Einfachheit fand diese Argumentation nicht wenige Anhänger in Whitehall. Doch sie offenbarte auch ein bemerkenswertes Unverständnis nicht nur für die sowjetische Deutschlandpolitik und die nationalen Ambitionen

<sup>27</sup> CP(46)186, Policy Towards Germany, TNA, 3. Mai 1946, CAB 129/9.

<sup>28</sup> FO Memorandum O'Neill, 12. Februar 1946, TNA, FO 371/55362 (C 2969/131/18). Vgl. auch Administration and Local Government Branch, Bünde, an HQ I.[nternal]A.[ffairs] and C.[ommunication] Division, 30. März 1946, TNA, FO 1032/1886.

<sup>29</sup> Vgl. FO Minute Harvey, 13. Februar 1946, TNA, FO 371/55362 (C 2972/131/18).

der Deutschen, sondern auch für die Eckpfeiler jenes Entwurfs, den Bevin dem Kabinett im Mai 1946 vorlegte.<sup>30</sup> Gerade weil er über Berlin hinaus, also *die deutsche Frage vom Ende her dachte*, musste Berlin Kernbestand seines deutschlandpolitischen Konzepts sein. Für einmal deckte sich seine Analyse mit der seines sowjetischen Kollegen: „Was in Berlin geschieht, geschieht in Deutschland, und was in Deutschland geschieht, geschieht in Europa.“<sup>31</sup> Mit anderen Worten: Für die britische Deutschland- und Europapolitik und ganz konkret für deren Ausgangs- und Endpunkt – Konsolidierung durch Gegenmachtbildung und Transformation durch Magnetisierung – war die deutsche Hauptstadt von zentraler Bedeutung.

Ein westlicher, den Ereignissen vorausseilender Rückzug aus Berlin, so argumentierte Bevin im Kabinett, würde nicht nur die Sowjets ermuntern, ihre Expansion fortzusetzen und den Aufbau in den westlichen Zonen zu torpedieren. Er würde darüber hinaus ein fatales Signal an die Deutschen senden, weil diese sich unweigerlich die Frage stellen müssten, wie lange die Westalliierten überhaupt noch in Deutschland bleiben würden und ob sie nicht besser gleich auf die sowjetische Karte setzen sollten, zumal die Einheit des Landes dadurch bewahrt werden könnte. Im Umkehrschluss hieß das: Entschieden sich die Westmächte für den Verbleib in Berlin, dann konnten sie nicht nur darauf hoffen, das Vordringen Stalins zu stoppen und das westliche Deutschland zu konsolidieren, sondern auch die Deutschen im Westen *und* im Osten – diese langfristig, jene bereits kurzfristig – für sich zu gewinnen, indem sie Berlin als „Ausgangsposition“<sup>32</sup> nutzten, um das rote Imperium sowohl im Osten Deutschlands als auch in ganz Osteuropa zu Fall zu bringen.

Allerdings konnte auch Bevin die geographische Lage Berlins nicht ignorieren. Die dem sportlichen Wettkampf entlehene Metapher vom „westlichen Auswärtsspiel“<sup>33</sup> war indes kaum geeignet, das Berlinproblem im Kern zu erfassen. Zwar war auch in diesem Fall die Anreise beschwerlich und die Stimmung vor Ort bisweilen feindlich. Aber es gab keinen Schiedsrichter, der auf die Einhaltung der Regeln achtete. Vielmehr waren die Westmächte nach Einschätzung des Außenministers auf das „Wohlwollen der Sowjets angewiesen“.<sup>34</sup> Für den Fall eines separaten Vorgehens in den westlichen Zonen mussten sie aber mit dem Gegenteil rechnen. „We [...] should [then]“, hielt Bevin im Mai 1946 fest, ohne die verbleibenden Optionen zu prüfen und ohne die deutschlandpolitischen Folgen aufzuzeigen, „soon find ourselves forced out of Berlin.“<sup>35</sup>

Als der Bruch mit Stalin im Frühjahr 1946 durchdekliniert wurde, mochten die zu Berlin vorgetragenen Gedanken nicht in letzter Konsequenz durchdacht gewe-

<sup>30</sup> CP(46)186, Policy Towards Germany, TNA, 3. Mai 1946, CAB 129/9.

<sup>31</sup> Aussage Molotovs zitiert in PRELL und WILKER (Hrsg.), Berlin-Blockade, S. 56. Vgl. Burrows an Steel, 26. März 1947, TNA, FO 371/64454 (C 4707/593/18).

<sup>32</sup> Survey of Present Situation in Germany, 24. April 1946. Annex zu CP(46)186, Policy Towards Germany, 3. Mai 1946, TNA, CAB 129/9.

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> CP(46)186, Policy Towards Germany, 3. Mai 1946, TNA, CAB 129/9.

sen sein. Drei Entwicklungen zeichneten sich aber ab. Erstens: Ein freiwilliger Rückzug kam nicht infrage. Das machte Berlin allerdings noch nicht zum „politischen Tobruk“. <sup>36</sup> Vom erfolgreichen Ende her gedacht mochte Tobruk durchaus als Vorbild für die britische Berlinpolitik taugen. Der damit verbundene verlustreiche Weg war aber für kaum jemanden in Whitehall wirklich erstrebenswert. <sup>37</sup> Das heißt zweitens: Es gab keine Entscheidung für einen bedingungslosen, langfristigen Verbleib in Berlin. Stattdessen plädierte Bevin dafür, Stalins Reaktion abzuwarten, sollten sich die USA und Frankreich seinen Überlegungen zu einem separaten Vorgehen in den Westzonen bei gleichzeitiger „Aufrechterhaltung der Viermächtefassade“ <sup>38</sup> anschließen. Zu unsicher war ihm die Lage in Berlin, Deutschland und Europa im Mai 1946, als dass er auf der Basis von Spekulationen bereit war, seine politischen Optionen vorschnell zu reduzieren. Daraus ergibt sich eine dritte Feststellung: Bevin war sich bewusst, dass der wachsende sowjetische Druck auf die Westmächte in Berlin letztlich zur Aufgabe der Stadt führen konnte. Allerdings musste es nicht so kommen.

Und so operierte man in Whitehall bis in den Sommer 1947 im Rahmen der alles andere als deckungsgleichen Konzeptionen des Frühjahrs 1946. Erst im Vorfeld des Londoner Außenministerrats bemühte man sich im Foreign Office, begleitet von der britischen Militärregierung in Berlin, Szenarien auszuarbeiten oder, wie man in London notierte, ein „Kartenhaus“ zur Zukunft Berlins zu errichten, von dem man selbst nicht so recht wusste, ob man es nicht lediglich zum Selbstzweck erstellte, um es in Kürze „wieder mit Freude einzureißen“. <sup>39</sup>

### 3. Kartenhaus

Im Sommer 1947 rechnete man im Foreign Office mit einem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz. Weil inzwischen auch das Kabinett den Aufbruch in den Westzonen befürwortete, die US-Regierung nach der Moskauer Konferenz einen markanten Kurswechsel vollzogen hatte, Frankreich zunehmend auf die anglo-amerikanische Karte setzte und die Deutschen im Westen nicht abgeneigt schienen, die mit dem wirtschaftlichen Fortschritt verbundene Freiheitsfrage bei gleichzeitiger Verschleppung der Einheitsfrage zu lösen, rückte die Berlinfrage als Teil der britischen Deutschlandpolitik erneut auf die Tagesordnung. Das Scheitern des Londoner Außenministerrats, das zum „Meilenstein unserer Deutschland-

<sup>36</sup> Strang an FO, 23. Oktober 1946, TNA, FO 371/55374 (C 12873).

<sup>37</sup> Im Juni 1941 hatten britische und australische Truppen den Vormarsch des deutschen Afrikakorps vor Tobruk stoppen, die Stadt trotz Belagerung und Bombardements aus der Luft halten und die Achsenmächte im Dezember 1941 dank Verstärkungen zurückdrängen können. Doch im Juni 1942 hatte Generaloberst Rommel die Hafenstadt eingenommen und die Briten bis an die ägyptische Grenze zurückgeworfen. Erst im November 1942 war es Generalleutnant Montgomery gelungen, die Festung zurückzugewinnen.

<sup>38</sup> CP(46)186, Policy Towards Germany, 3. Mai 1946, TNA, CAB 129/9.

<sup>39</sup> FO Minute Leishman, o. D. [August 1947], TNA, FO 371/64461 (C 13076/593/18G).

politik<sup>40</sup> wurde, hatte per se keinen Einfluss auf die Berlinplanungen, war aber zentrale Voraussetzung für das separate Vorgehen im Westen, das wiederum in einer Kettenreaktion dazu führen musste, dass Stalin nicht nur „seine Karten auf den Tisch legen“,<sup>41</sup> sondern auch, so wurde befürchtet, den Hebel in Berlin ansetzen würde.

Mit dem Ende der Londoner Konferenz am 15. Dezember 1947 wurde der westdeutsche Zug in Bewegung gesetzt. Doch die ersten Schritte zur Stärkung der Bizonenverwaltung, die das sowjetische Außenministerium frühzeitig vorausgesehen<sup>42</sup> und zum Anlass genommen hatte, zunächst noch recht vage Überlegungen zur deutschlandpolitischen Bedeutung Berlins anzustellen, boten Stalin keine ausreichende Grundlage, den Druck auf die Westmächte in Berlin bereits zu diesem Zeitpunkt markant zu erhöhen.

Die britischen Berlinplanungen bewegten sich deshalb auch nach dem Scheitern des Außenministerrats in den Bahnen, die die Akteure im Sommer 1947 angelegt hatten. Auf Stalins Verhalten fixiert, der seinerseits das Vorgehen der Westmächte in den westlichen Zonen abwartete, gab es in Whitehall wie bereits im Frühjahr 1946 keinen Konsens über das weitere Vorgehen in Berlin. Im Gegenteil, über mehr als sechs Monate – von August 1947 bis Februar 1948 – arbeiteten sich die Diplomaten in London und die Berater der britischen Militärregierung in Berlin stets an denselben Fragen ab, ohne jemals zu einer sie selbst überzeugenden Antwort zu kommen: Wie würde die Sowjetunion auf das Scheitern des Londoner Außenministerrats und das daraus resultierende Vorgehen der Westmächte in den westlichen Zonen reagieren? Welche Maßnahmen konnte, welche Maßnahmen würde Stalin ergreifen? Und wie sollte sich die britische Regierung verhalten?<sup>43</sup>

Mit Beginn des Sommers 1947 wurden aus Kreisen der SMAD, mit Hilfe der SED sowie über die sowjetisch kontrollierte Presse Gerüchte gestreut, die die westliche Position in Berlin untergraben und die Berliner an der weiteren Präsenz der Westmächte zweifeln lassen sollten. Um ihre Meldungen, die jeder Grundlage entbehrten, glaubwürdig erscheinen zu lassen, verwiesen sie auf die angebliche Verlagerung von Industriegütern und ganzen FabrikAusstattungen aus den Westsektoren in die Bizone. Den sowjetischen Militärs wurden Aussagen zugeschrieben, die zwar auf dasselbe Ergebnis – den Verbleib der Roten Armee als einzige Besatzungsmacht in Berlin und die Integration der vier Sektoren in die östliche

<sup>40</sup> CP(48)5, Policy in Germany, 5. Januar 1948, TNA, CAB 129/23.

<sup>41</sup> FO Minute Dean, 6. November 1947, TNA, FO 371/64463 (C 15515/593/18G).

<sup>42</sup> Vgl. Bericht von Bogomolov, 17. Oktober 1947, in: DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 111, S. 426. Vgl. auch PECHATNOV und EDMONDSON, Russian Perspective, S. 137f.

<sup>43</sup> Vgl. FO Minute Leishman, o.D. [August 1947], TNA, FO 371/64461 (C 13077/593/18G); Draft Brief for U.K. Delegation to C.F.M., o.D. [Oktober 1947], TNA, FO 371/64461 (C 13077/593/18G); Cabinet Overseas Reconstruction Committee. The Four Power Occupation of Berlin in the Event of Failure of the Council of Foreign Ministers to Reach Agreement on German Unity. Memorandum by the Secretary of State for Foreign Affairs, 24. November 1947, TNA, FO 371/64463 (C 15515/593/18G); Berlin an FO, 27. Dezember 1947, TNA, FO 371/64464 (C 16483/593/18G).

Zone – hinausliefen, aber anders als die Zeitungsmeldungen nicht in erster Linie auf die Verunsicherung der Berliner Bevölkerung, sondern auf deren Einschüchterung und Verängstigung zielten.<sup>44</sup>

Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Atmosphäre im Alliierten Kontrollrat und in der Alliierten Kommandantur berichteten die britischen Nachrichtendienste im Herbst 1947 über eine Bemerkung des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Marschall Sokolovskij, gegenüber dem SED-Vorsitzenden Ulbricht, wonach die Sowjetunion alles daran setzen werde, „den Rückzug der Westmächte aus Berlin zu beschleunigen“.<sup>45</sup> Diese Aussage, die einen breiten Interpretationsspielraum ließ, basierte noch nicht auf konkreten Plänen, doch sie deutete in eine Richtung, in die die Spitze des Moskauer Außenministeriums in jenen Tagen tatsächlich dachte. Als „extreme Maßnahme, zu der man erst dann schreiten könnte, wenn es keinerlei Hoffnung auf eine Einigung [...] auf der bevorstehenden Tagung des Rats der Außenminister [...] gäbe“, so notierte der stellvertretende Außenminister Gusev in einer Denkschrift an Außenminister Molotov, „könnte die Sowjetunion gezwungen sein, die Beseitigung der Zone von Groß-Berlin und die Eingliederung des gesamten Berliner Territoriums in die sowjetische Zone zur Diskussion zu stellen“.<sup>46</sup>

Während die Meldungen über einen bevorstehenden Rückzug der Westmächte aus Berlin nach dem Scheitern des Londoner Außenministerrats in den Medien der sowjetischen Zone zunahmen, verdichteten sich nach Erkenntnissen der britischen Nachrichtendienste, die auf angeblichen Aussagen sowjetischer Verbindungsoffiziere in Berlin beruhten, im Januar 1948 zugleich Hinweise darauf, dass die „SMA nicht zögern würde, im Falle einseitiger [westlicher] Entscheidungen in Frankfurt oder bei der Währungsreform die Straßen- und Schienenverbindungen Richtung Westen zu schließen“.<sup>47</sup> Sowenig die Akteure in London diese Aussage verifizieren konnten, so passte sie doch zu dem fast zeitgleich an den Berliner Magistrat ergangenen Befehl der SMAD, den sowjetischen Behörden unverzüglich Details über Lagerkapazitäten für Lebensmittel in den Westsektoren mitzuteilen.<sup>48</sup> Beide Angaben spiegelten recht genau jene Überlegungen wider, die in Moskau noch vor dem Abbruch der Londoner Tagung angestellt worden waren beziehungsweise wenige Wochen danach in konkrete Planungen überführt wur-

<sup>44</sup> Vgl. Military Governor an Bevin, 17. Dezember 1947, TNA, FO 371/64279 (C 16204/76/18); Germany Weekly Background Note No.122, 1. Januar 1948, TNA, FO 371/70616 (C 121/121/18); Berlin Intelligence Staff Monthly Summary No. 4, 31. Januar 1948, TNA, FO 371/70613A (C 1065/108/18); DAVISON, Die Blockade von Berlin, S. 86f.

<sup>45</sup> Berlin after November. Draft Brief for U.K. Delegation to C.F.M., o.D. [Oktober 1947], TNA, FO 371/64461 (C 13077/593/18G); FO an alle Auslandsvertretungen, 5. Januar 1948, TNA, FO 371/71648 (N 147/31/38).

<sup>46</sup> Gusev an Molotov, 17. Oktober 1947, in: DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 110, S. 420–425 (S. 424). Vgl. dazu auch FILITOW, Defensive Taktik, S. 28.

<sup>47</sup> Berlin Intelligence Staff Monthly Summary No. 4, 31. Januar 1948, TNA, FO 371/70613A (C 1065/108/18); Berlin an FO, 9. Februar 1948, TNA, FO 371/70481 (C 1039/2/18).

<sup>48</sup> Vgl. CCG(BE) an FO, 10. Januar 1948, TNA, FO 1049/1352; Robertson an FO, 10. Januar 1948, TNA, FO 371/70489 (C 218/3/18); auch in: DBPO Berlin, No. 1.

den. Dazu gehörten als Vorstufe für weitere Maßnahmen auch Vorbereitungen für eine separate Währungsreform in der sowjetischen Zone sowie für den Rückzug aus den Ausschüssen und Unterausschüssen der Direktorate des Alliierten Kontrollrats.<sup>49</sup>

Noch aber war Stalin darauf bedacht, die Westmächte den entscheidenden Schritt zur Staatsgründung in den Westzonen machen zu lassen, um ihnen die Verantwortung für den Kollaps des Kontrollregimes in Deutschland zuweisen und zugleich sein späteres, aber bereits in Planung befindliches Handeln in Berlin als defensive Maßnahme zur Wahrung der Einheit des Landes präsentieren zu können. Seine eigenen Bemühungen zur Sowjetisierung der Ostzone trieb er jedoch entschieden voran,<sup>50</sup> ohne auf die Unvereinbarkeit seiner deutschlandpolitischen Bestrebungen Rücksicht zu nehmen.

Diese Unvereinbarkeit zeigte sich just an dem Organ, das die Sowjetunion als Hüterin der deutschen Einheit erscheinen lassen sollte, tatsächlich aber einen nicht unerheblichen Beitrag zur Staatswerdung im Osten Deutschlands leistete: dem Deutschen Volkskongress. Konzipiert als maßgeschneiderter Mobilisierungsmechanismus der Massen gegen die Politik der Spaltung Deutschlands, verkümmerte er noch vor seiner konstituierenden Sitzung im Berliner Admiralspalast am 6./7. Dezember 1947 zum parteipolitischen Propagandainstrument ohne Patrioten. Den Protagonisten mochte er das Gefühl suggerieren, mit der neuen Zeit zu marschieren; in seiner autodestruktiven Form verstellte er aber den Blick dafür, dass es sich um eine Versammlung ohne Volk handelte.

Mit der „Gleichschaltung“ der Parteien und den Konsolidierungsbemühungen in der ostdeutschen Zone schien „die Vergangenheit besiegelt“<sup>51</sup> zu sein. Zugleich wies das Berichtete aber in eine noch ungewisse Zukunft. Der „Nervenkrieg“<sup>52</sup> um Berlin war in vollem Gang, als die Verkehrsbehinderungen zwischen der Hauptstadt und den westlichen Zonen im Januar 1948 erstmals markant zunahmen. Offiziere der Roten Armee bestanden darauf, die Identität der Fahrgäste in den alliierten Militärzügen zu überprüfen. Wurde ihnen der Zutritt verweigert, dann wurden die Züge nicht selten auf Nebengleisen zurückgehalten. Deutsche Passagiere wurden meist unter Hinweis auf unvollständige Ausweispapiere zurückgeschickt. Auch der Frachtverkehr nach Berlin wurde behindert, so dass die britischen Behörden Ende des Monats mit Erschrecken den Rückgang des Transportguts um nahezu die Hälfte im Vergleich zu den Vormonaten konstatieren mussten.<sup>53</sup>

<sup>49</sup> Vgl. LAUFER, Die UdSSR und die Ursprünge der Berlin-Blockade, S. 569f., 573; DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, LXVIII f., LXXIX.

<sup>50</sup> Vgl. WETTIG, Bereitschaft zu Einheit in Freiheit?, S. 120–127, 132–138; NAIMARK, The Russians in Germany, S. 349–360; FOITZIK (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik, S. 49–57.

<sup>51</sup> Berlin Intelligence Staff Monthly Summary No. 4, 31. Januar 1948, TNA, FO 371/70613A (C 1065/108/18).

<sup>52</sup> Germany Weekly Background Note No. 122, 1. Januar 1948, TNA, FO 371/70616 (C 121/121/18); FO Memorandum Robertson, 17. Februar 1948, TNA, FO 371/70489 (C 1256/3/18/G).

<sup>53</sup> Vgl. Military Government Liaison Section. Weekly Report No. 15, 17. Februar 1948, TNA, FO 371/70481 (C 1268/2/18); TUSA, Berlin Airlift, S. 98; BENZ, Gründung der Bundesrepublik, S. 11.

Weil die Sowjetunion aber bereits im Winter 1947/48 mit einer sorgfältig dosierten Mischung aus Eskalationsbereitschaft und Deeskalationssignalen agierte; weil sie die Verkehrsbeschränkungen ebenso schnell wieder aufhob, wie sie diese eingeführt hatte, ihr Vorgehen im Januar 1948 also lediglich aus temporären Maßnahmen bestand, fiel es den britischen Akteuren schwer, die eigenen Planungen systematisch voranzutreiben. Das Regierungshandeln zwischen London und Berlin folgte der Gesetzmäßigkeit politischer Prozesse, wonach nicht allein Gesagtes und Berichtetes, sondern auch praktisches Handeln auf verschiedene Weise verstanden und interpretiert werden kann. Annahmen und Absichten, Wunschvorstellungen und Wirklichkeit vermischten sich zu einem diffusen Konstrukt, das gemeinsam zu entwirren sich Diplomaten und Militärs nicht zutrauten und das in der Konsequenz den Entscheidungsprozess weitgehend lähmte.

Dabei beruhte die britische Haltung auf der durchaus zutreffenden Einschätzung, dass Stalin zwei Ziele in Deutschland verfolgte, die allerdings je nach Priorisierung unterschiedliche Auswirkungen auf die sowjetische Berlinpolitik haben konnten: Während die Kontrolle über die eigene Zone eine härtere Gangart gegenüber den Westmächten in Berlin nahelegte, sprach das Festhalten an der Einheitsoption für ein zurückhaltendes Vorgehen. Einig waren sich die Diplomaten in London und die Vertreter der britischen Militärregierung in Berlin in drei Punkten: Zunächst würde auch Stalin die Berlinfrage im Kontext seiner Deutschlandpolitik, also nicht isoliert betrachten. Darüber hinaus musste er die westliche Präsenz in Berlin als Hindernis für die vollständige Integration der östlichen Zone in den sowjetischen Machtbereich empfinden. Und gerade deshalb war „zumindest mit ganz erheblichen Veränderungen der gegenwärtigen Position der Westalliierten in der Stadt“<sup>54</sup> zu rechnen.

Während die Londoner Zentrale und der Berliner Außenposten in den Grundzügen übereinstimmten, gab es bei der Einschätzung der Details, die für das eigene Handeln von entscheidender Bedeutung waren, große Unterschiede. Einerseits ging es um die Frage, wie sich die Mehrgleisigkeit der sowjetischen Deutschlandpolitik auf Berlin auswirken würde. Andererseits war umstritten, wie die Eckpfeiler der sowjetischen Außenpolitik – Kriegsvermeidung, Sicherheitsstreben und Expansionswille – Stalins Vorgehen in Berlin beeinflussen würden. Ungeachtet massiver Warnungen der Militärregierung, der General Robertson seit November 1947 vorstand, und recht konkreter Hinweise der Nachrichtendienste auf eine Verschärfung des sowjetischen Kurses in Berlin konnte man sich im Januar 1948 lediglich darauf verständigen, dass „der Lauf der Dinge in den kommenden Monaten Spekulation“<sup>55</sup> bleiben musste. Zu dürftig, zu widersprüchlich erschienen die vorliegenden Informationen.

<sup>54</sup> FO Memorandum Robertson, 17. Februar 1948, TNA, FO 371/70489 (C 1256/3/18/G). Vgl. auch Berlin after November. Draft Brief for U.K. Delegation to C.F.M., o. D. [Oktober 1947], TNA, FO 371/64461 (C 13077/593/18G).

<sup>55</sup> Berlin Intelligence Staff Monthly Summary No. 4, 31. Januar 1948, TNA, FO 371/70613A (C 1065/108/18); CP(48)5, Policy in Germany, 5. Januar 1948, TNA, CAB 129/23.

Gewiss, die Sowjetunion würde den Druck auf die Westmächte in Berlin *indirekt* erhöhen:<sup>56</sup> mit ihrer Politik der pressegeleiteten Diskreditierung, die das Vertrauen der Berliner in die westliche Fähigkeit untergraben sollte, dem sowjetischen Drängen zu widerstehen; mit ihrem Nervenkrieg gegen die Bevölkerung, der die Berliner ebenso einschüchtern wie sie gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht gefügig machen sollte; mit der durch die SED verfolgten Obstruktionspolitik gegenüber Magistrat und Stadtverordnetenversammlung; sowie mit provozierten Ausschreitungen, kontrolliert entfesselter politischer Gewalt und punktuellen Sabotageakten. Darüber hinaus erwartete vor allem die britische Militärregierung *direkten* Druck durch die SMAD, der von einer an die Westmächte gerichteten Aufforderung, Berlin zu verlassen, über die einseitige Aufkündigung der Viermächteverwaltung der Stadt und die Integration des sowjetischen Sektors in die sowjetische Zone mit dem Ziel, später auch die Westsektoren zu absorbieren, bis hin zur Manipulation der durch die sowjetischen Behörden kontrollierten öffentlichen Versorgungseinrichtungen für ganz Berlin reichen konnte.<sup>57</sup>

Die entscheidende Frage aber war, ob Stalin auch das Risiko einer Blockade der Land- und Wasserwege zwischen den Westzonen und Berlin eingehen würde. Robertson wollte das nicht ausschließen. Würde Stalin, so argumentierte er, bei einseitigem Vorgehen des Westens in den westlichen Zonen den Status quo in Berlin nicht infrage stellen, dann würde er nicht nur Gefahr laufen, den Westen Deutschlands, sondern auch die eigene Zone zu verlieren. Dann nämlich konnten die Westsektoren den Westmächten im Sinne der „politischen Kriegführung“ als „vorgeschobener Stützpunkt und Operationsbasis hinter dem Eisernen Vorhang“<sup>58</sup> dienen, um sämtliche sowjetischen Bemühungen, die östliche Zone zunächst als „Bollwerk gegen den Kapitalismus“ zu etablieren und anschließend als Ausgangspunkt für das „Einsickern von Ost nach West“<sup>59</sup> zu nutzen, von Beginn an und dauerhaft zu unterminieren.

Während die Mahnungen, die das Foreign Office aus Berlin erreichten, die „Atmosphäre gespannter Unsicherheit“<sup>60</sup> angemessen reflektierten, war die Antwort der Diplomaten in London bemerkenswert selbstsicher: Moskau werde die Dinge nicht auf die Spitze treiben, sondern allenfalls darauf setzen, dass der Westen, gedemütigt und geläutert zugleich, Berlin aus freien Stücken den Rücken kehren werde. Doch die Kernbotschaft war eine andere: „Wir werden unsere Vertretung in Berlin ohne große Schwierigkeit aufrechterhalten können.“<sup>61</sup> Unausgespro-

<sup>56</sup> Vgl. Steel an Dean, 27. Dezember 1947, TNA, FO 371/64464 (C 16483/593/18G); FO an alle Auslandsvertretungen, 5. Januar 1948, TNA, FO 371/71648 (N 147/31/38).

<sup>57</sup> Vgl. Robertson an FO, 3. Februar 1948, TNA, FO 371/70489 (C 871/3/18); FO Memorandum Robertson, 17. Februar 1948, TNA, FO 371/70489 (C 1256/3/18/G).

<sup>58</sup> FO Memorandum Robertson, 17. Februar 1948, TNA, FO 371/70489 (C 1256/3/18/G); FO an Berlin, 17. August 1947, TNA, FO 371/64459 (C 10681/593/18G).

<sup>59</sup> MARK, *Revolution by Degrees*, S. 37f.

<sup>60</sup> Berlin Intelligence Staff Monthly Summary No. 4, 31. Januar 1948, TNA, FO 371/70613A (C 1065/108/18).

<sup>61</sup> FO Minute Leishman, o. D. [August 1947], TNA, FO 371/64461 (C 13076/593/18G). Vgl. auch Berlin after November. Draft Brief for U.K. Delegation to C.F.M., o. D. [Oktober 1947], TNA,

chen lagen den divergierenden Erwartungen der Militärregierung auf der einen und des Foreign Office auf der anderen Seite unterschiedliche Vorstellungen über die langfristigen Absichten Stalins zugrunde. Während jene den zu erwartenden Druck auf die Westmächte in Berlin in letzter Konsequenz als sowjetische Priorisierung der Kontrolle über die eigene Zone auf Kosten der Einheitsoption deuteten, bei der die Hauptstadt als Preis der deutschlandpolitischen Bemühungen Moskaus erscheinen musste, beurteilten diese das Vorgehen als Versuch, der präferierten Einheitsoption Nachdruck zu verleihen, also lediglich als Mittel zum Zweck, dem gerade deshalb klare politische und militärische Grenzen auferlegt waren.

Gemäß dieser Interpretation musste jedwedes Vorgehen Stalins in Berlin sowohl dessen deutschlandpolitischen Zielen als auch den Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik fundamental zuwiderlaufen. Denn war es nicht Stalin, der den Westmächten wortreich den Bruch der Viermächtevereinbarungen vorwarf und der, würde er seinerseits den Viermächtestatus Deutschlands und Berlins einseitig aufkündigen, den Westmächten die perfekte Vorlage liefern würde, ihn als Paria in der Deutschlandfrage bloßzustellen? War es nicht Stalin, der nicht nur ganz Deutschland für den Kommunismus gewinnen wollte, sondern auch besonderen Wert darauf legte, von den Deutschen als der eigentliche „Verfechter der Einheit Deutschlands“<sup>62</sup> wahrgenommen zu werden, und deshalb zwar die Abschirmung der östlichen Zone betreiben konnte, nicht aber auf die Isolation derselben setzen durfte? War es nicht Stalin, der auf Stahllieferungen aus dem Ruhrgebiet angewiesen war, unverändert auf substantielle Reparationen aus den westlichen Zonen hoffte und kaum in der Lage war, weitere 2,3 Millionen Berliner zu versorgen? Und war es nicht Stalin, der, auch wenn er sich der Orientierung der westlichen Zonen Richtung Westen mit allen Mitteln bis an den Rand des Krieges widersetzen würde, angesichts der verheerenden Kriegsschäden im eigenen Land doch, wie Frank Roberts im März 1946 berichtet hatte, vor dem Abenteuer zurückschreckte und gerade deshalb das unkalkulierbare Risiko einer Blockade der Land- und Wasserwege nicht eingehen konnte?<sup>63</sup>

Es waren zweifellos gewichtige Argumente, die gegen eine sowjetische Eskalation der Lage ins Feld geführt werden konnten und auch wurden. Doch beschrieben sie nur *eine* unter zahlreichen Möglichkeiten. Dass die Deutschlandexperten im Foreign Office diese eine Möglichkeit gleichwohl zur Wahrscheinlichkeit erklärten und damit das Erwünschte in den Vordergrund rückten, lag nicht allein daran, dass sie Stalins Beurteilung der Situation falsch ein-, dessen Risikobereit-

FO 371/64461 (C 13077/593/18G); CP(48)5, Policy in Germany, 5. Januar 1948, TNA, CAB 129/23.

<sup>62</sup> Berlin after November. Draft Brief for U.K. Delegation to C.F.M., o.D. [Oktober 1947], TNA, FO 371/64461 (C 13077/593/18G); Cabinet Overseas Reconstruction Committee. The Four Power Occupation of Berlin in the Event of Failure of the Council of Foreign Ministers to Reach Agreement on German Unity. Memorandum by the Secretary of State for Foreign Affairs, 24. November 1947, TNA, FO 371/64463 (C 15515/593/18G).

<sup>63</sup> Vgl. CP(48)5, Policy in Germany, 5. Januar 1948, TNA, CAB 129/23.

schaft unter- und die abschreckende Wirkung der schieren Präsenz der eigenen Truppen in Berlin überschätzten, sondern auch an dem Dilemma, vor das sie sich in Übereinstimmung mit der Militärregierung im Fall einer sowjetischen Blockade gestellt wähnten: Krieg oder Rückzug. Ein Drittes werde es aus ihrer Sicht nicht geben.

Deshalb konnte Robertson vor dem Hintergrund der eigenen, kritischeren Einschätzung der Lage die Londoner Zentrale warnen, dass ein Nachgeben in Berlin zwar „fast so gefährlich und riskant für unser Prestige wäre wie ein Verbleib bis zum Kriegsausbruch“<sup>64</sup>, aber eben auch nur fast. Und deshalb skizzierte er Möglichkeiten, die von der harten Haltung der amerikanischen Militärregierung über einen geordneten Rückzug bis hin zu einer Evakuierung Berlins durch alle vier Siegermächte reichten. In London wurden diese Überlegungen zunächst nicht weiter verfolgt.

Die einzelnen Bausteine, die zwischen August 1947 und Februar 1948 in London und Berlin zusammengetragen wurden, taugten, um in der Sprache des Foreign Office zu bleiben, noch nicht einmal zu einem „Kartenhaus“,<sup>65</sup> weil sie in ihrer Gesamtheit nicht recht zueinander passen wollten, das Gebäude insgesamt also nicht tragfähig war. Erschöpft von den diversen Analysen, die sie über sechs Monate immer und immer wieder erstellt hatten, ohne einer Entscheidung näher gekommen zu sein, mussten sich Diplomaten wie Militärs wie in einer Endloschleife vorkommen. Die Fülle an Argumenten, die in Teilen der Atemlosigkeit des Alltags geschuldet waren, fand in dem Mangel an überzeugenden Alternativen ihr alles andere als zukunftsweisendes Pendant. Doch in der Tatenlosigkeit steckte in Wirklichkeit ein Suchen nach der Zukunft. Grundsätzlich sollte sich daran auch in den ersten Februarwochen nichts ändern, als die Zeit der Ungewissheit durch eine Phase geradezu „beklemmender Ruhe“<sup>66</sup> abgelöst wurde. Dennoch oder gerade deshalb sprachen nicht wenige bereits von dem Beginn der „Schlacht um Berlin“.<sup>67</sup>

Außenminister Bevin befasste sich nicht mit den wenig zielgerichteten Diskussionen zwischen den Experten in seinem Ministerium und vor Ort in Berlin. Vielmehr hielt er sich an eine auf Vorschlag General Clays mit Außenminister Marshall getroffene mündliche Vereinbarung, wonach beide Regierungen sich mit der Zukunft der Westmächte in Berlin erst dann befassen wollten, wenn „sich die Dinge zuspitzen sollten“.<sup>68</sup> Im Bewusstsein der Verwundbarkeit in Berlin lautete die Strategie: Vortäuschung eines Maximums an Kontinuität im Zeichen gezielt betriebener Diskontinuität. In bewusster Umkehr des Postulats seines deutsch-

<sup>64</sup> FO Memorandum Robertson, 17. Februar 1948, TNA, FO 371/70489 (C 1256/3/18/G).

<sup>65</sup> FO Minute Leishman, o. D. [August 1947], TNA, FO 371/64461 (C 13076/593/18G).

<sup>66</sup> Berlin Intelligence Staff Monthly Summary No. 5, 29. Februar 1948, TNA, FO 371/70613A (C 1989/108/18).

<sup>67</sup> Military Government Liaison Section. Weekly Report No. 14, 10. Februar 1948, TNA, FO 371/70481 (C 1264/2/18).

<sup>68</sup> FO Minute, 18. Dezember 1947, TNA, FO 371/64250 (C 16395/53/18G); FO Memorandum, 18. Dezember 1947, TNA, FO 800/447; CLAY PAPERS, I, S. 518.

landpolitischen Programms aus dem Frühjahr 1946 ging es Bevin im Winter 1947/48 darum, den Status quo in Berlin zu bewahren und an der Illusion der Kooperation festzuhalten. Ohne mit dem Staatsaufbau im Westen zu zögern, wollte Bevin zugleich alles vermeiden, was darauf hindeuten konnte, dass seine Regierung die Viermächteverantwortung für ganz Deutschland im Allgemeinen und die Viermächteverwaltung Berlins im Besonderen infrage stellen würde. Gerade deshalb hatte er bereits im Vorfeld des Londoner Außenministerrats intern die Losung ausgegeben, unter keinen Umständen die gemeinsame Besetzung Berlins zu thematisieren.<sup>69</sup> Und gerade deshalb wollte er auch nach dem Scheitern der Konferenz den Eindruck vermitteln, die Berlinproblematik sei eine rein lokale Angelegenheit, die ausschließlich dem Zuständigkeitsbereich der Militärgouverneure und Stadtkommandanten obliege.

Natürlich wusste Bevin, dass das Gegenteil der Fall war. Schließlich war er es, der ungeachtet aller Unwägbarkeiten die deutsche Hauptstadt im Mai 1946 regierungsintern zum Kern seines deutschlandpolitischen Konzepts erklärt hatte. An dieser Einschätzung hatte sich nichts geändert. Ein Verzicht auf die Präsenz in Berlin hätte seine Pläne ins Wanken gebracht. Nicht nur wäre ein westlicher Abzug just zu dem Zeitpunkt, als man die Deutschen im Westen für die temporäre Teilung zu gewinnen suchte, mit beträchtlichem Prestigeverlust verbunden gewesen. Wer den „Fuss in der Tür“<sup>70</sup> des kommunistischen Hauses zurückzog, hätte sich auch des eigenen, langfristig ausgerichteten Anspruchs auf ein ungeteiltes und freies Deutschland, ja auf ein ungeteiltes und freies Europa beraubt.

Und dennoch war Bevin davon überzeugt, in Berlin auf Zeit spielen zu müssen, weil er mehr als in der Deutschlandfrage in der deutschen Hauptstadt auf Stalins Vorgehen Rücksicht zu nehmen hatte und darüber hinaus zunächst die Abstimmung mit den Partnern suchen musste. Während er aus Washington wie so häufig unterschiedliche Signale erhielt, war alles andere als klar, ob Paris, käme es denn zum Schwur, bereit wäre, für Berlin zu sterben.

Solange Stalin also seine Karten nicht auf den Tisch gelegt hatte und solange es keine abgestimmte Position der Westmächte zur Zukunft Berlins gab, so lange hielt Bevin es für unklug, öffentlich Zusagen für ein langfristiges Engagement in der deutschen Hauptstadt zu geben, die möglicherweise nicht einzuhalten waren. Der Gedanke, dass Moskau nicht allein durch das einseitige Vorgehen in den westlichen Zonen, sondern auch durch das Schweigen des Westens zur Zukunft der Hauptstadt eingeladen werden konnte, die Daumenschrauben anzuziehen und die Entschlossenheit der einstigen Partner in Berlin auf die Probe zu stellen, war Bevin nicht fremd, spielte in seinem Kalkül aber nur eine untergeordnete Rolle. Noch war der Zeitpunkt für ihn nicht gekommen, Stalin in Berlin vor Augen zu führen, „dass wir zu stark sind, um geschlagen zu werden, und zu entschlossen,

<sup>69</sup> Vgl. FO Memorandum by the Secretary of States for Foreign Affairs, 24. November 1947, TNA, FO 371/64463 (C 15515/593/18G).

<sup>70</sup> Berlin after November. Draft Brief for U.K. Delegation to C.F.M., o. D. [Oktober 1947], TNA, FO 371/64461 (C 13077/593/18G).

uns Angst machen zu lassen“.<sup>71</sup> Gleichwohl drängte er darauf, dem „sowjetischen Nervenkrieg mit einer Reihe praktischer Maßnahmen (wie dem Aufbau eines britisch-deutschen Clubs, langfristig aufgelegten Kulturprogrammen etc.) zu begegnen, um unserer Präsenz in Berlin [zumindest] den Hauch von Permanenz“<sup>72</sup> zu verleihen.

Dass Bevin sich wenige Wochen später fast im Alleingang und gegen die mittlerweile vorherrschende Stimmung in Whitehall darauf festlegte, nicht an der eigenen Position in Berlin rütteln zu wollen, hatte weder etwas damit zu tun, dass Stalin seine Ziele definiert hätte, noch damit, dass Washington oder Paris ihre Entscheidungsprozesse mit London abgestimmt hätten. Vielmehr waren es politische Umwälzungen in einem Land, das Neville Chamberlain eine Dekade zuvor noch als „fern“ und „unbekannt“<sup>73</sup> beschrieben hatte, die Bevins Gedanken konzentrierten. Plötzlich schien der russische Bär im britischen Schlafzimmer zu stehen.<sup>74</sup>

#### 4. Der Bär im Schlafzimmer

Mit der Gründung des Kominform Ende September 1947 hatte der Prozess der Konsolidierung des sowjetischen Machtbereichs in Ostmittel- und Osteuropa an Fahrt gewonnen. Unmissverständlich hatte Andrej Ždanov den „historischen Auftrag“ der kommunistischen Parteien formuliert: Das „antiimperialistische Lager“ sollte im Namen der „Verteidigung der [...] Souveränität [...] die eigenen Reihen schließen“ und dabei „alle Komplizen des amerikanischen Imperialismus erbarungslos an den Pranger stellen“.<sup>75</sup> Damit war das Startsignal für polizeistaatlichen Terror und spektakuläre Schauprozesse gegeben. Das radikale Entweder-oder trat an die Stelle des nuancierten Sowohl-als-auch, das Jan Masaryk noch im Vorfeld der Pariser Marshallplankonferenz im Juli 1947 im Sinne einer Brückenfunktion zwischen Ost und West für sich und sein Land in Anspruch genommen hatte.

Für Stalin und seine Statthalter in Prag, die er nicht zuletzt dank personeller Kontinuität in Gestalt von Klement Gottwald seit 1929 nach Belieben kontrollierte, war seit den Herbsttagen 1947 erkennbar, dass sie in freien Wahlen, die im Mai 1948 stattfinden sollten, nicht nur die absolute Mehrheit, sondern aufgrund eines Stimmungswandels in der Bevölkerung auch ihr Ergebnis aus dem Jahr 1946 verfehlen würden. Schlug sich Prag aber auf die Seite des Westens, so die Moskauer Sorge, dann würden auch die anderen ostmittel- und osteuropäischen Domino-

<sup>71</sup> American Relations with the Soviet Union, 24. September 1946, in: ETZOLD und GADDIS (Hrsg.), Containment, S. 71; auch Roberts an Bevin, 18. März 1946, in: DBPO, Series I, Vol. VI, S. 330.

<sup>72</sup> FO Minute Strang, 24. Februar 1948, TNA, FO 371/70489 (C 1547/3/18/G).

<sup>73</sup> Zitiert nach HILDEBRAND, Das vergangene Reich, S. 652.

<sup>74</sup> Im April 1983 zitierte Lord Home Churchills zeitgenössische Bemerkung in einem Vortrag: „A bear in the forest is a proper matter for speculation [...]. A bear in the zoo is a proper matter for public curiosity. A bear in your wife's bed is a matter of the gravest concern“; zitiert nach DILKS, The British View of Security, S. 55.

<sup>75</sup> Extract from a Speech by Mr. Zhdanov on the International Situation, in: DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1947–1948, S. 125–138 (S. 137).

steine fallen. Getrieben von Furcht und Vorteilssuche, Kalkül und Dogma sowie begünstigt durch die fatale Fehlkalkulation der Demokraten um den von Krankheit gezeichneten Präsidenten Beneš, begleitete der Kreml das überfallartige Handeln der Kommunisten während der Prager Kabinettskrise im Februar 1948 mit Genugtuung, ohne dabei selbst politisch oder militärisch erkennbar eingreifen zu müssen.<sup>76</sup>

Der Schock, der vom Prager Umsturz ausging, war ebenso tief wie nachhaltig. Bevin hatte zwar erwartet, dass Stalin das Scheitern der Londoner Tagung zur Flucht nach vorn nutzen werde. Das Kabinett hatte er deshalb bereits Anfang Januar 1948 auf einen Staatsstreich der Kommunisten vorbereitet.<sup>77</sup> Doch die Art und Weise, die der soeben erst nach Prag entsandte Botschafter Dixon mit einer „präzise geplanten Militäroperation“<sup>78</sup> verglich, versetzte nicht nur Whitehall in Angst und Schrecken. Nie zuvor war die jüngste Zeitgeschichte in den westlichen Hauptstädten so präsent. Nie zuvor wurden ihre Lehren so mahrend beschworen. Und nie zuvor wurde sie derart schonungslos für das eigene politische Handeln instrumentalisiert.

„History goes her way, but the lady looks too familiar for my liking“,<sup>79</sup> ließ ausgerechnet der ehemalige Staatssekretär im Foreign Office und erbitterte Gegner der Appeasementpolitik unter Premierminister Chamberlain, Baron Vansittart, die Leser der *Times* noch am Tag des Prager Umsturzes, am 25. Februar 1948, wissen.

Ob im Kabinett, in dem Clement Attlee und sein Stellvertreter Herbert Morrison an das brutale Vorgehen Adolf Hitlers ebenso erinnerten wie an die Tage von München und der ehemalige Schatzkanzler Hugh Dalton für einen Augenblick sogar den Dritten Weltkrieg heraufziehen sah; ob auf den Oppositionsbänken von Westminster, von denen Harold Macmillan zum „letzten Kreuzzug“ gegen die Sowjetunion aufrief und Anthony Eden Prags geographische Nähe zu London beschwor; ob unter den heillos zerstrittenen Chefs der Teilstreitkräfte, deren Generalstabschef Montgomery „den Feind vor den Toren“ sah; ob an der Druckerpresse in Fleet Street, die wie Botschafter Dixon in Anlehnung an Edward Grey dramatisch überzeichnet von den erlöschenden Lichtern in Prag berichtete<sup>80</sup> –

<sup>76</sup> Vgl. HASLAM, *Russia's Cold War*, S. 98–100; TIGRID, *The Prague Coup*; KAPLAN, *The Short March*, S. 169f.; ZUBOK, *Failed Empire*, S. 20–23, 75; LUZA, *February 1948*; LUKES, *The Czech Road to Communism*, S. 251f.; DERS., *Ein nachrichtendienstliches Versagen*, S. 226f.

<sup>77</sup> Vgl. CP(48)7, *Review of Soviet Policy*, 5. Januar 1948, TNA, CAB 129/23; Bevin an Dixon, 12. Januar 1948, TNA, FO 800/450; Dixon an Sargent, 23. Januar 1948, TNA, FO 371/71283 (N 1625/157/12/G); DIXON, *Double Diploma*, S. 247.

<sup>78</sup> Dixon an FO, 29. Februar 1948, TNA, FO 371/71285 (N 2367/157/12).

<sup>79</sup> Leserbrief Baron Vansittart, *THE TIMES*, 25. Februar 1948, S. 5.

<sup>80</sup> Vgl. Brook Notebook, CM(48)19, 5. März 1948, TNA, CAB 195/6/18; Three-Power Statement on Czechoslovakia, *THE TIMES*, 27. Februar 1948, S. 4; PIMLOTT (Hrsg.), *Dalton Diary*, S. 427; HORNE, *Macmillan 1894–1956*, S. 311, 315; MACMILLAN, *Tides of Fortune*, S. 132; *Duty of the Western Powers*, *THE MANCHESTER GUARDIAN*, 1. März 1948, S. 3; COS Committee. *The Problem of Future War and the Strategy of War with Russia*. Memorandum of CIGS, 30. Januar 1948, IWM, BLM 183/17; Dixon an Bruce Lockhart, 10. März 1948, in: YOUNG (Hrsg.), *The Diaries of Sir Robert Bruce Lockhart, II*, S. 654; *The Czech Coup*, *THE TIMES*, 27. Februar 1948, S. 5; FOOT, *Aneurin Bevan. II*, S. 229; CLARKE, *Hope and Glory*, S. 233.

überall folgte man Vansittarts Urteil; und überall lautete der Grundsatz: Nach hinten reicht unser Wissen, nach vorne nur unsere Furcht. Dabei war die Erinnerung an die Tage, Wochen und Monate der Jahre 1938/39 etwas, was man im Königreich nur sehr ungern hervorholte und von dem man doch wusste, dass es früher oder später zurückkommen und sich seinen Weg suchen würde. Es war, wie Stück für Stück einen zerbrochenen Spiegel zusammenzufügen, um sein Gesicht wiedersehen zu können. Doch das einzige, was man sah, waren die Risse. Im Kontext der Prager Ereignisse hieß das: Die Widersprüche, die man jüngst noch im außenpolitischen Handeln des Kremls zu erkennen geglaubt hatte, hatten ihre Gültigkeit verloren. Denn plötzlich, so hatte es den Anschein, war Josef Stalin Adolf Hitler, war Klement Gottwald Konrad Henlein,<sup>81</sup> und der Regierung Seiner Majestät kam die historische Aufgabe zu, die Schmach von München durch eine Politik zu tilgen, die alles andere als friedenssüchtig und machtsvergessen sein durfte.

Zweifellos waren die allseits bemühten historischen Parallelen bestenfalls fragwürdig. Denn niemand ging davon aus, dass Stalin, anders als sein einstiger Gegenspieler, zum Krieg entschlossen war; und niemand plädierte dafür, Stalins Anspruch auf eine Einflussphäre in Ostmittel- und Osteuropa grundsätzlich zu hinterfragen. So hässlich die Fratze der kommunistischen Diktatur auch sein mochte, der Prager Coup konnte als defensive Maßnahme gedeutet werden, symbolisierte er doch nichts anderes als die brutale Umsetzung jener ideologischen Glaubensspaltung, von der Frank Roberts bereits im März 1946 gesprochen hatte.<sup>82</sup>

Und dennoch war das Anliegen, ‚München‘ als politische Chiffre heranzuziehen, um die eigenen Kräfte innen- und außenpolitisch zu mobilisieren, in der fragilen Konstellation, in der sich Europa Ende Februar 1948 befand, nachvollziehbar. Stalin mochte seinen Fokus auf die Konsolidierung der ‚Volksdemokratien‘ sowie auf Deutschland richten; er mochte bemüht sein, die französischen und italienischen Kommunisten von dem leichtsinnigen Schüren eines Bürgerkriegs mit dem Ziel der Machtübernahme abzuhalten, weil er im Fall des Scheiterns negative Rückwirkungen auf seine eigene Position in Osteuropa befürchten musste.<sup>83</sup> Und doch war allen klar, dass er ebenso wie seine Statthalter in Paris und Rom, die sich seit ihrem Ausschluss aus den nationalen Regierungen im Mai 1947 und seit ihrer zum Scheitern verurteilten Mobilisierung der Massen gegen den Marshallplan im Juni 1947 in der Defensive wähnten, jede günstige Gelegenheit nutzen würde, wieder in die Offensive zu gelangen, um seinen Einfluss ver-

<sup>81</sup> Vgl. Full Control, THE MANCHESTER GUARDIAN, 26. Februar 1948, S. 4; Consolidation, THE MANCHESTER GUARDIAN, 28. Februar 1948, S. 4. Vgl. auch FO Minute Hancock, o. D. [März 1948], TNA, FO 371/71287 (N 3439/157/12); handschriftliche Notiz Bateman, 6. April 1948, TNA, FO 371/71264 (N 3988/82/12); DIXON, Double Diploma, S. 192f.

<sup>82</sup> Kennan hatte den erwarteten kommunistischen Staatsstreich bereits im November 1947 als „rein defensiven Schritt“ gewertet; Report by the Policy Planning Staff, 6. November 1947, in: FRUS, 1947, I, S. 770–777 (S. 773). Entsprechend zurückhaltend fiel auch die offizielle Erklärung der Westmächte zu den Prager Ereignissen aus, in: FRUS, 1948, IV, S. 738.

<sup>83</sup> Vgl. AGAROSI und ZASLAVSKY, Stalin and Togliatti, S. 243–273; PONS, Stalin, S. 20f. Zu Frankreich vgl. MASSIGLI, Une comédie des erreurs, S. 116; FRITSCH-BOURNAZEL, Mourir pour Berlin?, S. 173–179; BUFFET, Mourir pour Berlin, S. 87–96.

stärkt im Westen geltend zu machen. Deshalb konnte sich die Kombination aus innerer Gefährdung und äußerer Bedrohung zu einem Szenario verdichten, an dessen Ende der politische, wirtschaftliche und soziale Kollaps Europas stand, der es Stalin erlauben würde, mit Hilfe seiner kommunistischen Kader das Ruder zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund notierte der Leiter des Northern Department des Foreign Office:

The failure of continental democracy is the real crisis of our time. The fact is that totalitarian government, which is more bestial, is stronger. [...] If we are strong, our friends will look to us for help whatever our faults. If we are weak, they will compound with our enemies whatever our virtues. God knows how we are to do it.<sup>84</sup>

In der Tat beherrschte der Systemkonflikt zwischen konkurrierenden Ordnungs-ideen die Debatten in Whitehall. „Diktaturen haben die Neigung, sich mit wachsendem Appetit breit zu machen; wie einst Hitler geht es auch [Stalin] darum, neue Welten zu erobern“<sup>85</sup> schrieb Außenminister Bevin wenige Tage nach dem Prager Umsturz an Premierminister Attlee und hatte dabei das vor Wahlen stehende Italien und das innenpolitisch zerrissene Frankreich mit seinen notorisch instabilen und außenpolitisch nur schwer berechenbaren Regierungen vor Augen. Doch von Resignation war in Bevins Ausführungen nichts zu spüren. Im Gegenteil: Ganz bewusst bediente er sich der jüngsten Zeitgeschichte, um „resolutes Handeln“<sup>86</sup> von seinen Kabinettskollegen einzufordern.

It is no use now burying our heads in the sand and imagining we are safe, and indulging in pious hopes or anything of that sort. [...] [W]e must never lead the people of this country again into the position in which they were led in 1939. [...] It is well to keep in mind that these things can be dealt with or be met without war when we devise the right methods and the right policy.<sup>87</sup>

Die Grundzüge dieser Politik, die das rein situative Krisenmanagement durch ein langfristiges Konzept zu ersetzen gedachte, hatte der Außenminister dem Kabinett bereits im Frühjahr 1946 dargelegt. Jetzt ging es darum, den Ausbau des westlichen Hauses voranzutreiben, also über Deutschland hinaus im europäischen und transatlantischen Kontext zu denken, um in einem ersten Schritt die Grundlagen für ein Gleichgewicht der Kräfte, das ungeachtet der überbordenden Rhetorik durch die Vorgänge von Prag per se nicht gefährdet war, im sich zuspitzenden Ost-West-Konflikt zu gewährleisten. Auf dieser Basis sollte der Kommunismus dann in einem zweiten Schritt „in die Defensive gezwungen werden“, als dessen Konsequenz, so glaubte Bevin, „wir uns wohl zumindest für viele Jahre auf eine relativ ruhige Zeitspanne freuen können.“ Bedingung dafür sei aber eine „wirklich einheitliche Front“<sup>88</sup> aller Demokraten. Zudem bekräftigte er seine Haltung,

<sup>84</sup> FO Minute Hankey, 28. April 1948, TNA, FO 371/71650 (N 5410/157/12). Vgl. auch ROTHWELL, Robin Hankey, S. 172f.; GLADWYN, Memoirs, S. 213f.

<sup>85</sup> Minute Bevin (an Attlee), 1. März 1948, TNA, FO 371/72689 (UN 505/43/78).

<sup>86</sup> CM(48)19, 5. März 1948, TNA, CAB 128/12. Vgl. auch FO an Washington, 26. Februar 1948, TNA, FO 371/71284 (N 2170/157/12).

<sup>87</sup> Minute Bevin (an Attlee), 1. März 1948, TNA, FO 371/72689 (UN 505/43/78).

<sup>88</sup> CP(48)72, The Threat to Western Civilization, 3. März 1948, TNA, CAB 129/25. Vgl. auch CP(48)71, The Czechoslovak Crisis, 3. März 1948, TNA, CAB 129/25; Brook Notebook, CM(48)19, 5. März 1948, TNA, CAB 195/6/18; Peterson an Bevin, 24. März 1948, TNA, FO

wonach Verhandlungen mit Moskau erst dann wieder in Betracht gezogen werden sollten, wenn die realistische Chance bestand, Stalin aus einer Position politischer, wirtschaftlicher und militärischer Stärke begegnen zu können.

So unverzichtbar die geschlossene Zustimmung des britischen Kabinetts sowie die breite Unterstützung durch öffentliche und veröffentlichte Meinung auch waren, so sehr wusste Bevin doch um die zentrale Rolle, die den Vereinigten Staaten zukam. Denn allein sie verfügten über die erforderlichen Mittel, um Moskau in Schach zu halten. Deshalb hatte er bereits am Morgen nach dem Prager Umsturz US-Botschafter Lewis Douglas zu sich bestellt. Seine Worte waren ein überzeichneter Appell an die westliche Supermacht, den seit Jeffersons Tagen befolgten Grundsatz über Bord zu werfen, das eigene Schicksal an den europäischen Kontinent zu binden, ja, selbst zur „europäischen Macht“<sup>89</sup> zu werden und damit zumindest die Teilbarkeit des europäischen Friedens bis auf weiteres zu garantieren.

Auch wenn der überraschte Douglas noch einige Wochen zweifelte, ob Bevins Botschaft wirklich als Versuch zu deuten sei, „uns in europäische quasi-militärische Bündnisse zu verwickeln“,<sup>90</sup> so stieß dessen Mahnung, wonach die nächsten „sechs bis acht Wochen [...] die Zukunft Europas entscheiden“,<sup>91</sup> in Washington auf offene Ohren; und zwar nicht zuletzt weil fast täglich vergleichbar alarmierende Nachrichten aus anderen europäischen Hauptstädten im State Department eintrafen.<sup>92</sup> Darüber hinaus trugen die eigenen Erinnerungen an das europäische Schlüsseljahr 1938/39 und die Ungewissheit über Stalins Absichten wesentlich dazu bei, dass auch die Hauptstadt am Potomac Ende Februar 1948 von einer sonderbaren Krisenstimmung erfasst wurde. Entscheidend für die bisweilen „hysterische“<sup>93</sup> Züge annehmenden Aussagen amerikanischer Entscheidungsträger war indes die Entschlossenheit, vor allem die innenpolitischen Zweifler im Kongress auf Trab zu bringen – und sei es um den Preis einer gezielt geschürten Kriegsfurcht, die bei realistischer Betrachtung auch die, die dafür federführend zeichneten, nicht im Ansatz begründet sahen.<sup>94</sup>

371/71670 (N 3962/207/38G). Zur US-Position vgl. Marshall an Caffery, 24. Februar 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 735f.

<sup>89</sup> HOLBROOKE, America.

<sup>90</sup> Douglas an Marshall, 26. Februar 1948, in: FRUS, 1948, III, S. 32f. (S. 33).

<sup>91</sup> Record of Conversation Bevin-Douglas, 26. Februar 1948, FO 800/460 (EUR/48/13), TNA.

<sup>92</sup> Vgl. Caffery an Marshall, 22. Februar 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 29f.; Steinhardt an Marshall, 26. Februar 1948, in: ebd., S. 738–741; Dunn an Marshall, 1. März 1948, in: ebd., S. 835f.; Biddault an Marshall, 4. März 1948, in: ebd., S. 38; Bay an Marshall, 11. März 1948, in: ebd., S. 44f.; Marvel an Marshall, 12. März 1948, in: FRUS, 1948, III, S. 51. Vgl. auch OVENDALE, English-Speaking Alliance, S. 72f.; COGAN, Security Crisis, S. 337f.

<sup>93</sup> So der die USA soeben erst zum Handeln drängende Bevin in Sorge, die Regierung Truman könnte über das Ziel hinausschießen, in einem Briefentwurf an Cripps, 22. März 1948, TNA, FO 800/502 (SU/48/2/G). In der finalen Fassung hieß es dann: „[...] a lot of dangerous hot air is talked in America about the Soviet Union and even by people in relatively high places who should know better.“ Bevin an Cripps, 25. März 1948, TNA, FO 800/502 (SU/48/2/H).

<sup>94</sup> Vgl. Clay an Chamberlin, 5. März 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 568f. sowie Clay an Parks, 3. März 1948, in: ebd., S. 564. Vgl. dazu SMITH, Lucius D. Clay, S. 467f.; KRIEGER, General Lucius D. Clay, S. 337–341.

Präsident Truman mochte nach außen auf vergleichbar dramatische Aussagen und Gesten verzichten. Doch auch er setzte erneut auf inhaltliche Zuspitzung, als er am Mittag des 17. März 1948 vor Abgeordnete und Senatoren trat. Mit gnadenloser Vereinfachung skizzierte er in seiner landesweit übertragenen Rede zunächst die „brutale Machtpolitik [Moskaus], die darauf zielt, ganz Europa zu unterjochen“, um dann mit missionarischem Eifer den seit den Novemberwahlen 1946 republikanisch dominierten, auf Einsparungen bedachten und außenpolitisch zunehmend isolationistisch ausgerichteten Kongress aufzufordern, „den Preis für den Frieden zu zahlen, weil wir sonst mit dem Krieg bezahlen“.<sup>95</sup>

Was auf Anhieb wie eine Neuauflage seiner Kongressrede vom 12. März 1947 erschien, wies, wie aus einer am selben Abend in New York gehaltenen Rede hervorgehen sollte, darüber hinaus: Weder ging es darum, primär einzelnen Regierungen ein Hilfsangebot zu unterbreiten, noch standen wirtschaftliche und finanzielle Aspekte im Mittelpunkt seines Aufrufs zum Handeln. Vielmehr gab er ein selbst verpflichtendes Versprechen, wie es die Vereinigten Staaten in ihrer Geschichte noch nie gegeben hatten: „Schutzmacht der freien Welt“ sollten sie sein und „sich nie wieder hinter Atlantik und Pazifik zur Ruhe setzen, um befreundeten Nationen die Wahrung von Demokratie und Freiheit zu überlassen“.<sup>96</sup>

Trumans Rede war die amerikanische Antwort auf Stalins Griff nach Prag und genau das Signal, das man sich in London erhofft hatte, auch wenn damit die kurzlebige Idee einer ‚Dritten Kraft‘ unter britischer Führung zu Grabe getragen werden musste und sich die Erkenntnis, künftig nur noch Juniorpartner Washingtons sein zu können, langsam Bahn zu brechen schien. Vor allem aber stand Trumans Rede für den Beginn der Verkettung getrennter und zugleich aufeinander bezogener Handlungslinien, die die folgenden Wochen und Monate westlicher Politik bestimmen sollten.

Erstens ermahnte der US-Präsident den Kongress mit besonderer Dringlichkeit, die erforderlichen legislativen Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung des Marshallplans endlich auf den Weg zu bringen, dadurch die Auszahlung der ersten Mittel des integrierten *European Recovery Program* (ERP) zu ermöglichen und nicht zuletzt um Amerikas Glaubwürdigkeit gegenüber den Partnern nicht aufs Spiel zu setzen. Unter dem Eindruck des Prager Coups beschleunigten sich die Ereignisse. Der *Foreign Assistance Act* konnte Anfang April 1948 unterzeichnet werden. Ihm folgte am 16. April 1948 der Gründungskonvent der OEEC, unter deren Dach die wirtschaftliche Kooperation zwischen 16 europäischen Ländern – von Irland bis Portugal, von den Niederlanden bis zur Türkei – unter Einbezug der westlichen Zonen Deutschlands, die als Produzent, Lieferant und Markt für den Wiederaufbau unentbehrlich waren, langsam in Gang gebracht werden konnte und die Stabilisierung des westlichen Europas erste Konturen erhielt.

<sup>95</sup> Special Message to the Congress on the Threat to the Freedom of Europe, 17. März 1948, in: TRUMAN PAPERS, S. 183, 186. Vgl. auch TRUMAN, *Memoirs*, II, S. 241 f.

<sup>96</sup> St. Patrick's Day Address in New York City, 17. März 1948, in: TRUMAN PAPERS, S. 189.

Zweitens galt das Augenmerk der Regierung Truman Italien, weil sie im Vorfeld der Aprilwahlen einen kommunistischen Umsturz à la Prag mit verheerenden Folgen für den Rest Europas nicht ausschließen wollte. Um Rom im westlichen Lager zu halten, Alcide de Gasperis Regierung zu stärken und die Volksfront zu schwächen, war ihr jedes Mittel recht. Dank US-amerikanischer Dollarmillionen, der ersten verdeckten Operation der im Sommer zuvor ins Leben gerufenen CIA, des psychologischen Effekts der soeben vom Kongress bewilligten Marshallplanhilfe, der Unterstützung durch die katholische Kirche und einer erbarmungslos zugespitzten Kampagne, die das Volk vor die Wahl zwischen Demokratie und Diktatur, Amerika und Russland, Reichtum und Armut, Christentum und Atheismus stellte,<sup>97</sup> wurde der zum Schicksalstag für die westliche Welt deklarierte 18. April 1948 zum Triumph für den Amtsinhaber im Viminale und, wie die bürgerliche Presse verlauten ließ, zum Nein zu Stalin. De Gasperis Christdemokraten konnten ihren Stimmenanteil um mehr als ein Drittel gegenüber den Wahlen von 1946 steigern, die absolute Mehrheit der Sitze in der Abgeordnetenkammer für sich in Anspruch nehmen und nicht zuletzt einen Präzedenzfall für die gesamte Epoche des Kalten Krieges schaffen, wonach für eine direkte Beteiligung der Kommunisten an italienischen Regierungen kein Platz sein durfte, egal wie dezidiert sich der PCI von Moskau distanzierte oder wie zerstritten die anderen Parteien auch sein mochten.

Drittens unterzeichneten die Außenminister Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs, der Niederlande und Großbritanniens am 17. März 1948 den Brüsseler Vertrag. Konzeptionell stützte sich dieser weit mehr auf Bevins Idee der *Western Union* als auf das von Bidault bekundete Bedürfnis nach einer Erweiterung des Vertrags von Dünkirchen. Sicherheit vor wirtschaftlicher und sozialer Destabilisierung bildete gemeinsam mit dem klassischen militärischen Sicherheitsverständnis einen zukunftsweisenden Ansatz. Doch weder der Kern des Vertragswerks mit der eng gefassten Beistandsklausel noch die Umstände seines Zustandekommens konnten darüber hinwegtäuschen, dass der Pakt vor allem zum bündnispolitischen Beschleunigungsfaktor taugte, mit dem Washington langfristig an den Kontinent gebunden werden sollte.<sup>98</sup>

<sup>97</sup> Vgl. MISTRY, *The United States, Italy and the Origins of the Cold War*, S. 127–152; MILLER, *Taking Off the Gloves*; DERS., *The United States and Italy*, S. 243–249; DARLING, *The Central Intelligence Agency*, S. 256f.; AGA-ROSSI und ZASLAVSKY, *The Soviet Union and the Italian Communist Party*, S. 174–177.

<sup>98</sup> Der Direktor der Politischen Abteilung im Quai d'Orsay, Couve de Murville, sprach von einer „Allianz der Machtlosigkeit“; zitiert nach FRITSCH-BOURNAZEL, *Mourir pour Berlin?*, S. 179. Zu Bidault vgl. FO Minute Dixon, 1. Dezember 1947, TNA, FO 800/447. Zum Brüsseler Vertrag: *The Treaty of Brussels*, 17. März 1948, in: *DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1947–1948*, S. 225–229. Zum Brüsseler Vertrag als Instrument zur Einbindung der USA vgl. SHLAIM et al., *British Foreign Secretaries*, S. 48; BARKER, *The British Between the Superpowers*, S. 127f.; KAPLAN, *The United States and NATO*, S. 63; BAYLIS, *Britain, the Brussels Pact*, S. 615–629; DERS., *Diplomacy of Pragmatism*, S. 120; KRÜGER, *Sicherheit durch Integration?*, S. 74; KRIEGER, *Gründung und Entwicklung des Brüsseler Paktes*; GERSDORFF, *Gründung der Nordatlantischen Allianz*, S. 102–112.

Wie schon im Kontext des Marshallplans hatten die USA vor Vertragsabschluss auf Vorleistungen ihrer Partner bestanden, die ein Bekenntnis zu Interdependenz, Integration *und* Institutionalisierung europäischen Handelns sein sollten. Doch bei realistischer Betrachtung genügte der Pakt von Brüssel den amerikanischen Ansprüchen weder in inhaltlicher noch in praktischer Hinsicht. Dafür gab es drei Gründe: Zum einen musste die Beistandsklausel eine leere Hülle bleiben, solange sich die europäischen Streitkräfte in einem alles in allem erbärmlichen Zustand befanden. Erst im Herbst 1947 hatte das britische Kabinett aus finanziellen Gründen eine weitere Truppenreduzierung beschlossen. Hätten sich die Vertragsparteien aber dazu durchgerungen, ihre Rüstungsetats zu stärken, also auf Kanonen statt auf Butter zu setzen, dann hätten sie nicht nur den zarten wirtschaftlichen Aufschwung gefährdet, sondern zudem Moskaus Bestreben unfreiwillig gefördert, revolutionären Bewegungen im Inneren aufgrund darbender Volkswirtschaften Auftrieb zu verleihen. Darüber hinaus waren weder London noch Paris zu einem Pooling ihrer militärischen Ressourcen, zu einer koordinierten europäischen Rüstungspolitik oder gar zu einem weit reichenden Souveränitätsverzicht in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen bereit. Und schließlich hatte Marshall, noch bevor die Verhandlungen in die entscheidende Phase getreten und der Vorhang in Brüssel gefallen war, dem Drängen Bevins und Bidaults, „nicht auf ein zweites Pearl Harbor zu warten“,<sup>99</sup> mit der Zusage nachgegeben, „sofort gemeinsame Diskussionen über den Aufbau eines atlantischen Sicherheitssystems zu führen“.<sup>100</sup>

Fünf Tage nach Unterzeichnung des Brüsseler Pakts und noch bevor der Kongress Gelder für das Europäische Wiederaufbauprogramm bewilligt hatte, begann, viertens, unter strengster Geheimhaltung die erste Gesprächsrunde der britischen, amerikanischen und kanadischen Verhandlungsdelegationen im Lagezentrum der US-Generalstabschefs. Während sich die britischen und kanadischen Arbeitsgruppen frühzeitig für einen Atlantikpakt aussprachen, gab es im State Department Stimmen, die nicht nur vor einer Schwerpunktverlagerung von der wirtschaftlichen zur militärischen Eindämmung Moskaus warnten, sondern auch den Sinn kontinentaleuropäischer Bindungen der USA per se infrage stellten. Zudem war unklar, wie Kongress und Öffentlichkeit auf Pläne einer Atlantischen Allianz reagieren würden. Auch deshalb wurde der abschließende Entwurf der trilateralen Arbeitsgruppe als streng geheimes Memorandum des State Department verfasst. Bemerkenswert war jedoch, dass die in dem Bericht niedergelegten Empfehlungen die zentralen Prinzipien des rund ein Jahr später unterzeichneten Washingtoner Vertrags vom 4. April 1949 zum Inhalt hatten. Amerika sollte in Europa gehalten, die Sowjetunion ferngehalten und Deutschland davon abgehal-

<sup>99</sup> Conversation with M. Bidault (on train from Paris to Brussels), 17. März 1948, TNA, FO 800/460 (EUR/48/16) ; *Compte-rendu des conversations entre M. Bevin et M. Bidault*, 17. März 1948, in: DDF, 1948, I, S. 423. Vgl. auch Inverchapel an Department of State, 11. März 1948, in: FRUS, 1948, III, S. 46–48; BULLOCK, Ernest Bevin, S. 529; BIDAULT, *D'une résistance à l'autre*, S. 192; AURIOL, *Journal*, II, S. 150, S. 174; SPAAK, *Memoiren*, S. 203; YOUNG, *France, the Cold War*, S. 179.

<sup>100</sup> Marshall an Inverchapel, 12. März 1948, in: FRUS, 1948, III, S. 48.

ten werden, Europa und die Welt jemals wieder in Chaos und Vernichtung zu stürzen.<sup>101</sup> Die mehrdeutig formulierte Vandenberg-Resolution vom 11. Juni 1948, die die innenpolitischen Hindernisse zur Teilnahme an einem Atlantikpakt ausräumte, machte deutlich, wie sehr sich neben Großbritannien mittlerweile auch die USA von der auf den Ausbruch des Ersten Weltkriegs rekurrierenden Vorstellung verabschiedet hatten, wonach der Allianzen inhärente Automatismus Staaten ganz und gar ungewollt in Kriege treibe. Die Gründer der Nordatlantischen Allianz waren vom Gegenteil überzeugt: Ende der vierziger Jahre schloss man Bündnisse, um Kriege zu verhindern.

Keine sechs Wochen nach dem Prager Umsturz waren damit auf Bevins Initiative entscheidende Weichenstellungen zur Konsolidierung durch Gegenmachtbildung, zur Eindämmung durch Integration und, wie die fünfte und sechste Handlungslinie in den westlichen Zonen und in Berlin verdeutlichen sollten, zur Stabilisierung durch Teilung vorgenommen worden. Dabei hatte sich der Außenminister nicht allein der düsteren Stimmung bedient, die er selbst gezielt angeheizt hatte; er hatte auch die wirtschaftliche und militärische Schwäche Europas geschickt als Hebel eingesetzt, um seinen Anliegen in Washington Nachdruck zu verleihen. Dass Stalin den Druck auf die Westmächte an ihrer verwundbarsten Stelle, in Berlin, noch einmal erhöhen würde, war ihm dabei bewusst. In der Konsequenz seines eigenen Handelns und vor dem Hintergrund der zurückliegenden Wochen konnte es für Bevin aber nur eine Antwort geben; und die lautete: Wir müssen in Berlin bleiben.

## 5. Wir müssen bleiben

Im Anschluss an den Londoner Außenministerrat hatten die Militärgouverneure Clay und Robertson, dem Auftrag Marshalls und Bevins folgend, die Details zur Umbildung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets ausgearbeitet. Bevor das revidierte Statut am 9. Februar 1948 in Kraft trat, hatten sie den Ministerpräsidenten und weiteren Vertretern der bizonalen Verwaltungen die Änderungen am 7./8. Januar 1948 in Frankfurt erläutert. Damit wurde der erste von drei Schritten auf dem Weg zur Staatlichkeit vollzogen. Ein Haus wurde damit noch nicht gebaut, dafür aber, ohne „endlose Zeit auf den genauen Entwurf zu verwenden“, eine „Hütte“<sup>102</sup>

<sup>101</sup> Zu den Pentagongesprächen vgl. FRUS, 1948, III, S. 59–75; GERSDORFF, Gründung der Nordatlantischen Allianz, S. 113–129; KAPLAN, NATO 1948, S. 67–70; WIEBES und ZEEMAN, Pentagon Negotiations; DIES., Lehrstunde; HENDERSON, Birth of NATO, S. 15–18; IRELAND, Creating the Entangling Alliance, S. 82–87; COOK, Forging the Alliance, S. 128–133; PETERSEN, Who Pulled Whom and How Much?; GREENWOOD, Titan at the Foreign Office, S. 234f.; HOPKINS, Oliver Franks, S. 86–90; REID, Time of Fear and Hope; THE PRIVATE PAPERS OF SENATOR VANDENBERG, S. 399–420. Zu Kennans kritischer Haltung vgl. Kennan an Marshall, 20. Januar 1948, in: FRUS, 1948, III, S. 7f.; Report by the Policy Planning Staff, 24. Februar 1948, in: FRUS, 1948, I, Part 2, S. 510–529; MISCAMBLE, George F. Kennan, S. 113–133.

<sup>102</sup> Robertson in seinen einführenden Bemerkungen auf der Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten und Vertretern der bizonalen Verwaltungen in Frankfurt, 7. Ja-

aufgestellt. Im Wettbewerb mit Moskau war Zeit nämlich längst zu einer entscheidenden Ressource geworden.

Mit dem Ausbau der politischen Strukturen verfügte die Bizone unverkennbar über Züge eines Staatswesens, ohne indes Staat sein zu dürfen, sein zu wollen, vor allem aber: ohne Staat zu sein. Denn die Kernelemente der Staatsgewalt, Gebiets- und Personalhoheit, lagen unverändert nicht in den Händen der Deutschen. Ihr Handlungsspielraum blieb begrenzt, auch wenn sie, gleichsam „Instanz zur Verwaltung des Mangels in alliierterm Auftrag in der Zeit des Übergangs von der direkten zur indirekten Besatzungsherrschaft“,<sup>103</sup> in den kommenden 18 Monaten wirtschafts- und sozialpolitische Weichenstellungen von zentraler Bedeutung vornehmen konnten. Ein Auge war dabei stets auf die Wiedererlangung staatlicher Souveränität gerichtet, das andere auf die Einheit des Landes; beide aber bewahrten einen klaren Blick für die Freiheit. Und weil, wie sich zunehmend abzeichnete, Souveränität in Einheit und Freiheit nicht möglich war, würden die Deutschen im Westen letztlich Freiheit und (Teil-)Souveränität in einem geteilten Provisorium akzeptieren.

Dieser erste Schritt hin zur Staatlichkeit im „Schicksalsjahr“<sup>104</sup> 1948 war von dreifacher Bedeutung: Indem Clay und Robertson deutsche Vertreter der Bizone an der Umbildung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes beratend teilhaben ließen, gaben sie diesen das Gefühl, Teil eines gemeinsamen Entscheidungsprozesses zu sein. Zugleich nahmen sie die Ministerpräsidenten in die Verantwortung für das, was abzuwenden immer schwerer wurde: die vorübergehende Teilung des Landes. Sodann sollte die Neuorganisation der bizonalen Stellen bewusst keinen dramatischen Bruch mit Stalin herbeiführen, dafür aber sowohl Moskau als auch Paris, wenn auch mit verschiedenen Absichten, signalisieren, dass sich der Zug zur deutschen Staatlichkeit in der Bizone in Bewegung setzte. Die Geschwindigkeit mochte verhandelbar sein, die Fahrtroute hingegen nicht. Schließlich gab die Revision Amerikanern und Briten Zeit, den nächsten, weit bedeutenderen Schritt vorzubereiten: die Londoner Sechsmächtekonferenz, die am 23. Februar 1948 mit Vorgesprächen der drei Westmächte im ehemaligen India Office beginnen, die Benelux-Staaten ohne direkte Entscheidungsbefugnis einbinden und auf dem Weg zur westdeutschen Staatlichkeit die „wirklichen Pläne entwerfen“<sup>105</sup> sollte.

Wenn der Prager Coup auch eine Antwort auf das Scheitern des Außenministerrats im Dezember 1947 war, dann gab der kommunistische Umsturz, der mit dem Beginn der Londoner Sechsmächtekonferenz Ende Februar 1948 zeitlich zusammenfiel, den Beratungen der beteiligten Mächte ein besonderes Maß an Dring-

nuar 1948, in: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Bd. 4, Dok. 3, S. 126–146 (S. 129).

<sup>103</sup> BENZ, Gründung der Bundesrepublik, S. 80.

<sup>104</sup> SCHWARZ, Die außenpolitischen Grundlagen, S. 29.

<sup>105</sup> Robertson auf der Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten und Vertretern der bizonalen Verwaltungen in Frankfurt, 7. Januar 1948, in: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Bd. 4, Dok. 3, S. 126–146 (S. 129). Vgl. auch WILLIAMSON, A Most Diplomatic General, S. 119.

lichkeit. Die Botschaft war einfach: Konnten die vier Siegermächte in den dafür vorgesehenen Gremien keine gemeinsame Lösung des Deutschlandproblems herbeiführen, dann wollten Amerikaner und Briten gemeinsam mit den Franzosen die Voraussetzungen für „den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas [...] und die Aufnahme eines demokratischen Deutschland in die Gemeinschaft freier Völker“<sup>106</sup> in Eigenverantwortung schaffen. Bereits zum Ende des ersten Teils der Beratungen am 6. März 1948 hatten sich die Regierungen sowohl auf die Einbindung der westlichen Zonen in das *European Recovery Program* als auch auf eine enge wirtschaftliche Koordination zwischen Bizone und französischer Zone geeinigt.

Mit den die Londoner Sechsmächtekonferenz beschließenden Empfehlungen vom 7. Juni 1948 sowie den daraus abgeleiteten „Frankfurter Dokumenten“ vom 1. Juli 1948 begann der dritte und entscheidende Schritt auf dem Weg zur westdeutschen Staatsgründung. Die Ministerpräsidenten wurden beauftragt, innerhalb eines strikt vorgegebenen Rahmens, der nicht den geringsten Zweifel an einer langfristigen Besetzung Deutschlands ließ, ihr „endgültiges Heim zu bauen“:<sup>107</sup> demokratisch, föderal und mit Platz für die Verwandten im Osten, für die mitzubauen sie für sich in Anspruch nehmen durften, ja sollten.

Aus Bevin's Sicht war die Londoner Tagung von Beginn an auch als Bemühen konzipiert, Frankreich endgültig an Bord zu holen und die Bizone mit der französischen Zone zu fusionieren. Doch die Regierung Schuman tat sich schwer. Mit einer neuen Streikwelle konfrontiert, drohte sie zudem von der erfolgreich mobilisierenden Opposition aus Kommunisten und Gaullisten zerrieben zu werden. Außenminister Bidault hatte sich bereits im Herbst 1947 als einer der ersten von der Vorstellung verabschiedet, mit Moskau zu einer gemeinsamen Lösung kommen zu können. Auch den Gedanken an eine Mittlerrolle zwischen den Blöcken hatte er, als sich die Handlungsoptionen verringerten, rasch in das Reich der Illusionen verweisen müssen. Stattdessen setzte er auf eine Vereinbarung mit Amerikanern und Briten, solange damit amerikanische Sicherheitsgarantien für den europäischen Kontinent verbunden waren. Innenpolitisch war der Außenminister der einsamen Entscheidungen aber unter großem Druck. Getrieben von der Sorge vor der Übermacht des ‚Erbfeindes‘ im Osten und dem gleichzeitigen Wunsch nach europäischer Unabhängigkeit, waren es die alten Fragen, die er im Kabinett, in der Nationalversammlung und auf der Straße immer wieder zu hören bekam: War nicht Deutschland nach wie vor eine größere Bedrohung als die Sowjetunion?

<sup>106</sup> Communiqué Issued at the End of the First Session of the Six-Power Conference, London, 6. März 1948, in: DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1947–1948, S. 556–558 (S. 557). Zum ersten Teil der Londoner Sechsmächtekonferenz (23. 2.–6. 3. 1948) vgl. FRUS, 1948, II, S. 75–145 sowie S. 865f.

<sup>107</sup> Robertson auf der Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten und Vertretern der bizonalen Verwaltungen in Frankfurt, 7. Januar 1948, in: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Bd. 4, Dok. 3, S. 126–146 (S. 129). Zum zweiten Teil der Londoner Sechsmächtekonferenz (20. 4.–1. 6. 1948) vgl. FRUS, 1948, II, S. 191–317. Die Annahme der Londoner Empfehlungen durch das britische Kabinett erfolgte am 8. Juni 1948: CM(48)37, 8. Juni 1948, TNA, CAB 128/12.

Kam die politische Organisation in den westlichen Zonen nicht zu früh? Würde der eingeschlagene Weg nicht alles schlimmer machen, weil er den deutschen Nationalismus fördern und in der Konsequenz den europäischen Kontinent in ein neues Chaos stürzen würde? Würden die Deutschen nicht in die Arme Moskaus getrieben, um die Einheit des Landes herbeizuführen? Würde das unilaterale Vorgehen im Westen nicht Moskau aufs äußerste provozieren? Und schließlich: War Frankreich deshalb nicht geradezu verpflichtet, den Bruch mit der Sowjetunion hinauszuzögern und einen letzten Versuch zu unternehmen, um mit Stalin doch noch eine Einigung zu erzielen?<sup>108</sup>

So berechtigt die Fragen auch sein mochten, in Whitehall hatte man sich längst entschieden und war des französischen Zauderns müde. Das Europäische Wiederaufbauprogramm, der Vertrag von Brüssel, die Aussicht auf ein atlantisches Sicherheitssystem und die Londoner Empfehlungen boten unter den gegebenen Umständen ein Maß an Sicherheit, das mit einer Politik des fortwährenden Aufschubs nicht hätte erreicht werden können. Im Gegenteil, im Frühjahr 1948 galt der Grundsatz: Stillstand bedeutet Rückschritt. Jedes Zögern der Westmächte würde in Moskau als Schwäche interpretiert und wäre mit einem Prestigeverlust bei den Deutschen im Westen verbunden, die doch bereit zu sein schienen, den Weg des Wiederaufbaus unter Inkaufnahme der temporären Teilung mitzugehen.<sup>109</sup> Zugespitzt bedeutete das: Die Deutschen in den westlichen Zonen nicht zu verlieren, war für den Außenminister mittlerweile wichtiger, als Frankreich für den Staatsaufbau im Westen zu gewinnen.

Soviel Bevin an einem gemeinsamen westlichen Vorgehen lag, so wenig war er zu substantiellen Zugeständnissen an die französische Regierung bereit. Und weil er nicht nur von dem eingeschlagenen Weg, sondern auch davon überzeugt war, dass Paris aufgrund seiner wirtschaftlichen und militärischen Schwäche über keine Alternative verfügte, die das Land nicht in die Isolation geführt hätte, machte er Bidault unmissverständlich klar, dass es mit ihm weder einen Aufschub des westdeutschen Programms noch eine weitere Gesprächsrunde mit den Sowjets geben werde. Notfalls würden Amerikaner und Briten auf bizonaler Ebene alleine vorangehen.<sup>110</sup> Mit äußerst knappen Mehrheiten gaben der Auswärtige Ausschuss und die Nationalversammlung den Londoner Empfehlungen ihre Zustimmung.

Wie weit die britische und die französische Haltung tatsächlich auseinanderlagen, war deutlich geworden, als Botschafter Massigli zwischen den beiden Verhandlungsrunden der Sechsmächtekonferenz in Londoner Regierungskreisen für den Rückzug aus Berlin geworben hatte. Sollte man nicht, so sein Argument, da Deutsch-

<sup>108</sup> So lauteten vor allem die Argumente der Sozialisten in Robert Schumans Koalitionsregierung der *Troisième Force*. Vgl. Harvey an FO, 8. Mai 1948, TNA, FO 371/70587 (C 3653/71/18/G); CP(48)134, 29. Mai 1948, TNA, CAB 129/27; LOTH, Sozialismus, S. 176 f.; AURIOL, Journal, II, S. 596–598; FRITSCH-BOURNAZEL, Mourir pour Berlin?, S. 182–190; MÉLANDRI und VAÏSSE, De la prise de conscience.

<sup>109</sup> Vgl. FO Memorandum Strang, 7. April 1948, TNA, FO 371/70585 (C 2774/71/18/G).

<sup>110</sup> Bevin an Bidault, 25. Mai 1948, TNA, FO 371/70590 (C 4022/71/18/G). Vgl. auch FO Minute Strang, 28. Mai 1948, TNA, FO 371/70591 (C 4185/71/18/G); CP(48)134, 29. Mai 1948, TNA, CAB 129/27.

land ohnehin geteilt werde, die Gelegenheit nutzen und Berlin aufgeben, um damit einerseits das Risiko, den Russen in der deutschen Hauptstadt vollständig ausgeliefert zu sein, rechtzeitig zu beseitigen und andererseits „den Deutschen die Möglichkeit zu nehmen, [Berlin] zum Symbol der Wiedervereinigung zu machen“?<sup>111</sup>

Ganz abgesehen davon, dass der Kreml Berlin primär gerade nicht als Preis, sondern als Hebel zur Durchsetzung seiner deutschlandpolitischen Anliegen begriff, dass sich also mit der Aufgabe Berlins noch kein *Modus Vivendi* herstellen ließ, fühlte sich Ivone Kirkpatrick, der im September 1938 an der Seite Chamberlains an der Bad Godesberger Konferenz mit Adolf Hitler teilgenommen hatte, angesichts der französischen Haltung „schmerzhaft an 1938, 39 & 40 erinnert“,<sup>112</sup> an die Jahre des Defätismus und der Schwäche eines Georges Bonnet. Was Kirkpatrick dabei verdrängte, war die Tatsache, dass es vor gar nicht allzu langer Zeit auch in den eigenen Reihen zahlreiche Befürworter eines Rückzugs aus der alten Reichshauptstadt gegeben hatte und dass die Skepsis, ob die Stellung in Berlin wirklich gehalten werden konnte, auch dann noch beträchtlich war, als sich das Blatt nach dem Prager Umsturz gewendet hatte.

Tatsächlich hatten die Skeptiker unter den Diplomaten und Militärs Zulauf erhalten. Deshalb setzte Bevin zunächst intern ein Zeichen mit dem Ziel, sein deutschland- und europapolitisches Konzept vor größerem Schaden zu bewahren. Abrupt beendete er am 18. März 1948 die über Jahre richtungslos dahintreibenden Debatten zur Zukunft Berlins. Kaum leserlich notierte er an den Rand eines Vermerks zur britischen Berlinpolitik: „We must stay.“<sup>113</sup> Um keinen Zweifel an seiner Haltung aufkommen zu lassen, rief er gleich im Anschluss die Spitzenbeamten des Foreign Office zusammen: Sein Entschluss sei definitiv, Widerspruch werde nicht geduldet, und er wünsche nicht, dass fortan der „Rückzug an irgendeiner Stelle auch nur noch einmal in Betracht gezogen werde.“<sup>114</sup>

Der Entschluss zum Verbleib in Berlin war ein einsamer Beschluss von strategischer Bedeutung, der sich zwar nahtlos in Bevins deutschlandpolitisches Konzept fügte, nicht jedoch das Ergebnis eines strukturierten Entscheidungsprozesses reflektierte, in dem Handlungsoptionen mit den sich daraus ergebenden Chancen und Risiken, Vor- und Nachteilen systematisch abgewogen worden wären. Im Gegenteil: Weder hatte Bevin Premierminister Attlee und seine Kabinettskollegen konsultiert, noch hatte er, wie Mitte Dezember 1947 vereinbart, Rücksprache mit

<sup>111</sup> SEYDOUX, *Beiderseits des Rheins*, S. 112. Zu Massigli's Äußerungen vgl. FO Minute Sargent, 13. April 1948, TNA, FO 371/70491 (C 2950/3/18/G). Bidault ließ Bevin fast zeitgleich wissen, seine Regierung sei „unsicher, ob die drei westlichen Regierungen dort [in Berlin, V.M.] bleiben sollten“; Extract from Conversation between Secretary of State and M. Bidault at Quai d'Orsay, 17. April 1948, TNA, FO 371/70491 (C 3145/31/18/G). Vgl. hingegen Note du Département, 24. April 1948, in: DDF, 1948, I, S. 640f.

<sup>112</sup> Handschriftliche Notiz Kirkpatrick, 13. April 1948, TNA, FO 371/70491 (C 2950/3/18/G).

<sup>113</sup> Handschriftlicher Vermerk Bevins in FO Minute Strang an Bevin, 18. März 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2319/3/18/G); auch in: DBPO Berlin, No. 4. Für die richtungslosen und meist widersprüchlichen Debatten zur Zukunft Berlins bis zum Prager Umsturz vgl. FO Minute Strang an Bevin, 24. Februar 1948, TNA, FO 371/70489 (C 1547/3/18/G).

<sup>114</sup> Kirkpatrick an Robertson, 24. März 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2319/3/18/G).

Außenminister Marshall genommen. Seine Motive waren politischer Natur; militärische Argumente fanden keine Berücksichtigung. Ausschlaggebend für seinen Entschluss waren die Ereignisse von Prag und der daraus unmittelbar abgeleitete Auftrag, den eigenen Machtbereich zu konsolidieren, um nichts zu verlieren. Dass damit zugleich die Voraussetzungen für eine spätere Überwindung der sich abzeichnenden Blockbildung geschaffen werden konnten und damit die Aussicht, etwas zu gewinnen, rückte angesichts der aktuellen Herausforderungen zunächst in den Hintergrund. Erkennbar wurde aber einmal mehr, dass die Berlinfrage nicht isoliert betrachtet werden konnte, dass sie vielmehr essentieller Bestandteil britischer Deutschlandpolitik war. Die sich zuspitzende Lage in Berlin bot bei allen Gefahren und Risiken also auch die Gelegenheit, die Deutschen im Westen endgültig auf die eigene Seite zu ziehen.

In Deutschland, vor allem aber in Berlin, wurde genau verfolgt, wie die Westmächte auf den Prager Coup reagierten. Denn nicht wenige befürchteten, Stalin könnte sich Berlin als nächstes Ziel vorgenommen haben. Ihre Unsicherheit nahm noch zu, als Berlin in der Erklärung zum Abschluss des ersten Teils der Londoner Beratungen am 6. März 1948 keine Erwähnung fand. War man in Washington, London und Paris etwa bereit, Berlin den Rücken zu kehren? Dieser Sorge Ausdruck zu verleihen, kam dem Ende Juni 1947 gewählten, aufgrund des sowjetischen Vetos aber nicht amtierenden Oberbürgermeister Berlins zu. Ernst Reuter war erst im November 1946 aus dem türkischen Exil nach Deutschland heimgekehrt. Ausgestattet mit einer zutiefst antitotalitären Gesinnung stieg er zur Galiionsfigur der Berliner Sozialdemokraten auf. Als die sowjetische Besatzungsmacht erstmals den Schienenverkehr von und nach Berlin erschwert hatte, war auch Reuter davon ausgegangen, dass die Westmächte ihre Position in Berlin nicht halten könnten, sollte Stalin die Verbindungswege zwischen den Westsektoren und den westlichen Zonen systematisch blockieren.<sup>115</sup> Seine Skepsis mochte im März 1948 ungebrochen sein. Übertroffen wurde sie indes von der Entschlossenheit, die sowjetische Herausforderung anzunehmen. Dafür bot ihm die Kundgebung zur Erinnerung an die Märzereignisse des Jahres 1848 einen passenden Anlass.

Parallel tagte der Zweite Deutsche Volkskongress. Wie bereits die konstituierende Sitzung zur Zeit des Londoner Außenministerrats im Dezember 1947 sollte nach Vorstellung des Kremls auch diese Veranstaltung die Deutschen in Ost und West gegen die „westliche Politik der Spaltung“ mobilisieren. Und wie im Dezember war auch dieses Mal der Zeitpunkt bewusst gewählt. Während die westlichen Militärgouverneure in der Londoner Konferenzpause in Berlin über Grundlagen eines westdeutschen Staates berieten, sollte am 18. März 1948 an die nationalen Einheitsbestrebungen ein Jahrhundert zuvor erinnert werden. Doch so sehr sich die Choreographen in der Deutschen Staatsoper im sowjetischen Sektor mit dem an den neu etablierten Deutschen Volksrat gerichteten Auftrag zur Ausarbeitung einer *gesamtdeutschen* Verfassung auch mühten, auch dieses Mal blieb der handverlesene Volkskongress ein Kongress ohne Volk, der nicht nur keine Massen zu

<sup>115</sup> Vgl. Robertson an FO, 4. Dezember 1947, TNA, FO 371/64463 (C 15607/593/18).

mobilisieren vermochte, sondern auch dem Willen des Volkes seine Türen verschloss.<sup>116</sup>

Der Gegensatz zu der am Nachmittag stattfindenden Kundgebung zum hundertsten Jahrestag der Revolution von 1848, zu dem SPD, CDU und LDP aufgerufen hatten, hätte nicht größer sein können. In strömendem Regen versammelten sich Zehntausende vor der Ruine des Reichstags. Dem Motto der Veranstaltung, „Hundert Jahre Kampf um die Freiheit“, gaben sie damit eine ganz aktuelle Bedeutung. Denn natürlich ging es nicht darum, der gescheiterten europäischen Revolutionen zu gedenken, sondern darum, auf die Bedrohung der eigenen Freiheit aufmerksam zu machen.

Nach den Reden der Parteivorsitzenden Neumann, Kaiser und Schwennicke nutzte Reuter sein Schlusswort zu sechs zentralen Botschaften: Die Berliner rief er dazu auf, „wie ein Mann unsere Freiheit zu verteidigen“. Stalin, Pieck und Grotewohl prophezeite er, dass „Berlin [anders als Prag] nicht drankommen“ werde, weil sich „an unserem eisernen Willen die Flut brechen“ werde. Den Westmächten gab er die Zusage, dass das freie Berlin „zusammenstehen könne, wenn es um eine große Idee geht“;<sup>117</sup> dass es die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens befürworte: als „elementare Voraussetzung für die Gesundung auch unserer Verhältnisse und für die Rückkehr des Ostens zum gemeinsamen Mutterland“;<sup>118</sup> und dass es bereit war, die Frage der Einheit zu verschleppen, solange seine Freiheit und die enge Verbindung mit dem Westen als Ausdruck der künftigen Einheit in Freiheit garantiert waren. Als er dann noch apodiktisch feststellte, dass „die Welt uns nicht im Stich lassen [wird]!“,<sup>119</sup> nahm er die Westmächte in die Pflicht, Berlin nicht aufzugeben und damit weniger ihrer Aufgabe als Besatzungsmächte gerecht zu werden als vielmehr in die Rolle als Schutzmächte der ihnen anvertrauten Bevölkerung in den Westsektoren hineinzuwachsen.

Diese Konstruktion von geglaubter Gemeinsamkeit, die auf den Tag genau mit Bevins Berliner Grundsatzentscheidung zusammenfiel, wurde im Foreign Office und von der britischen Militärregierung begrüßt, war sie doch eine weitere Voraussetzung auf dem Weg zur westdeutschen Staatlichkeit bei gleichzeitigem Festhalten an der Viermächteverantwortung für ganz Deutschland. Klar war aber auch, dass sich Dauer und Intensität der Unterstützung von Seiten der Deutschen in den westlichen Zonen und den Westsektoren direkt proportional zur Unter-

<sup>116</sup> 512 der 2000 Delegierten kamen aus den Westzonen; davon waren 80 Prozent Kommunisten. In den westlichen Landtagen stellte die KPD lediglich 6,3 Prozent der Abgeordneten. Vgl. Unterredung Stalins mit Pieck und Grotewohl, 26. März 1948, in: DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 147, S. 539–556 (S. 541–543). Die SED unterstützte „die Kommunisten in Westdeutschland mit Kadern, Papier und Geld“, allein 1948 waren es „4,3 Millionen Mark“ (ebd., S. 545).

<sup>117</sup> Schlusswort auf der Kundgebung der demokratischen Parteien vor dem Reichstagsgebäude am 18. März 1948, in: REUTER, Schriften, Reden, S. 368. Vgl. auch AUER, Ihr Völker der Welt, S. 144.

<sup>118</sup> In dieser Deutlichkeit auf der Konferenz der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen. Jagdschloss Niederwald, 21. Juli 1948, in: DER PARLAMENTARISCHE RAT. Bd. 1, Dok. 11, S. 192.

<sup>119</sup> Schlusswort auf der Kundgebung der demokratischen Parteien vor dem Reichstagsgebäude am 18. März 1948, in: REUTER, Schriften, Reden, S. 368.

stützung der Westmächte für die (west-)deutschen Belange verhielten. „Jedes konkrete Anzeichen für eine entschlossene Haltung gegenüber der Sowjetunion, vor allem in Berlin“,<sup>120</sup> konnte die Westmächte enger mit den Deutschen im Westen und im westlichen Teil Berlins zusammenschweißen.

Dabei verfolgte Bevin einen doppelten Ansatz: Um den Konflikt mit Stalin nicht unnötig zu eskalieren, verzichtete er darauf, Berlin in öffentlichen Stellungnahmen zur Prestigefrage des Westens zu erklären, und setzte weiterhin alles daran, dem Krisenhaften den Anschein von Normalität zu geben. Damit eröffnete er Moskau die Möglichkeit, die Politik der direkten und indirekten Drohungen und des Drucks auf Berlin jederzeit ohne Gesichtsverlust aufzugeben; er beraubte sich aber auch der Option, die Sowjetunion von weiteren eskalierenden Schritten abzuhalten.

Um der Berliner Bevölkerung gleichwohl zu dokumentieren, dass die britische Regierung an ihrer Seite stand, setzte er gemeinsam mit den USA auf praktische Maßnahmen, die die Lebensumstände der Bevölkerung in den beiden Sektoren verbessern sollten. Dazu gehörten Wohnungssanierungen, Verbesserungen im Gesundheitswesen, im öffentlichen Nahverkehr, bei Lebensmittelversorgung, Telekommunikation und Stromversorgung. Als ehemaliger Gewerkschaftsführer wusste Bevin, welche Bedeutung diesen Aspekten des Alltags beigemessen wurde. Er war entschlossen, die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen und, falls geboten, die Bedürfnisse der westlichen Sektoren gegenüber jenen der westlichen Zonen vorübergehend zu priorisieren.<sup>121</sup>

In den Märztagen des Jahres 1948, als Berlin und Deutschland noch nicht geteilt waren, wurde somit der Grundstein für die künftige Bestimmung des westlichen Teils der Hauptstadt im Kalten Krieg gelegt: Schaufenster des Westens sollte er sein und damit gedanklicher und symbolischer Ausgangspunkt einer Politik der Transformation durch Magnetisierung. Doch zunächst trat das Ringen um Berlin in eine „neue, sehr kritische Phase“. Das „Ende einer funktionierenden Viermächterregierung [stand] bevor“<sup>122</sup> – vor allem aber ein Test der westlichen Entschlossenheit in Berlin.

## 6. Testlauf

Für mehr als ein halbes Jahr hatte die Frage, welche Ziele Stalin in und mit Berlin verfolgte, britische Diplomaten und Militärs umgetrieben. Wollte er die Westmächte aus Berlin drängen, um die vollständige Kontrolle über die eigene Zone herzustellen? Oder benutzte er Berlin als Hebel, um seinen Einheitsforderungen

<sup>120</sup> Robertson an FO, 3. März 1948, TNA, FO 371/70489 (C 1727/3/18); Military Government Liaison Section. Weekly Report No. 18, 9. März 1948, TNA, FO 371/70482 (C 2169/2/18).

<sup>121</sup> Handschriftliche Notizen von Bevin in FO Minute Strang, 18. März 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2319/3/18/G), auch in: DBPO Berlin, No. 4; Kirkpatrick an Robertson, 24. März 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2319/3/18/G).

<sup>122</sup> Military Government Liaison Section. Weekly Report No. 20, 23. März 1948, TNA, FO 371/70483 (C 2581/2/18).

Nachdruck zu verleihen und die Westmächte von einseitigen Schritten in deren Zonen abzuhalten? Im Grunde ging es Stalin um beides: die Abschirmung der eigenen Zone bei gleichzeitigem Einfluss auf das ganze Land. Wie seine ostdeutschen Statthalter wusste er, dass die SED bei den nächsten Wahlen in Berlin im Oktober 1948 nicht besser als 1946 abschneiden würde. Um das öffentliche Menetekel mangelnder Legitimation zu umgehen, erschien es ihm wie ihnen deshalb lohnenswert, „die Alliierten aus Berlin zu drängen“.<sup>123</sup> Anders als sie, denen die Machtübernahme im Osten gar nicht schnell genug gehen konnte, fürchtete er jedoch, dabei die Kontrolle über das Instrument der deutschen Einheit verlieren zu können. Ohne die Sowjetisierung der eigenen Zone auch nur ansatzweise infrage zu stellen, war er deshalb bemüht, prioritär das unilaterale Vorgehen der Westmächte zu torpedieren. Berlin sollte dabei der Hebel sein, an dem es anzusetzen galt.

Stalin hatte also geradezu ein Interesse daran, die Hauptstadt zur Prestigefrage zu erklären und damit eine aus seiner Sicht jederzeit kontrollierbare Eskalation in Gang zu setzen, bei der er, so sein doppeltes Kalkül, nur gewinnen konnte: Denn wenn den Westmächten an ihrer Stellung in Berlin etwas lag, dann mussten sie sich seinem Druck beugen und ihr Programm zum Staatsaufbau im Westen aufgeben. Taten sie es nicht, dann blieb ihm Berlin als Preis, als eine Art Rückfallposition seiner auf Anhieb gescheiterten präferierten Option – angesichts des zu erwartenden Prestigeverlusts der Westmächte bei den Deutschen aber mit der Aussicht, quasi auf dem Umweg seinen Einfluss über ganz Deutschland geltend machen zu können.<sup>124</sup> Selbst- und Fremdeinschätzung wichen jedoch erheblich voneinander ab. Denn so nachvollziehbar seine Überlegungen auch erscheinen mochten, so wenig waren sie zu Ende gedacht. Zum einen vernachlässigten sie die den Westmächten zur Verfügung stehenden Optionen. Zum anderen blendeten sie die gerade für das Verhältnis zu den Deutschen konstitutiven moralischen Aspekte seines Handelns vollständig aus.

Überhaupt ließ sich nicht verbergen, dass Stalin seit den Tagen des Marshallplans und des gescheiterten Londoner Außenministerrats in deutschlandpolitischen Fragen mehr Getriebener als Treiber war, hatte er doch dem Vorgehen der Westmächte in den westlichen Zonen wenig entgegenzusetzen. Mit dem Versuch, sich über Kontrollrat und Kommandantur bei den einstigen Kriegsverbündeten Gehör zu verschaffen, war er ebenso gescheitert wie mit dem Bemühen, die Deutschen mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen auf die eigene Seite zu ziehen. Während er die Westmächte der „Verletzung des Abkommens über den Kontrollmechanismus für Deutschland und [...] der Potsdamer Beschlüs-

<sup>123</sup> Pieck in einer Unterredung mit Stalin am 26. März 1948 unter Verweis auf die Wahlen in Berlin im Oktober 1948, in: DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 147, S. 539–556 (S. 546). Vgl. LAUFER, Die UdSSR und die Ursprünge der Berlin-Blockade, S. 575; DERS., „Reingeschlittert“, S. 39f.

<sup>124</sup> So hieß es in einem Dokument zur Londoner Sechsmächtekonferenz: „Berlin könnte zur Wegscheide im Kampf um die Einheit Deutschlands werden“, also zu dem Ort, an dem über den Modus der deutschen Einheit entschieden wird: eine Einheit entweder zu westlichen oder östlichen Bedingungen; Informationsmaterial für Smirnov, 15. Juni 1948, in: DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 165, S. 619–622 (S. 621).

se<sup>125</sup> zieh, ließen diese die sowjetischen Vorwürfe an sich abperlen, hielten aber an den alliierten Gremien fest. Dabei war allen beteiligten Parteien klar, dass „eine Verständigung noch nicht einmal mehr in den einfachsten Routinefragen möglich“<sup>126</sup> und „die Viermächtekontrolle zur Farce verkommen war“.<sup>127</sup>

Diplomatische Noten wurden ohnehin nur noch ausgetauscht, um sich gegenseitig vor der Weltöffentlichkeit, vor allem aber vor den Deutschen, die Schuld an der Teilung zuzuschieben. Die Westmächte hatten die Sowjetunion nicht einmal über die Londoner Sechsmächtekonferenz informiert. Weil sie aber den Anspruch erhoben, für ganz Deutschland zu handeln, luden die USA nach Rücksprache mit London die sowjetische Regierung ein, sich den „konstruktiven Maßnahmen zur Behebung der gegenwärtigen Situation in Deutschland“<sup>128</sup> anzuschließen, also sich den westlichen Plänen zu beugen.

Als Marschall Sokolovskij den westlichen Militärgouverneuren am 20. März 1948 in einer von ihm beantragten Sondersitzung vorwarf, „den Alliierten Kontrollrat als Tarnung zu benutzen, um ihr unilaterales Handeln zu verbergen“,<sup>129</sup> beschrieb er also durchaus treffend das Kalkül anglo-amerikanischer Politik. Schließlich hatte Bevin die Viermächtefassade bereits im Mai 1946 zum unverzichtbaren Bestandteil seiner Deutschlandpolitik erklärt, auch und nicht zuletzt um nicht die Schuld für die Teilung des Landes auf sich nehmen zu müssen. Als Sokolovskij mit seiner Delegation den Sitzungssaal im Gebäude des ehemaligen Kammergerichts im amerikanischen Sektor nach dem Verlesen eines vorbereiteten Schriftstücks wie geplant verließ, weil „der Kontrollrat als das Organ der Obersten Gewalt in Deutschland, das die Viermächteverwaltung dieses Landes verwirklicht, faktisch nicht mehr besteht“,<sup>130</sup> glaubte die sowjetische Seite noch, die Westmächte als die für den Kollaps des Kontrollmechanismus in Deutschland allein Verantwortlichen bloßgestellt zu haben. Tatsächlich aber bewirkte die „theatralische Geste“,<sup>131</sup> die nichts anderes als den Versuch darstellte, aus der deutschlandpolitischen Defensive zu kommen, das Gegenteil des Beabsichtigten.

<sup>125</sup> Note der Sowjetunion an die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich über die Londoner Deutschlandbesprechungen, 13. Februar 1948, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 40, S. 61.

<sup>126</sup> Murphy an Marshall, 3. März 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 878f. (S. 879).

<sup>127</sup> So der Kommandant des sowjetischen Sektors von Berlin, General Aleksandr Kotikov, in der Sitzung der alliierten Kommandanten am 2. März 1948, in: Berlin an FO, 2. März 1948, TNA, FO 371/70533.

<sup>128</sup> Note der Vereinigten Staaten an die Sowjetunion vom 21. Februar 1948 über die Londoner Deutschland-Besprechungen, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 41, S. 61.

<sup>129</sup> Robertson an FO, 20. März 1948, TNA, FO 1049/1392. Vgl. auch Murphy an Marshall, 20. März 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 883f. (S. 884); Sokolovskij und Semenov an das MID, 20. März 1948, in: DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 145, S. 534–536 (S. 535); CLAY, Decision in Germany, S. 355–357.

<sup>130</sup> Erklärung des sowjetischen Vertreters im Alliierten Kontrollrat, Marschall Sokolowski, am 20. März 1948, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 43, S. 63. Vgl. MAI, Der Alliierte Kontrollrat, S. 464–467.

<sup>131</sup> Military Government Liaison Section. Weekly Report No. 20, 23. März 1948, TNA, FO 371/70483 (C 2581/2/18).

Nach dem Umsturz in Prag war der Auszug aus dem Viermächtegremium Stalins zweiter schwerwiegender Fehler innerhalb eines Monats. Während er im ersten Fall ungewollt „jede Alarmanlage und jeden Rauchmelder auf dem Kontinent ausgelöst“<sup>132</sup> hatte, konnten ihm die Partner von gestern nun die alleinige Schuld am Bruch der Kriegscoalition geben. Denn mit dem Sturm aus dem Kontrollrat hatte Stalin Briten, Amerikaner und Franzosen in der öffentlichen Wahrnehmung nicht nur, wie die US-Regierung zugespitzt feststellen konnte, „gezwungen, sich untereinander zu beraten“.<sup>133</sup> Er hatte auch dem sich alles in allem konsensual vollziehenden Neubeginn zwischen Westdeutschen und Westmächten nichts als eine Politik der zerstörerischen Kreativität entgegenzusetzen. Während Clay, Robertson und ihr französischer Kollege Koenig am 20. März allein durch ihr Verharren im Sitzungssaal dokumentierten, an ihrer Verantwortung für ganz Deutschland festhalten zu wollen, sprengte Sokolovskij für alle und jeden erkennbar das alliierte Gremium.

„Unweigerlich“, notierte Robertson, „werden [die Ereignisse von heute] ganz Berlin in helle Aufregung versetzen.“<sup>134</sup> Die britische Militärregierung sowie die mit Deutschland und Berlin befassten Stellen in London waren hingegen alles andere als überrascht. Seit Monaten war man davon ausgegangen, dass die Sowjetunion nur auf einen geeigneten Zeitpunkt wartete, um den Druck auf die Westmächte zu erhöhen. Mit Abschluss des ersten Teils der Londoner Sechsmächtekonferenz war für Stalin der Zeitpunkt gekommen, sich

*nicht mehr mit Protesten gegen die separaten Handlungen der Westmächte [zu] begnügen[.] [...] Wir sollten daher auch zu Maßnahmen greifen, die [...] ihre Pläne zur Bildung eines Westblocks unter Einschluß Deutschlands aktiv durchkreuzen. [...] Wenn sie unseren Vorschlag [für eine Tagung des Rats der Außenminister] ablehnen, dann [...] werden wir gezwungen sein, die Ungleichheit unserer Besatzungszone Deutschlands zu beseitigen, die faktisch geöffnet ist[, ... und unsere] Zone zu schließen.*<sup>135</sup>

Sokolovskijs Handlung war also nur der Auftakt zu weiter gehenden Maßnahmen, die wenige Tage zuvor unter Stalins Federführung in Moskau beschlossen worden waren. „Die Bühne für die sowjetische Blockade Berlins war somit bereitet.“<sup>136</sup>

Während Robertson im Namen der Westmächte die Presse informierte und darum bat, die Situation unter keinen Umständen zu dramatisieren, erklärte Clay am 22. März: „Wir sind rechtmäßig nach Berlin gekommen, und wir haben die uneingeschränkte Absicht zu bleiben.“<sup>137</sup> Das hatte auch Bevin vier Tage zuvor als

<sup>132</sup> Action after Prague, THE ECONOMIST, 6. März 1948, S. 361.

<sup>133</sup> Note der Vereinigten Staaten an die Sowjetunion vom 26. März 1948, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 44, S. 63f. (S. 63).

<sup>134</sup> Robertson an FO, 20. März 1948, TNA, FO 1049/1392.

<sup>135</sup> Smirnov an Molotov, 12. März 1948, in: DIE UdSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 142, S. 522–525 (S. 523–525) (Hervorhebungen im Original durch Außenminister Molotov). Vgl. auch NARINSKIJ, The Soviet Union and the Berlin Crisis, S. 63; WETTIG, Stalin and the Cold War in Europe, S. 166f.

<sup>136</sup> CLAY, Decision in Germany, S. 357.

<sup>137</sup> Zitiert nach CHARLES, Berlin Blockade, S. 25. Vgl. auch TUSA, Berlin Airlift, S. 104.

Devise ausgegeben. Niemand aber hatte bislang die Frage aufgeworfen, ob der westliche Teil der Stadt selbst unter Beibehaltung des freien Zugangs nach Berlin überhaupt am Leben gehalten werden konnte, sollte die Sowjetunion ihren Sektor mit der eigenen Zone verschmelzen. Unter höchster Geheimhaltung beauftragte Robertson deshalb am 23. März den britischen Stadtkommandanten, Generalmajor Edwin Herbert, gemeinsam mit den amerikanischen und französischen Kommandanten eine Machbarkeitsstudie über die Lebensfähigkeit der Westsektoren zu erstellen.

Als Herbert eine Woche später seine Analyse vorlegte, sah Robertson sich bestätigt. Am Gelingen einer politischen Restrukturierung gab es kaum Zweifel. Trotz widriger Umstände war man zuversichtlich, innerhalb weniger Monate einen handlungsfähigen Magistrat, eine demokratisch legitimierte Stadtverordnetenversammlung sowie eine funktionierende Stadtverwaltung auf die Beine stellen zu können. Auch im wirtschaftlichen Bereich gab es einige Lichtblicke: Die Westsektoren konnten sich mit Gas und Wasser selbst versorgen; die Abwasserbeseitigung war sichergestellt; es gab ausreichend Lagerkapazitäten für Lebensmittel; und Kohle ließ sich aus den Westzonen importieren.

Alles aber stand und fiel nach Einschätzung Herberts mit der Stromversorgung. Im Winter waren die Westsektoren zur Hälfte, im Sommer zu einem Drittel auf Stromlieferungen aus dem sowjetischen Sektor und der SBZ angewiesen. Damit hatte die SMAD die Möglichkeit, den westlichen Teil der Stadt mit dem einfachen Umlegen eines Schalters jederzeit empfindlich zu treffen. Kurzfristig, das hieß über einen Zeitraum von achtzehn Monaten, konnte der Ausfall anderweitig nicht kompensiert werden. Die Konsequenzen, so das Fazit, wären verheerend: ein fast vollständiger Zusammenbruch der Industrie, eine massive Zunahme der Arbeitslosigkeit, eine unzureichende Versorgung der Krankenhäuser, deutliche Einschränkungen im öffentlichen Nahverkehr sowie in den privaten Haushalten. Würden die Berliner in den Westsektoren unter diesen Bedingungen nicht einfach die Seite wechseln?

Und doch hatte Herbert zwei Trümpfe in der Hand, die zu ziehen er dringend empfahl: die eigene und die Entschlossenheit der Amerikaner, „das Feld nicht kampfflos zu räumen“; sowie, angesichts der Aussagen Reuters keine zwei Wochen zuvor nicht ganz überraschend, „die Nervenstärke und Widerstandsfähigkeit der Berliner“.<sup>138</sup> Beides sollte noch am selben Tag auf die Probe gestellt werden.

Denn in den späten Abendstunden des 30. März ließ Generalleutnant Dratvin, der stellvertretende Oberbefehlshaber der SMAD, seinen westlichen Kollegen gleich lautende Schreiben zukommen, in denen mit Wirkung vom 1. April die Einführung neuer Verkehrskontrollen auf den Verbindungswegen von und nach Berlin bekannt gegeben wurden. Danach sollten sich die Mitarbeiter der westlichen Militärregierungen sowie deren Familienangehörige, die auf der Autobahn Berlin-Helmstedt reisten, fortan an den Kontrollpunkten ausweisen. Eisenbahn-

<sup>138</sup> Herbert an Robertson, 30. März 1948, TNA, FO 371/70491 (C 2764/3/18/G) als Antwort auf Robertson an Herbert, 23. März 1948, TNA, FO 1030/60.

reisende in die und von den westlichen Zonen unterlagen denselben Bestimmungen. Darüber hinaus sollten militärisches Frachtgut und Gepäckstücke auf dem Weg in den Westen sowie nach Berlin mittels Durchlassscheinen beziehungsweise Begleitpapieren sowjetischen Kontrollen unterworfen werden. Begründet wurden die Maßnahmen mit dem zunehmenden Verkehr zwischen den Westzonen und Berlin und der damit einhergehenden Notwendigkeit, Sicherheit und öffentliche Ordnung aufrechterhalten zu müssen.<sup>139</sup>

Mit dem Schreiben begab sich die sowjetische Regierung auf eine neue Eskalationsstufe. Die mündlichen Vereinbarungen aus dem Jahr 1945, wonach sämtlicher Verkehr frei sein sollte von Grenzkontrollen oder der Kontrolle durch Zollbeamte oder militärische Behörden, stellte sie dadurch infrage, dass sie ihnen einseitig eine neue Interpretation gab. Indem er die Insellage Berlins instrumentalisierte, verfolgte Stalin ein doppeltes Ziel: Zum einen wollte er den Westmächten mit einer Strategie der Zermürbung deren Abhängigkeit von seinem Wohlwollen vor Augen führen und damit den Preis ihres Verbleibs in der Hauptstadt in die Höhe treiben. Zum anderen hoffte er, das Vertrauen der Berliner in die Westmächte erschüttern zu können.

Wie bereits zwei Monate zuvor agierten die sowjetischen Stellen auch in den ersten Apriltagen mit einer Mischung aus Eskalationsbereitschaft und Deeskalationssignalen. Zweifellos hatte die Risikobereitschaft Moskaus zugenommen. Doch sowohl aus den schriftlichen Erklärungen als auch aus dem Verhalten der sowjetischen Stellen wurde rasch erkennbar, dass sie eine gewaltsame Eskalation der Lage vermeiden wollten. Allein die Tatsache, dass nicht Sokolovskij, sondern sein Stellvertreter das neue Kontrollregime für den Personen- und Güterverkehr ankündigte, sollte dem Vorgehen den Anschein des Normalen verleihen. Und auch die Begründung der Maßnahmen eröffnete ihnen die Möglichkeit, die Kontrollen jederzeit zurückzunehmen. Denn problemlos ließ sich ja behaupten, Ordnung und Sicherheit seien (wieder) hergestellt. Als das sowjetische Verhalten bei den Westmächten auf Widerspruch stieß, erklärte der Stabschef der SMAD schließlich gegenüber Generalmajor Brownjohn, Robertsons Stellvertreter, eine Einmischung in die westlichen Angelegenheiten sei „keineswegs beabsichtigt“.<sup>140</sup>

Natürlich war das Gegenteil der Fall. Unter den westlichen Militärgouverneuren, die sich in der Nacht vom 30. auf den 31. März berieten, war man sich einig:

Soviet pressure on Berlin has taken a further turn today. [...] It is plainly intended as the first move in the squeeze on our communications and it will not be long before there is another. [...] [W]e must be prepared for further and serious pressure.<sup>141</sup>

<sup>139</sup> Vgl. Robertson an FO, 31. März 1948, TNA, FO 1030/57; Military Government Liaison Section. Weekly Report No. 22, 5. April 1948, TNA, FO 371/70483 (C 2799/2/18); Teleconference Clay, Royall, Bradley, Collins, Wedemeyer, 31. März 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 600–604 (S. 600f.).

<sup>140</sup> Robertson an FO, 2. April 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2529/3/18/G); auch in: DBPO Berlin, No. 8.

<sup>141</sup> Robertson an FO, 31. März 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2473/3/18); auch in: DBPO Berlin, No. 6. Vgl. auch HOWLEY, Berlin Command, S. 200f.

Tatsächlich war die Situation eingetreten, vor der Robertson seine Regierung bis zum Prager Umsturz stets gewarnt hatte. Herberts Studie vom Vortag hatte, selbst ohne die Folgen einer Störung der Zugangswege in Betracht zu ziehen, sein Urteil nur bestätigt: Moskau hatte die Westmächte „an der Gurgel“ und konnte selbst entscheiden, „wann es zudrückt“. <sup>142</sup> Solange die Versorgung der eigenen Truppen sichergestellt war und die Sowjets keine direkte Gewalt anwendeten, konnten die westlichen Streitkräfte zwar in Berlin bleiben. „Ob es allerdings irgendetwas bringt, unsere Truppen hier zu behalten, wenn wir erst einmal die effektive Kontrolle über die Verwaltung unseres Sektors verloren haben“, schloss er einen Brief an Kirkpatrick, „ist eine andere Frage“. <sup>143</sup>

Robertson war kein strategischer Kopf. Auch fehlte ihm die Vorstellungskraft, wie drei von den westlichen Zonen isolierte Sektoren mit mehr als zwei Millionen Einwohnern in einem feindlichen Umfeld selbständig existieren sollten. Deshalb blieb er in seinem Denken der Alternative verhaftet, letztlich zwischen Krieg und Rückzug wählen zu müssen. Aber gab es überhaupt eine Wahl? Schließlich hatten die Chefs von Luftwaffe und Marine erst vor wenigen Wochen sogar ein Halten des Kontinents im Kriegsfall für unmöglich erklärt. <sup>144</sup>

Bevin wollte sich auf diese Diskussion nicht einlassen. Zum einen war nicht abzusehen, wie sich die Lage in Berlin wirklich entwickeln würde. Zum anderen ging er, gestützt auf die jüngst erst bestätigten Einschätzungen der Chefs der Teilstreitkräfte, <sup>145</sup> davon aus, dass Stalin für weitere neun Jahre weder kriegsbereit noch kriegsfähig war und deshalb keine militärische Konfrontation in Berlin suchte. Daran konnten auch Medienberichte über russische Truppenbewegungen nichts ändern. <sup>146</sup> Bevin hielt sie für einen Teil des vor Monaten begonnenen Nervenkriegs, nicht aber für Vorbereitungen auf einen Waffengang. Im Umkehrschluss hieß das: Sollte sich die Lage in Berlin weiter zuspitzen, dann musste die britische Regierung um eine Lösung bemüht sein, die angesichts der strategischen Interessen in Deutschland und Europa zwar auf die vollständige Kontrolle und Lebensfähigkeit der westlichen Sektoren zielte, dabei aber auch Schritte vermied, die es der Sowjetunion ermöglicht hätten, den Westen für eine militärische Eskalation verantwortlich zu machen. Robertson zweifelte an der Kompatibilität dieser doppelten Zielsetzung. Doch er war bereit, in den von Bevin vorgegebenen und am Tag des Inkrafttretens der Verkehrskontrollen erneut bestätigten Parametern zu arbeiten. <sup>147</sup>

<sup>142</sup> Robertson an FO, 2. April 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2529/3/18/G); auch in: DBPO Berlin, No. 8.

<sup>143</sup> Robertson an Kirkpatrick, 6. April 1948, TNA, FO 1030/60.

<sup>144</sup> Vgl. HAMILTON, Monty, S. 699; Orange, Tedder, S. 312.

<sup>145</sup> Vgl. COS(47)79(0), 21. April 1947, TNA, DEFE 5/4; COS(47)173(0), 23. August 1947, TNA, DEFE 5/5; COS(47)156, 13. Dezember 1947, TNA, DEFE 4/9; COS(48)59(0), 18. März 1948, TNA, DEFE 5/10; WATT, British Military Perceptions, S. 325–338; CORNISH, British Military Planning, S. 19, 75–85.

<sup>146</sup> Russian Troops Round Berlin, THE TIMES, 15. April 1948, S. 4.

<sup>147</sup> Vgl. Russia Committee. Minutes of a Meeting, 1. April 1948, TNA, FO 371/71687 (N 8167/765/38G).

Als die *Times* in den ersten Apriltagen für einen Verbleib in Berlin plädierte, beschrieb sie zugleich treffend Bevins Kalkül:

There are strong reasons for remaining in Berlin, and none for leaving it. Prestige and self-interest unite here with the wider purpose of securing, even though the task may be long and difficult, a framework for all-German unity that will satisfy German hopes as well as the needs of allied security.<sup>148</sup>

Generalleutnant Dratvins Schreiben über die Einführung neuer Verkehrskontrollen auf den Verbindungswegen von und nach Berlin traf London unvorbereitet. Man hatte sich darauf verlassen, „dass die Russen sich wie Alliierte und Freunde verhalten würden“,<sup>149</sup> denn es gab lediglich ein schriftliches Abkommen über ein System von Luftkorridoren. Dass das sowjetische Verhalten gegen den Geist mündlicher Absprachen, gegen die Praxis der zurückliegenden Jahre, vor allem aber gegen das sich aus der Übernahme der höchsten Regierungsgewalt in Deutschland und der Besetzung Berlins ergebende Recht auf freien Zugang verstieß, war indes unbestritten.

Um den Eindruck übertriebener Sorge zu vermeiden, verzichtete die Regierung Attlee darauf, in Moskau vorstellig zu werden. Stattdessen beantwortete Brownjohn das Schreiben noch am 31. März. Wie einen Tag später bei einem Treffen mit dem Stabschef der SMAD verwies er auf das freie Zugangsrecht nach Berlin.<sup>150</sup> Um die britische Haltung zu unterstreichen und zugleich die sowjetischen Absichten zu testen, ließ Robertson in der Nacht vom 31. März auf den 1. April jeweils einen Militärzug nach und von Berlin bis zur Zonengrenze fahren. Gemäß Weisung verweigerte der zuständige Kommandant den sowjetischen Posten in beiden Fällen, den Zug zu „betreten, um die Papiere der einzelnen Personen oder ihre Gegenstände oder die der Ladung zu prüfen“.<sup>151</sup> Die damit verbundene Aussage war klar: Als gleichberechtigte Besatzungsmacht konnte Großbritannien sich keinem sowjetischen Kontrollregime unterwerfen, das das für sämtliche Militärzüge des Vereinigten Königreichs in Anspruch genommene „Exterritorialitätsprinzip“<sup>152</sup> verletzt hätte.

Sowohl aus dem Gespräch Brownjohns mit Luk'jančenko als auch aus der Situation an den Kontrollpunkten ging hervor, dass die Sowjetunion entschlossen war, die neuen Regeln durchzusetzen. Amerikanische, britische und französische Militärzüge durften nur passieren, wenn russisches Personal die Züge betreten und Passagiere und Ladung einer eingehenden Prüfung unterziehen konnte. Einem amerikanischen und einem französischen Zug wurde in den frühen Morgenstunden

<sup>148</sup> Control of Berlin, THE TIMES, 3. April 1948, S. 5.

<sup>149</sup> FO an Berlin, 2. April 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2529/3/18); Robertson an FO, 31. März 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2473/3/18); CM(48)27, 8. April 1948, TNA, CAB 128/12.

<sup>150</sup> Vgl. Robertson an FO, 31. März 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2473/3/18); auch in: DBPO Berlin, No. 6. Für die US-Seite vgl. Antwort des Chefs des Stabes der amerikanischen Militärregierung, General Gailey, vom 31. März 1948, auf das Schreiben General Dratvins, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 46, S. 65.

<sup>151</sup> Ebd. Vgl. auch Teleconference Clay, Royall, Bradley, Collins, Wedemeyer, 31. März 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 600–604 (S. 602).

<sup>152</sup> IPSEN, Völkerrecht, § 35, Rz. 34, S. 570f.; SHAW, International Law, S. 754f.

den des 1. April nach entsprechenden Kontrollen die Weiterfahrt bewilligt; die britischen Züge sowie zwei weitere US-Züge erhielten keine Erlaubnis, weil ihre Kommandanten den Zutritt verweigerten. Weil die sowjetischen Posten die Weiterfahrt der Züge aber jederzeit *ohne* Gewaltanwendung stoppen konnten, indem sie schlicht ihr Monopol über die elektrische Schaltung der Weichen nutzten und Züge auf Nebengleise leiteten, war die SMAD in der Lage, allein die Westmächte für eine mögliche gewaltsame Eskalation an der Zonengrenze verantwortlich zu machen.

Gerade daran hatte die britische Regierung aber kein Interesse; zumindest nicht, solange nicht alle anderen Optionen ausgeschöpft waren. Ohne in der Sache nachzugeben, setzte sie deshalb von Beginn an auf eine Strategie der Deeskalation, die ihr zugleich den erforderlichen Zeitgewinn für die Evaluation alternativer Schritte ermöglichen sollte. Dabei kam ihr entgegen, dass weder der Autobahn- noch der zivile Güterverkehr auf dem Schienenweg nach Berlin Störungen durch die sowjetische Besatzungsmacht unterworfen waren,<sup>153</sup> dass also die Versorgung der Berliner Bevölkerung sichergestellt war. Dennoch war der Zustand unhaltbar, wollte die britische Regierung einer schleichenden Unterminierung ihrer Stellung von vornherein entgegenreten.

Auch wenn niemand in London und Berlin davon ausging, dass Stalin wirklich um Sicherheit und Ordnung im Interzonenverkehr besorgt war, ließ sich die Militärregierung auf die russische Begründung ein. Auf diese Weise konnte sie nämlich vermeiden, ihrerseits die laufenden Gespräche zur westdeutschen Staatsgründung thematisieren zu müssen. Sie regte an, innerhalb von 15 Tagen gemeinsam Regeln für die Kontrolle im Interzonenverkehr auszuarbeiten. Einmal mehr demonstrierte sie damit ihr Festhalten an der Viermächteverantwortung für Deutschland und Berlin. Der freie Zugang stand für sie nicht zur Debatte. Vielmehr wollte sie die im Rückblick als Versäumnis bewertete Tatsache, von Moskau im Sommer 1945 keine *umfassenden schriftlichen* Zusagen über den ungehinderten Zugang nach Berlin auf dem Land- und Wasserweg erhalten zu haben, mit einer schriftlichen Vereinbarung wettmachen.<sup>154</sup> Im Wesentlichen sollten sich diese neuen Regeln an dem Bericht des Transportdirektorats über die Kohle- und Nahrungsmittelversorgung vom September 1945 orientieren. Deshalb boten Clay und Robertson an, „daß jeder Kommandant eines Personenzuges [...] an einem festgesetzten Einfahrtspunkt eine Passagierliste überreicht zusammen mit Kopien der Befehle für jeden einzelnen Passagier“;<sup>155</sup> analog sollte mit der Ladung von Güterzügen verfahren werden. Dass die SMAD weder auf das allgemeine Angebot

<sup>153</sup> Vgl. Robertson an FO, 2. April 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2529/3/18/G); Teleconference Clay, Royall, Bradley, 2. April 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 613–615 (S. 613).

<sup>154</sup> Vgl. Robertson an FO, 31. März 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2473/3/18); auch in: DBPO Berlin, No. 6; Robertson an FO, 2. April 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2543/3/18/G); auch in: DBPO Berlin, No. 9; FO an Berlin, 2. April 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2529/3/18); auch in: DBPO Berlin, No. 11.

<sup>155</sup> Aus der Antwort des Chefs des Stabes der amerikanischen Militärregierung, General Gailey, vom 31. März 1948, auf das Schreiben General Dratwins (Auszug), in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 46, S. 65.

noch auf die konkreten Vorschläge einging, bestätigte die Annahme, Moskau wolle Berlin als Hebel für seine deutschlandpolitischen Ziele benutzen.

Wie aber sollte Robertson nun vorgehen? Während Koenig zunächst jeder Konfrontation aus dem Weg gehen wollte und deshalb in der Nacht auf den 1. April den sowjetischen Forderungen nachgab, war Clay bereits Brownjohns Treffen mit Luk'jančenko am 1. April ein Dorn im Auge.<sup>156</sup> Für ihn gab es „keinen Mittelweg, der nicht einer Politik des Appeasement“<sup>157</sup> entsprochen hätte. Dabei übersah er, dass die britischen Vertreter in der Sache keineswegs nachgeben wollten, vielmehr die sowjetischen Stellen über die Haltung ihrer Regierung in Kenntnis gesetzt hatten, noch bevor seine eigene Regierung ihren Konsultationsprozess über das weitere Vorgehen abgeschlossen hatte.

Clay hielt Dratvins Schreiben für einen „Bluff“: Je entschiedener man dem „Raubauken aus der Nachbarschaft“<sup>158</sup> entgegentrete, umso schneller sei die Sache erledigt. Er suchte also die Machtprobe mit Moskau. Darüber informierte er nicht nur seine Vorgesetzten, sondern auch seine britischen und französischen Kollegen. Clay hatte zwei Ideen. Sollten die sowjetischen Posten auf den neuen Regeln bestehen und das Betreten der Militärzüge erzwingen, dann sollten sie mit Waffengewalt daran gehindert werden. Darüber hinaus regte er an, mit den Briten einen bewaffneten Konvoi auf der Autobahn Helmstedt-Berlin einzusetzen, um sowjetische Kontrollpunkte gegebenenfalls mit militärischer Gewalt zu durchbrechen.<sup>159</sup>

Robertson war über Clays „zutiefst pessimistische und kriegerrische Haltung“<sup>160</sup> besorgt, lehnte sie wie Bevin, der ihn zu einer „entschlossenen, aber besonnenen Reaktion“<sup>161</sup> mahnte, ab und war erleichtert, als die Vorschläge auch in Washington geblockt wurden. Er hielt sie für unüberlegt und war nicht bereit, einem militärischen Abenteuer mit absehbarem Ausgang die Hand zu reichen. Dabei ging es ihm wie Bevin nicht darum, die Anwendung von Gewalt per se auszuschließen. Aber bevor der Einsatz militärischer Mittel ernsthaft erwogen werden durfte, mussten alle anderen Optionen durchdacht und ausgeschöpft sein. Unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit sowie der eigenen Interessen musste zudem feststehen, dass das angestrebte Ziel mit gewaltsamen Mitteln auch tatsächlich erreicht werden konnte.

<sup>156</sup> Teleconference Clay, Royall, Bradley, 2. April 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 613–615 (S. 613).

<sup>157</sup> Teleconference Clay, Bradley, Wedemeyer, 31. März 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 604–607 (S. 605).

<sup>158</sup> Teleconference Clay, Royall, Bradley, Collins, Wedemeyer, 31. März 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 600–604 (S. 602); GEORGE und SMOKE, Deterrence in American Foreign Policy, S. 133. Vgl. auch CLAY, Decision in Germany, S. 359.

<sup>159</sup> Vgl. Teleconference Clay, Noce, Bradley, Collins, Wedemeyer, Chamberlin, 31. März 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 597–600 (S. 599); Robertson an FO, 31. März 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2198/3/18); auch in: DBPO Berlin, No. 6; Clay an Bradley, 1. April 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 607f. (S. 607); Robertson an FO, 2. April 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2529/3/18/G); auch in: DBPO Berlin, No. 8; MURPHY, Diplomat unter Kriegern, S. 384.

<sup>160</sup> Robertson an FO, 2. April 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2543/3/18/G); auch in: DBPO Berlin, No. 9.

<sup>161</sup> FO an Berlin, 2. April 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2529/3/18/G); auch in: DBPO Berlin, No. 11.

All das traf auf Clays Vorschläge nicht zu. Ihre Umsetzung hätte Moskau den Vorwand für eine weitere Eskalation geboten, die eigene Lage verschlechtert sowie letztlich über das unvermeidliche und damit vertretbare Maß hinaus demütigend gewirkt. Genau das vermeiden zu wollen, nahm Clay ja für sich in Anspruch. Dass die Weiterfahrt der Züge mit einfachsten Mitteln gestoppt und damit die neuen Bestimmungen auch ohne den Einsatz von Gewalt *de facto* durchgesetzt werden konnten, hatten die sowjetischen Posten in den frühen Morgenstunden des 1. April unter Beweis gestellt. Gleiches, so hielt Robertson fest, galt auch für Clays zweiten Vorschlag: „Wenige nebeneinander aufgereihete Panzer werden den Konvoi innerhalb kurzer Zeit zum Stillstand bringen, ganz abgesehen davon, dass die Russen auch beim Feuergefecht die Oberhand behalten könnten.“<sup>162</sup> Im Weißen Haus, im State Department und im Pentagon dachte man ähnlich.<sup>163</sup> Clays Vorstoß war damit vorläufig vom Tisch.

Wenn also weder Protestnoten und Gespräche zielführend waren noch der gezielte Einsatz von Gewalt Aussicht auf Erfolg versprach, um den freien Zugang von und nach Berlin auf dem Land- und Schienenweg sicherzustellen, welche Optionen verblieben London dann noch, um Moskau einerseits zu zeigen, dass man nicht bereit war, sich den einseitig veränderten Zugangsbestimmungen zu unterwerfen, und andererseits den eigenen Anspruch durchzusetzen?

Als erstes beschlossen Clay und Robertson noch am 1. April, sämtliche Militäruzüge von und nach Berlin einzustellen. Koenig stimmte einen Tag später zu. So konsequent dieser Schritt auch war, das Problem vermochte er nicht zu lösen. Vielmehr verschärfte er die Lage noch. Denn während die neuen sowjetischen Zugangsbedingungen *per se* keine Blockade konstituierten, gab die nachvollziehbare westliche Reaktion auf das Vorgehen der SMAD den sowjetischen Maßnahmen *de facto* den Charakter einer Teilblockade der Hauptstadt. Die drei Militärgouverneure hatten deshalb bereits nach Eingang von Dratvins Schreiben gegenüber ihren Regierungen angeregt, über politische und/oder wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen nachzudenken. Bevins Antwort fiel ernüchternd aus:

We have no good cards to play. There is nowhere in the world where we can make difficulties for the Russians in the same way as they can make difficulties for the Western Powers in Berlin without risk of serious damage to ourselves. Their vital lines of communication hardly touch places where we or the Americans are in sole control. [...] I am willing in principle to consider any action of this sort but do not wish to inflict ineffectual pinpricks which may only result in the Russians taking severer measures in and around Berlin.<sup>164</sup>

<sup>162</sup> Ebd.

<sup>163</sup> Vgl. Teleconference Clay, Royall, Bradley, Collins, Wedemeyer, 31. März 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 600–604; Teleconference Clay, Bradley, Wedemeyer, 31. März 1948, in: ebd., Bd. 2, S. 604–607; Inverchapel an FO, 2. April 1948, TNA, FO 371/68018 (AN 1472); BOHLEN, Witness to History, S. 276. Robert Lovett, George Marshalls Stellvertreter, hielt Clays Idee für „dumm“: „The Soviets would just sit up on the hillside and laugh“; zitiert in ISAACSON und THOMAS, Wise Men, S. 456.

<sup>164</sup> FO an Berlin, 1. April 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2473/3/18); auch in: DBPO Berlin, No. 7 als Antwort auf Robertson an FO, 31. März 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2473/3/18); auch in: DBPO Berlin, No. 6. Zu Robertsons Sorge vor einem „Bumerang-Effekt“ vgl. Robertson an FO, 2. April 1948, TNA, FO 371/70490 (C 2529/3/18/G); auch in: DBPO Berlin, No. 8.

Auch Robertson befürchtete einen Bumerang-Effekt, der sich aus dem Kappen der Handelsverbindungen zwischen der östlichen und den westlichen Zonen ergeben hätte. Deshalb blieb es zunächst bei dem Beschluss des US-Kabinetts vom 26. März, wonach Exportlizenzen für Artikel verweigert wurden, die die Produktion in Schlüsselsegmenten der sowjetischen und osteuropäischen Wirtschaft negativ beeinträchtigen konnten.<sup>165</sup>

Mit dem Beschluss, sämtliche Militärzüge zwischen den westlichen Zonen und Berlin einzustellen, ergab sich, weil nicht abzusehen war, ob das Kontrollregime auf Dauer angelegt war, mit erhöhter Dringlichkeit die Frage, wie der Transport der Angestellten und der Familienangehörigen der westlichen Militärregierungen sowie deren Versorgung sichergestellt werden konnten. Vor dem Hintergrund des sowjetischen Vorgehens und der eigenen, bereits getroffenen Entscheidungen waren die Handlungsoptionen begrenzt. Die vorhandenen Lebensmittelvorräte reichten gerade einmal für 45 Tage. Als temporäre Rückfallposition hatte Clay schon am Abend des 31. März eine Luftbrücke ins Spiel gebracht, nur um sie im selben Atemzug zu verwerfen, weil sie „unserem Prestige schwersten Schaden zufügen und umgehend zu neuen [Provokationen] führen würde“. Dass er am 2. April dennoch auf eine Luftbrücke setzte, lag daran, dass seine präferierten Optionen in Washington und London abgelehnt worden waren, dass sich auf diese Weise der Personentransport und die Versorgung der Garnisonen „für eine Weile“<sup>166</sup> aufrechterhalten ließen und dass die Versorgung der Berliner Bevölkerung dank des unbeeinträchtigten zivilen Güterverkehrs sichergestellt war.

Die britische Regierung hielt die Luftbrücke für die beste Lösung. Der logistische und organisatorische Aufwand waren gering, die Bedürfnisse der britischen Garnison mit rund 5000 Personen überschaubar. Vor allem aber hatte sie Zeit und damit politischen Handlungsspielraum gewonnen, um das weitere Vorgehen abzuwägen. Dass ihre eigenen Kapazitäten mit den ad hoc zur Verfügung stehenden zwei Dakotas und einer Avro Anson nicht annähernd an die der Amerikaner reichten, die kurzfristig dreißig Maschinen des Typs C-47 mit einer Transportkapazität von je zweieinhalb Tonnen im 15-Minuten-Takt mobilisieren konnten, durfte vernachlässigt werden, weil die aktuellen Erfordernisse begrenzt waren und die US-Streitkräfte einen Teil des britischen Bedarfs decken konnten.

„Unter den derzeitigen Voraussetzungen können wir zeitlich unbegrenzt fortfahren“, revidierte Clay seine ursprünglich skeptische Einschätzung bereits am ersten Tag der kleinen Luftbrücke, um dann zu ergänzen: „Ich bin der Meinung, wir sollten das auch tun.“<sup>167</sup> Damit verbunden war zum einen der Appell an die eigene Regierung, die Kapazitäten zu erhöhen. Zum anderen sollte gegenüber den

<sup>165</sup> Vgl. SHLAIM, *The United States and the Berlin Blockade*, S. 44, 118.

<sup>166</sup> Teleconference Clay, Royall, Bradley, Collins, Wedemeyer, 31. März 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 600–604 (S. 602).

<sup>167</sup> Teleconference Clay, Royall, Bradley, 2. April 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 613–615 (S. 613); dort auch der Hinweis, dass militärische Güterzüge die Zonengrenze am 2. April ungehindert passieren konnten. Die kleine Luftbrücke wurde elf Tage aufrechterhalten; vgl. LEMAY, *Mission*, S. 415.

sowjetischen Stellen, die schon am 2. April den militärischen Güterverkehr wieder ungehindert Richtung Berlin passieren ließen, für weitere zehn Tage demonstriert werden, dass die Westalliierten über adäquate Alternativen verfügten und eine Politik der Einschüchterung zum Scheitern verurteilt war. Britische Planspiele, die die Versorgung der eigenen Garnison, nicht jedoch der Zivilbevölkerung unter den Bedingungen einer vollständigen Blockade simulierten, zeichneten dagegen ein beunruhigendes Bild: Mit den in Deutschland verfügbaren Flugzeugen ließ sich der tägliche Bedarf der britischen Truppen nur decken, wenn fast alle Zivilangestellten und Familienangehörigen vorab ausgeflogen würden.<sup>168</sup> Für Robertson fügte sich diese Studie in sein eigenes düsteres Bild.

In den ersten Apriltagen gab es dafür aber keinen Platz. Es musste gehandelt werden. Von entscheidender Bedeutung war, dass die Flugplätze Tempelhof und Gatow, dessen Startbahn erst 1947 als Teil eines Plans zur Notfallversorgung der eigenen Truppen vollständig erneuert worden war, im amerikanischen und britischen Sektor lagen und damit dem direkten Zugriff durch die SMAD entzogen waren. Der französische Sektor verfügte über keinen eigenen Flugplatz. Wollte Moskau auch den westlichen Luftverkehr stören, dann musste es also nicht nur das Abkommen über die Luftkorridore brechen, sondern auch gewaltsam gegen westalliierte Flugzeuge in der Luft vorgehen. Offenbar gab es sowjetische Pläne zur Beschränkung des Luftverkehrs. Anfang April wurde deren Umsetzung aber noch nicht in Betracht gezogen.<sup>169</sup>

Dennoch kam es am 5. April zu einem schweren Zwischenfall. Im Anflug auf Gatow kollidierte eine britische Passagiermaschine mit einem sowjetischen Jagdflugzeug. Die fünfköpfige britische Crew, weitere neun Passagiere, darunter zwei Amerikaner, sowie der russische Pilot, dessen Jak sich unangemeldet im Luftraum aufgehalten und mit abenteuerlichen Manövern gegen die Luftverkehrsregeln verstoßen hatte, kamen zu Tode. Ohne zu zögern und ohne mit London zu konferieren, setzte Robertson ein Signal der Eskalation: Mit sofortiger Wirkung stellte er den britischen Flugverkehr nach Berlin unter Begleitschutz von Kampfflugzeugen. Anschließend verlangte er in einem Gespräch mit Sokolovskij eine Viermächteuntersuchung sowie die Zusicherung, sich künftig an die getroffenen Vereinbarungen zu halten. Sokolovskij, „erkennbar in der Defensive, bedauerte das Unglück und versicherte, weder sei eine Beeinträchtigung des britischen Luftverkehrs beabsichtigt gewesen, noch werde es in Zukunft zu Störungen [des Luftverkehrs] kommen“.<sup>170</sup>

<sup>168</sup> Vgl. Operational Instructions No.12/48 (BAFO and UK Transport Command), 15. April 1948, TNA, AIR 38/333; TUSA, Berlin Airlift, S.115; FO Minute Strang, 9. April 1948, TNA, FO 1030/125.

<sup>169</sup> Vgl. Telegramm Dratvin und Semenov an Molotov und Bulganin, 17. April 1948, zitiert in NARINSKII, *The Soviet Union and the Berlin Crisis*, S. 62, 65.

<sup>170</sup> Robertson an FO, 5. April 1948, TNA, FO 1030/60. Vgl. auch Murphy an Marshall, 6. April 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 890 f.; Clay and Bradley, 6. April 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 618 f. Bereits am 31. März hatten sowjetische Jagdflugzeuge US-Maschinen im Luftkorridor nach Berlin gestört; vgl. ADOMEIT, *Soviet Risk-Taking*, S. 85; UHL, *Die Teilung Deutschlands*, S. 170.

Dass Sokolovskij am folgenden Tag nicht nur eine Viermächteuntersuchung ablehnte, sondern den britischen Piloten bezichtigte, den Zusammenstoß verursacht zu haben; dass die SMAD ihre Vertreter aus der britisch-sowjetischen Untersuchungskommission abzog; dass der britische Schlussbericht nicht von einer gezielten Provokation Moskaus ausging, auch wenn er die Verantwortung dem Jak-Piloten zuwies; dass Robertson auf *schriftliche* Zusagen der SMAD zur Einhaltung der Luftverkehrsregeln verzichtete; und dass Clay in der Konsequenz einmal mehr von „Appeasement“<sup>171</sup> sprach, konnte an einem nichts ändern: Robertson, nicht Clay, hatte mit seiner raschen Reaktion auf das Flugzeugunglück von Gatow, die das Risiko einer militärischen Eskalation kurzfristig markant erhöht hatte, eine klare Botschaft an Sokolovskij gesandt, die im Kreml ankam und verstanden wurde. Eine gezielte Störung des Luftverkehrs in den Luftkorridoren mit der Absicht, die Position der Westmächte in Berlin unhaltbar zu machen und in Deutschland zu untergraben, taugte letztlich zum Casus Belli. Darüber hinaus bestätigte Robertsons Reaktion den Grundsatz internationaler Politik, wonach das Ausmaß einer Bedrohung nicht allein von der Partei abhängt, von der die ursprüngliche Gefahr ausgeht, sondern auch von dem Willen und der Fähigkeit des Bedrohten, die Herausforderung anzunehmen.

In London hielt die Regierung eine bessere Koordination mit Washington bei gleichzeitiger Einbindung der Pariser Regierung für unerlässlich. Ursächlich dafür war zum einen die Erkenntnis, dass die Krise in und um Berlin in eine neue Phase getreten war, die aufgrund ihrer strategischen Relevanz „Entscheidungen in den alliierten Hauptstädten und nicht nur vor Ort in Berlin“<sup>172</sup> erforderte. Zum anderen war man im Foreign Office besorgt über den als unkoordiniert und erratisch wahrgenommenen Entscheidungsprozess zwischen der US-Militärregierung in Berlin und den diversen Stellen in Washington und wollte deshalb frühzeitig gegensteuern, damit Clay mit seinem konfrontativen Kurs nicht die Oberhand gewann. Denn während der strategische Konsens über den Verbleib in Berlin ungeachtet regierungsinterner Meinungsverschiedenheiten unter den höchsten politischen Entscheidungsträgern beiderseits des Atlantiks hielt, gab es zwischen London und Washington taktische Differenzen über das weitere Vorgehen, die temporär zu erheblichen Verstimmungen führten.

<sup>171</sup> Clay an Bradley, 9. April 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 620 f. (S. 620). Vgl. auch Report of the Court of Enquiry into Air Crash, 18. April 1948, TNA, FO 371/70675 (C 3163/2609/18); DIE UdSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, S. 722, Fn. 399; DAVISON, Die Blockade von Berlin, S. 89–91.

<sup>172</sup> Military Government Liaison Section. Weekly Report No. 24, 20. April 1948, TNA, FO 371/70484 (C 3301/2/18). Vgl. auch Bevin an Inverchapel, 29. April 1948, TNA, FO 371/70492 (3418/3/G). Entsprechend wurde fortan auch Premierminister Attlee in den Konsultationsprozess eingebunden; vgl. die handschriftlichen Vermerke Bevins an Attlee („PM should see, EB“) auf FO Minute Strang, 24. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3580/3/18/G); British Position in Berlin. Record of Meeting held in Sir W. Strang's Room, 23. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3580/3/18/G); auch in: DBPO Berlin, No. 12.

## 7. Strategischer Konsens – taktische Differenzen

Für den künftigen Verlauf der Krise um Berlin waren die frühen Apriltage von wegweisender Bedeutung. Die SMAD sah sich in ihrer Haltung bestätigt. „Unsere Maßnahmen“, so berichteten Sokolovskijs Stellvertreter und der politische Berater der SMAD an Außenminister Molotov und Verteidigungsminister Bulganin, „haben dem Prestige der Amerikaner und Briten in Deutschland einen schweren Schlag versetzt. Die deutsche Bevölkerung beurteilt das Verhalten der Anglo-Amerikaner als Rückzug vor den Russen, was zeigt, wie stark die Russen sind.“<sup>173</sup> Die SMAD rechnete zwar damit, dass die Westmächte „sich hartnäckig an Berlin klammern“<sup>174</sup> würden. Doch sie unterschätzte sowohl deren Entschlossenheit als auch deren Möglichkeiten. Schon die kleine „Luftbrücke zwischen Berlin und den westlichen Zonen [erachtete sie als] gescheitert“ und war davon überzeugt, dass auch „die Amerikaner [eine Luftbrücke für] ein zu teures Unterfangen“<sup>175</sup> hielten. Gerade weil die SMAD ebenso wie der Kreml das Verhalten der Westmächte in der Zugangsfrage als Zurückweichen deuteten und zugleich die alternative Option einer Versorgung aus der Luft ausschlossen, empfahlen sie, den Druck zu erhöhen, um das Vertrauen der Deutschen in die Westmächte endgültig, wie sie meinten, zu untergraben und die Pläne zur Staatsgründung im Westen zum Scheitern zu bringen. Dabei hielten sie an ihrem Vorgehen, das zwischen Eskalation und Deeskalation schwankte, so lange fest, bis die Westmächte den entscheidenden Schritt zur Etablierung einer deutschen Regierung im Westen gemacht hatten.

Genau dieses Vorgehen erwartete die britische Regierung von der Sowjetunion, „um uns überall in größte politische Verlegenheit zu bringen, allerdings ohne die Dinge auf die Spitze zu treiben und ohne die Absicht, einen Krieg auszulösen“. Die eigentliche Gefahr, so Bevin, lag deshalb darin, „dass sie [die Russen, V.M.] sich verspekulieren und sich selbst in eine Lage bringen, die ihnen aus ihrer Sicht keinen Ausweg mehr erlaubt“.<sup>176</sup> Dem Kreml diesen Ausweg wann immer und wenn möglich zu gewähren, ohne dabei die eigene Position in Berlin und Deutschland zu kompromittieren und ohne dabei selbst in eine ausweglose

<sup>173</sup> Telegramm Dratvin und Semenov an Molotov und Bulganin, 17. April 1948, zitiert nach NARINSKII, *The Soviet Union and the Berlin Crisis*, S. 64. Nahezu identisch: Bericht von Okonišnikov. Zur Einführung zusätzlicher Maßnahmen auf den Verbindungswegen zwischen Berlin und den Westzonen Deutschlands, 10. April 1948, in: *DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE*, Bd. 3, Dok. 150, S. 573–576 (S. 576). Zweifellos berücksichtigte die SMAD in ihrer Berichterstattung das in Moskau Erwünschte.

<sup>174</sup> Semenov an MID, 23. April 1948, in: *DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE*, Bd. 3, Dok. 155, S. 589.

<sup>175</sup> Telegramm Dratvin und Semenov an Molotov und Bulganin, 17. April 1948, zitiert nach NARINSKII, *The Soviet Union and the Berlin Crisis*, S. 64.

<sup>176</sup> Bevin an Inverchapel (für Marshall), 29. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3418/3/18/G); Aide-Mémoire Bevin an Marshall, 30. April 1948, in: *FRUS*, 1948, IV, S. 842–844 (S. 844). Vgl. auch *Russia Committee. Summary of Indications regarding Soviet Foreign Policy*, o. D. [April 1948], TNA, FO 371/71671 (N 8814/207/38G); FO Memorandum Strang an Bevin, 7. April 1948, TNA, FO 371/70585 (C 2774/71/18/G).

Lage zu geraten, umschrieb die eigentliche Herausforderung britischer Krisenpolitik, die Bevin als gemeinsame Aufgabe der Westmächte verstanden wissen wollte.

Um den Kurs in Berlin abzustimmen, kam es deshalb am 28. April am Rande der Londoner Sechsmächtekonferenz zunächst zu einem bilateralen anglo-amerikanischen Treffen. Gleich im Anschluss wurden die Franzosen einbezogen. Unmittelbarer Anlass war der Vorschlag des amerikanischen Außenministeriums, der sowjetischen Regierung eine Note der Westmächte zu übermitteln, in der vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen in Berlin die westliche Position unmissverständlich festgehalten werden sollte. Unproblematisch erschien der Hinweis auf die bestehenden Vereinbarungen. Auf Vorschlag Clays sollte die Note aber mit einer Drohung an die Adresse Stalins enden.<sup>177</sup>

Zur internen Vorbesprechung kamen führende Vertreter der Deutschlandabteilung des Foreign Office und der britischen Militärregierung am 23. April zusammen. Robertson und der politische Berater der Kontrollkommission, Christopher Steel, diktierten die Diskussion, und das hieß: Der Spagat zwischen Bevins Vorgaben auf der einen und Robertsons Skepsis auf der anderen Seite spiegelte sich in den Beratungen über die zentrale strategische Frage, den langfristigen Verbleib in Berlin, wider. Auf der taktischen Ebene herrschte hingegen schnell Einigkeit. Um den eigenen Handlungsspielraum nicht unnötig einzuengen, sprach sich die Runde gegen eine schriftliche Note aus. Allenfalls sollten die drei Botschafter in Moskau in einem Gespräch mit Molotov noch einmal mit der gebotenen Deutlichkeit die eigene Haltung darlegen, ohne jedoch mit Drohungen jedweder Art zu operieren, ohne sich auf einen Verbleib in Berlin „um jeden Preis“ festzulegen und ohne vorab zu erklären, die eigene Position letztlich auch mit Gewalt zu verteidigen. Verkürzt lautete die Devise: „Wir sollten nichts sagen, einfach stillhalten [...] und die Sache aussitzen.“<sup>178</sup>

Was aber bedeutete das unter den konkreten Umständen des Frühjahrs 1948? Schnell wurde erkennbar, dass die Furcht vor einer sowjetischen Eskalation und die Angst vor dem Scheitern bei Robertson größer waren als das Vertrauen in die Vorgaben seines Ministers. In einer graduell eskalierenden Krisenkonstellation kennzeichnete kognitive Konsistenz das Verhalten beider: Der Ängstliche, Robertson, wurde noch ängstlicher, der Entschlossene, Bevin, noch entschlossener.<sup>179</sup> Insofern spiegelte das Ergebnis der Besprechung den Versuch wider, zwei im Kern unvereinbare Positionen miteinander zur Deckung zu bringen.

Angesichts der westdeutschen Pläne, die in ihre entscheidende Phase getreten waren, und der damit verbundenen Notwendigkeit, die Bevölkerung in den westlichen Zonen an Bord halten zu müssen, plädierte Robertson ganz in Bevins Sinn

<sup>177</sup> Vgl. FO Minute Strang, 28. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3524/3/18/G); Acting Secretary of State Lovett an Douglas, Clay, Murphy, 22. April 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 896f. (S. 897).

<sup>178</sup> British Position in Berlin. Record of Meeting held in Sir W. Strang's Room, 23. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3580/3/18/G).

<sup>179</sup> Vgl. HOLSTI, Crisis Decision Making, S. 272.

dafür, „trotz aller Unannehmlichkeiten“<sup>180</sup> in Berlin zu bleiben. Wie sich im Verlauf der internen Diskussion und noch viel klarer in den bi- und trilateralen Beratungen wenige Tage später zeigen sollte, konnte es sich aus Robertsons Sicht jedoch nur um eine zeitlich begrenzte Verpflichtung von „sagen wir einmal 18 Monaten bis zu zwei Jahren“<sup>181</sup> handeln:

[W]hile we would stay in Berlin as long as we could, we might have to withdraw under pressure or deteriorating conditions in the end. We realised that this would be bad for prestige and for our standing with the Germans, but the loss of prestige would be the less the longer that day were postponed and the greater the political and economic progress achieved in the Western Zones.<sup>182</sup>

Dass Robertson seiner Skepsis in einer hausinternen Besprechung Ausdruck verlieh, war auch dann noch unproblematisch, als Bevin längst einen anderen Kurs vorgegeben und von seinen engsten Mitarbeitern verlangt hatte, den Rückzug aus Berlin nicht mehr in Betracht zu ziehen. Dass er sie aber mit Zustimmung des verantwortlichen Staatssekretärs, William Strang, gegenüber Amerikanern und Franzosen äußerte und damit bei diesen unweigerlich der Eindruck entstehen musste, die britische Regierung hätte sich gedanklich bereits aus Berlin verabschiedet,<sup>183</sup> war erstaunlich. Wer wollte Clay dann noch verübeln, dass er die USA in der deutschen Hauptstadt allein auf weiter Flur wähnte und gerade deshalb einen betont unnachgiebigen Kurs gegenüber Moskau meinte einschlagen zu müssen?

Natürlich wäre es die Aufgabe des Staatssekretärs gewesen, die Haltung seines Ministers den Partnern darzulegen. Doch der „erstklassige Verwalter“<sup>184</sup> britischer Außenpolitik, dem es an gestalterischen Ideen fehlte, fühlte sich der Militärregierung aus seiner Zeit als Feldmarschall Montgomerys und Luftmarschall Douglas' Berater nach wie vor verbunden. Vor allem aber teilte er Robertsons Bedenken. Indes, dem Vorschlag mangelte es nicht nur an politischer Klugheit, sondern in erster Linie an strategischem Weitblick. Der Gedanke, die Westsektoren mittelfristig aufzugeben, war nämlich nicht ansatzweise mit der bislang praktizierten Außenpolitik vereinbar, weil er die mittlerweile etablierten Spielregeln des Ost-West-Konflikts ignorierte, Bevins deutschlandpolitisches Konzept unterminierte und die Logik der Berlin zugewiesenen Rolle konterkarierte. Wenn der Kalte Krieg gerade in den ersten Jahren von beiden Seiten als Nullsummenspiel definiert wurde, in dem der Verlust des einen stets als Gewinn des anderen wahrgenommen wurde, dann musste ein Rückzug aus der deutschen Hauptstadt, egal unter

<sup>180</sup> British Position in Berlin. Record of Meeting held in Sir W. Strang's Room, 23. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3580/3/18/G).

<sup>181</sup> Position of Western Powers in Berlin. Record of Meeting held in Sir W. Strang's Room on 28<sup>th</sup> April [Besprechung zwischen Strang, Robertson, P. Dean (Großbritannien); Douglas, Clay, Murphy (USA); und Massigli, Koenig, Couve de Murville, de St. Hardouin (Frankreich)], TNA, FO 371/70493 (C 3581/3/18/G).

<sup>182</sup> FO Minute Strang [über die Besprechung zwischen Strang, Robertson, US-Botschafter Douglas und Clay bei einem gemeinsamen Mittagessen], 28. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3524/3/18/G).

<sup>183</sup> Vgl. MURPHY, Diplomat unter Kriegern, S. 383; Murphy an Marshall, 15. April 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 893f. (S. 894).

<sup>184</sup> YOUNG (Hrsg.), The Diaries of Sir Robert Bruce Lockhart. II, S. 282, 744.

welchen Umständen, weniger als Konzession an die Gegenseite als vielmehr, wie Frank Roberts bereits im September 1945 gewarnt hatte, als Einladung zu weiter reichenden Forderungen verstanden werden.<sup>185</sup> Indem sie sich auf die Herausforderung des Augenblicks konzentrierten, mochten Robertson und Strang das unmittelbar Notwendige tun. Doch vor lauter Kurzsichtigkeit verloren sie das langfristig Gebotene aus den Augen und damit die Grundprinzipien westlicher Eindämmungspolitik: Standfestigkeit und Geduld. In der Konsequenz erschien die bevorstehende Teilung Deutschlands auf einmal nicht mehr als vorübergehende Notwendigkeit, sondern als definitiver Schlussstein, und Berlin nicht mehr als *Conditio sine qua non* der Transformation des Status quo durch Magnetisierung, sondern als lästiger, vor allem aber als gefährlicher Klotz am Bein einer ausschließlich auf die westlichen Zonen ausgerichteten Deutschlandpolitik.

Strangs Gesprächsprotokoll über die Beratungen mit amerikanischen und französischen Regierungsvertretern rief noch am selben Tag Lord Pakenham auf den Plan. Im März hatte der mit der britischen Zone befasste Chancellor of the Duchy of Lancaster an der hausinternen Sitzung teilgenommen, in der Bevin seinen Entschluss erläutert hatte, an Berlin festzuhalten. Dass Strang und Robertson die Entscheidung des Ministers in letzter Konsequenz ausgerechnet in einer Besprechung mit Amerikanern und Franzosen indirekt hinterfragten, brachte Pakenham dazu, seiner „extremen Beunruhigung“ mit „dogmatischer Gewissheit“ und repetitiver Härte „Ausdruck verleihen zu müssen“.<sup>186</sup>

Die Notiz mochte an Bevin gerichtet und an Attlee weitergeleitet worden sein. Adressaten aber waren Strang, der Chamberlain 1938 nach Berchtesgaden, Bad Godesberg und München begleitet hatte und dem die historische Lektion gerade deshalb bitter aufstoßen musste; Robertson, der entgegen seinem energischen Handeln im Kontext des Gatower Zwischenfalls mit gewagten Begründungen plötzlich bemüht schien, seine Schäfchen ins Trockene zu bringen; und all die anderen, die daran zweifelten, aus dem Ringen um Berlin und Deutschland als Sieger hervorgehen zu können.<sup>187</sup>

We should make up our mind that (a) we have an absolutely clear moral right and just as clear a moral obligation to stay in Berlin; (b) that any prolonged Russian attempt to turn us out whether by military or economic means would be a flagrant act of aggression; (c) that if we attempted to appease the aggressor in Berlin because of the supreme tragedy involved in a war with Russia, not only our diplomatic prestige, but our moral standing would be fatally undermined when we attempted, as we should be forced to, to resist the same aggressor later on. I need not rehearse to you of all people, the arguments against pursuing a policy based on the same calculations as those which misled the National Government of 1931–1939 from Manchuria to Munich. I would stress, however, our special moral obligation, in the light of history, to

<sup>185</sup> Vgl. Roberts an Bevin, 28. September 1945, in: DBPO, Series I, Vol. VI, No. 47, S. 115–119 (S. 117).

<sup>186</sup> FO Minute Pakenham an Bevin, 28. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3524/3/18/G).

<sup>187</sup> Geteilt wurde Robertsons Auffassung u. a. von dem Leiter des Northern Department, Robin Hankey. Dessen Abteilung hatte jedoch im Foreign Office seit 1947 deutlich an Einfluss auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess verloren; vgl. ROTHWELL, Robin Hankey, S. 182, 186; OVENDALE, *English-Speaking Alliance*, S. 78f.; BARKER, *The British Between the Superpowers*, S. 123.

the three million citizens of Berlin (two million in the Western sectors) whom we have taught to look to us on the grounds that we are the courageous and honourable champions of democracy. The same moral arguments which justify our occupation of the Germans' country, compel us, it seems to me, to accept a special responsibility for defending them from external aggression and persecution. [...] I had understood [...] that you were determined that we must stay in Berlin come what may. The argument that – „the loss of prestige would be the less the longer that day were postponed, and the greater the political and economic progress achieved in the Western Zones“ – seems to me, to be frank, quite extraordinary. If one is thinking of moral prestige, the longer we do lead the people of Berlin to believe, as I presume we should during the intervening period, that if they stand for democracy, we should stand by them, the greater our loss of moral prestige now and in the years to come.<sup>188</sup>

Pakenham, der sich vehement für den Wiederaufbau Deutschlands einsetzte, rief mit seiner moralisch unterfütterten Geschichtslektion Bevins Konzept nachdrücklich in Erinnerung. Doch so emotional sein Plädoyer auch daherkam und so energisch er, anders als Strang und Robertson, auf Clays schneidende Frage, „ob die Briten ‚auf Teufel komm raus‘ in Berlin bleiben wollten“, mit einem Ja geantwortet hätte, so präzise vermochte er zwischen strategischem Dogma und taktischem Kalkül zu unterscheiden. Der bisweilen zum Exzentrischen neigende Erzrivist war nämlich zu besonnen, als dass er den „extremen Ansichten“<sup>189</sup> des amerikanischen Militärgouverneurs gefolgt wäre. Deshalb unterstützte er Strangs und Robertsons Empfehlung, zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit einer Note in Moskau vorstellig zu werden und schon gar nicht explizit mit einer militärischen Eskalation zu drohen.

Unschwer ließen sich die auf der Arbeitsebene bestehenden Meinungsunterschiede aus den bi- und trilateralen Gesprächsprotokollen herauslesen. Einige existierten tatsächlich, andere resultierten aus gegenseitigen Fehlperzeptionen. Einige waren gravierend, andere ließen sich relativ leicht ausräumen. Alle aber bargen die Gefahr in sich, an Eigendynamik zu gewinnen und damit letztlich die Partner auseinanderzutreiben. Nichts indessen war aus Bevins Sicht dringlicher, als eine einheitliche westliche Front gegenüber Stalins Sowjetunion zu bewahren. Deshalb ging er auf das Ersuchen des US-Botschafters nach einem Treffen ein. Mit Douglas verband ihn eine Freundschaft, die den offenen Gedankenaustausch auch in schwierigen Zeiten erleichterte. Douglas, so die Einschätzung in London, teilte Clays „kampfbereite Haltung“ nicht.<sup>190</sup> Und damit war er keineswegs allein. Walter Bedell Smith, der seit 1946 in der Nachfolge Harrimans die US-Interessen in Moskau vertrat, warnte seine Regierung davor, Stalin in die Ecke zu treiben;<sup>191</sup> und auch George Marshall und Robert Lovett sprachen sich gegen jeden militärischen Eskalationsautomatismus aus. Beide gingen noch einen Schritt weiter: Während die USA beabsichtigten, in Berlin zu bleiben und „Gewalt mit Gewalt

<sup>188</sup> FO Minute Pakenham an Bevin, 28. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3524/3/18/G). Vgl. auch Lord Pakenham's Views, THE TIMES, 13. Mai 1948, S. 3. In seinen Memoiren geht Pakenham nicht auf die Berlinkrise ein; vgl. PAKENHAM, *Born to Believe*.

<sup>189</sup> FO Minute Strang, 28. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3524/3/18/G).

<sup>190</sup> Ebd. Zu Bevin-Douglas vgl. BARCLAY, Ernest Bevin, S. 42; BARTLETT, „The Special Relationship“, S. 34.

<sup>191</sup> Smith an Marshall, 15. April 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 894f.

zu beantworten“, würden sie ihrerseits „die Anwendung von Gewalt nicht initiieren“. <sup>192</sup> Eben diesen Grundsatz hatte die britische Regierung in den frühen Apriltagen verfolgt. Ohne die eigene Haltung in der Substanz infrage zu stellen, hatte sie in der Annahme, dass Stalin die militärische Auseinandersetzung scheute, gezielt darauf hingearbeitet, Moskau im Fall der Fälle die alleinige Verantwortung für eine mögliche gewaltsame Eskalation zuzuweisen.

Die Voraussetzungen für Bevin's Intervention in Washington waren damit positiv. Seine Unterredung mit Douglas am 29. April ebenso wie sein einen Tag später an Marshall gerichtetes Schreiben eröffneten ihm die Gelegenheit, einerseits die eigene Politik vis-à-vis Berlin klarzustellen und andererseits die amerikanische Haltung zu beeinflussen. Dass Briten und Amerikaner gemeinsam handeln mussten, war für ihn unbestritten. Um nicht den geringsten Zweifel am eigenen Berlin-Engagement aufkommen zu lassen, teilte er Marshall mit: „Natürlich stellt sich die Frage, ob wir uns durch russische Blockadetaktik aus Berlin [...] drängen lassen, nicht.“ <sup>193</sup> Anders als Strang und Robertson machte Bevin keinen Unterschied zwischen einem kurz- und einem langfristigen Engagement. Und damit war klar, welche Linie die offizielle Politik in London verfolgte. Die „private“ <sup>194</sup> Auffassung des britischen Militärgouverneurs sollte niemanden beunruhigen.

Doch Bevin hatte eine zweite Botschaft, die ihm noch wichtiger war: die strikte Wahrung des Primats des Politischen. „Die britischen und amerikanischen Repräsentanten vor Ort“, so ließ er Marshall wissen, wobei er die eigenen Vertreter aus rein diplomatischen Gründen mit einbezogen haben dürfte,

must exercise the greatest care in handling the situation. What is needed is moderation and patience, combined with firmness and a determination, not to be provoked into any ill-considered action which might result in an impossible position from which it would be difficult to retreat. [...] That is why [...] His Majesty's Government and the United States Government are called upon to show particular prudence at the danger points. <sup>195</sup>

Wie besorgt Bevin über die Aussagen „einiger Hitzköpfe“ <sup>196</sup> diesseits und jenseits des Atlantiks war und wie sehr ihn zugleich der Vorwurf ärgerte, seine Regierung „habe Schwäche gezeigt“, <sup>197</sup> wurde deutlich, als er am 4. Mai entgegen seiner bis dahin vertretenen Überzeugung, sich in der Öffentlichkeit nicht zur Berlinfrage zu äußern, in die Debatte des Unterhauses eingriff. Stalin rief er die alliierten Kriegvereinbarungen in Erinnerung, nur um den denkbar knappsten, aber entscheidenden, auch an die Zweifler in den eigenen Reihen in Berlin und in Washington gerichteten Satz nachzuschieben, den er zwei Wochen später auf dem Labour-Parteitag in Scarborough wiederholen sollte: „Es ist unsere Absicht, dort [in Berlin, V.M.] zu bleiben.“ Sein ergänzender Hinweis auf „unsere von Entschlos-

<sup>192</sup> Marshall und Lovett an Douglas, 30. April 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 900; FO Minute Strang, 3. Mai 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3579/3/18/G).

<sup>193</sup> Aide-Mémoire Bevin an Marshall, 30. April 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 842–844 (S. 844).

<sup>194</sup> Murphy an Marshall, 15. April 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 893f. (S. 894).

<sup>195</sup> Aide-Mémoire Bevin an Marshall, 30. April 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 842–844 (S. 844).

<sup>196</sup> Inverchapel an FO, 2. April 1948, TNA, FO 371/68018 (AN 1472).

<sup>197</sup> H.C. DEB 5s. 450, cols. 1108–1116 (col. 1113) (4. Mai 1948).

senheit getragene Haltung“, die, „sollte sie auf die Probe gestellt werden, deutlich erkennbar werden wird“,<sup>198</sup> galt dann nicht mehr allein Stalin, sondern auch den mit dem Feuer spielenden Kritikern, Clay und Churchill. Während Clay noch verärgert war, mit seinen militärischen Plänen in Washington und an London gescheitert zu sein, wollte Churchill, gestützt auf das amerikanische Nuklearwaffenpotential, den Sowjets mit der „Zerstörung ihrer Städte“<sup>199</sup> drohen, falls sie sich nicht aus Berlin und Ostdeutschland zurückziehen würden.

Anders als der britische Oppositionsführer und der US-Militärgouverneur wollte Bevin Stalin einen gesichtswahrenden Ausweg aus der verfahrenen Situation offenhalten. Gerade deshalb sollten „Diskussionen an die Stelle der jüngsten Provokationen treten“.<sup>200</sup> Und gerade deshalb wollte Bevin just in dem Moment, als sich die Verteidigungsminister und Chefs der Teilstreitkräfte der Brüsseler Vertragsstaaten in London trafen, keine Note nach Moskau senden, die Fehlinterpretationen Tür und Tor öffnen und womöglich ihrerseits „eine heftige Reaktion hervorrufen“<sup>201</sup> konnte. In der Substanz aber blieb er unnachgiebig. Denn weder der britische Verbleib in Berlin noch der Fahrplan zur westdeutschen Staatsgründung standen zur Debatte, sondern ausschließlich eine umfassende, auf den mündlichen Vereinbarungen beruhende schriftliche Festlegung des Zugangs zur deutschen Hauptstadt. Die Aussichten dafür waren allerdings alles andere als erfolgversprechend. Mittlerweile ging nämlich auch Robertson davon aus, dass „die Russen uns bewusst demütigen wollen und nicht an einer Vereinbarung interessiert sind, es sei denn, wir lassen uns bedingungslos auf ihre Spielregeln ein“.<sup>202</sup> Bevin wollte deshalb künftig darauf verzichten, „unsere Absicht, [in Berlin] zu bleiben, stets in neuen öffentlichen Stellungnahmen“ zu bekräftigen. Stattdessen plädierte er mit einer *langfristigen* Perspektive dafür, „die Sache in aller Ruhe auszusitzen“.<sup>203</sup>

Im Kern hatte Bevin nichts anderes getan, als die im Februar 1946 erstmals umrissene Strategie der Eindämmung erneut in Erinnerung zu rufen. Angesichts der Differenzen in der Regierung Truman und der bisweilen defätistische Züge annehmenden Haltung Frankreichs erschien sein Vorgehen aber für einen Moment als eine Art dritter Weg, der die ganz unterschiedlichen Lehren des Sommers 1914 auf der einen und der späten dreißiger Jahre auf der anderen Seite zur Deckung zu bringen schien. Den politischen Handlungsspielraum zu wahren und sich unter keinen Umständen den vermeintlichen Sachzwängen der Militärs zu beugen, gehörte ebenso zu seinen Maximen wie der Grundsatz, mit dem er im Oktober 1935 George Lansbury, den Vorsitzenden der Labour Party, auf dem Parteitag in Brighton niedergerungen, seine eigene Partei aus dem pazifistischen

<sup>198</sup> Ebd., col. 1112f. Vgl. THE LABOUR PARTY, Report of the 47<sup>th</sup> Annual Conference of the Labour Party, S. 196.

<sup>199</sup> Douglas an Lovett, 17. April 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 895f. (S. 895).

<sup>200</sup> H.C. DEB 5s. 450, cols. 1108–1116 (col. 1113) (4. Mai 1948).

<sup>201</sup> Bevin an Inverchapel, 29. April 1948, TNA, FO 371/70492 (3418/3/G).

<sup>202</sup> Robertson an FO, 29. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3399/3/18).

<sup>203</sup> Bevin an Attlee, 5. Mai 1948, TNA, FO 371/70493 (C 3612/3/18/G).

Morast gezogen und Neville Chamberlain attackiert hatte: Diktatoren mussten in die Schranken gewiesen werden.

In London war man zuversichtlich, mit Bevins kurzer Intervention in Washington und im Unterhaus nicht nur „das Donnergerollen aus dem Entwurf der US-Note genommen“,<sup>204</sup> sondern einem Vorstoß der Westmächte in Moskau bis auf weiteres überhaupt einen Riegel vorgeschoben zu haben. Schließlich hatte man sich im Vorfeld der Unterhausrede der amerikanischen Zustimmung vergewissert; und Marshall hatte seine Übereinstimmung mit Bevins „klarer und umfassender Situationsanalyse“<sup>205</sup> zum Ausdruck gebracht.

Tatsächlich aber hatte die US-Regierung zielstrebig einen ganz anderen Weg eingeschlagen. Noch bevor die trilateralen Gespräche über den US-Notenentwurf und das weitere Vorgehen in Berlin am 28. April in London begonnen hatten, hatte das Kabinett am 23. April einen unilateralen Vorstoß in Moskau gebilligt.<sup>206</sup> Als die britische Regierung am 10. Mai zeitgleich mit der Weltöffentlichkeit durch eine TASS-Erklärung in der *Izvestija* von den Gesprächen zwischen Botschafter Smith und dem sowjetischen Außenminister Molotov Kenntnis erhielt, hielten sich Verärgerung, Entsetzen und Misstrauen die Waage. Die „verblüffende Episode“<sup>207</sup> vererbte zwar ebenso rasch, wie die von Moskau mit untrüglichem Gespür für die im westlichen Lager Verunsicherung stiftende und gerade deshalb lancierte Schlagzeile in das Scheinwerferlicht der internationalen Medien gezerrt worden war. Und doch waren die Konsequenzen weit reichend. Nichts sprach für ein vorzeitiges Ende des Kalten Krieges; im Gegenteil: Die sich abzeichnende weitere Verschärfung, die die Westmächte noch enger zusammenrücken und die USA vorläufig auf diplomatische Alleingänge verzichten ließ, legte vielmehr den Schluss nahe, dass der Ost-West-Konflikt zum alltäglichen Begleiter zumindest einer, wenn nicht mehrerer Generationen werden würde.

Was aber war geschehen? Auf amerikanisches Ersuchen hatte Molotov am 4. Mai Botschafter Smith zu einem vermeintlich vertraulichen Gedankenaustausch empfangen. Während Smith an der „Entschlossenheit der Vereinigten Staaten“, und das hieß: an der „Unterstützung der Unabhängigkeit und Integrität der freien Völker der Welt“, keinen Zweifel gelassen hatte, hatte er zugleich darauf hingewiesen, dass seine Regierung „keine feindlichen oder aggressiven Absichten gegenüber der Sowjetunion“<sup>208</sup> hege. Dem ersten folgte am Abend des 9. Mai ein zweites Gespräch, das Smith ernüchtert zurückließ: Weder konnte er in Molotovs Aus-

<sup>204</sup> FO Minute Dean (an Sargent), 7. Mai 1948, TNA, FO 371/70493 (C 3612/3/18/G).

<sup>205</sup> Department of State an britische Botschaft, 11. Mai 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 858.

<sup>206</sup> Vgl. Lovett an Smith, 24. April 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 834f.

<sup>207</sup> Mr. Marshall Explains, THE TIMES, 13. Mai 1948, S. 5.

<sup>208</sup> Smith an Marshall, 4. Mai 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 847–851 (S. 849). Vgl. auch Smith an Marshall, 4. Mai 1948, in: ebd., S. 845–847; Marshall an Smith, 29. April 1948, in: ebd., S. 840f.; SMITH, Moscow Mission, S. 146–155; Verbal Statement made by Ambassador W. Bedell Smith to Mr. Molotov, 4. Mai 1948, in: DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1947–1948, S. 153–155; Unterredung zwischen Molotov und Smith, 4. Mai 1948, in: DIE UdSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 158, S. 593–601 (v. a. S. 594, 596f.).

führungen einen Politikwechsel erkennen, noch schien Moskau bereit, in einen Dialog eintreten zu wollen.<sup>209</sup>

Umso überraschter war man in Washington, als die TASS-Meldung am Morgen des 10. Mai über die Ticker lief, in der der Kreml die amerikanische Initiative begrüßte und sich für bilaterale Gespräche aufgeschlossen zeigte. Dass Stalin die Aussage des Botschafters, wonach „die Tür stets für Diskussionen sowie die Beilegung unserer Differenzen weit geöffnet“ sei, nicht ernst nahm, hatte er intern deutlich gemacht.<sup>210</sup> Dass er seinerseits nicht einmal interessiert war, die Dialogbereitschaft der US-Regierung auszuloten, wurde schon daran erkennbar, dass er, ohne Washington zu unterrichten, just an dem Morgen die Vertraulichkeit des diplomatischen Gesprächs brach und an die Öffentlichkeit ging, an dem Botschafter Smith Moskau verlassen und in die Ferien aufgebrochen war. Dass er Washingtons vermeintlich cleveren „Schachzug“<sup>211</sup> hingegen seinerseits als Einfallstor begriff, das nur noch aufgestoßen werden musste, um mit einer propagandistisch geschickt eingefädelten Friedensoffensive sowohl die amerikanische Innenpolitik im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im November als auch das westliche Lager inmitten der sich in der entscheidenden Phase befindenden Sechsmächtekonferenz in Aufregung zu versetzen, wurde auf beiden Seiten des Atlantiks rasch erkennbar.

Für zwei Tage diktierte eine Mischung aus Hoffnung und Konfusion die Schlagzeilen der internationalen Printmedien, bevor „der faule Frieden vorbei“<sup>212</sup> war. Während die *Times* am 11. Mai bereits erwartungsvoll von einem Schritt zur Beilegung der Differenzen sprach und der *Manchester Guardian* einen Tag später die „amerikanische Initiative“ als „Akt der Staatskunst“<sup>213</sup> pries, rätselte man in King Charles Street noch über Motive und Ziele der US-Diplomatie. Hatte man im State Department wirklich geglaubt, dem Kreml mit dem eigenen Vorgehen nicht in die Hände zu spielen? Hatte man wirklich nicht bedacht, welch potentiell verheerende Konsequenzen der unilaterale Vorstoß für den Zusammenhalt des westlichen Lagers haben konnte, ja, dass er zu „Unsicherheit und Alarm in ganz Westeuropa“<sup>214</sup> führen musste und sämtliche Fortschritte in Deutschland wieder infrage stellen konnte?

Das Urteil in Whitehall war längst gefällt und wurde nur mit mäßiger Übertreibung von der rasch zurückrudernenden Fleet Street zusammengefasst: Ausgerechnet der Vater des erfolgreich anlaufenden europäischen Wiederaufbaupro-

<sup>209</sup> Vgl. Smith an Marshall, 10. Mai 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 851–854 (v. a. S. 851); Smith an Marshall, 10. Mai 1948, in: ebd., S. 854–857; Mr. Molotov's Reply, 9. Mai 1948, in: DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1947–1948, S. 155–159.

<sup>210</sup> Smith an Marshall, 4. Mai 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 847–850 (S. 850). Stalin notierte am Rand der zitierten Passage: „Haha!“, PECHATNOV und EDMONDSON, Russian Perspective, S. 140.

<sup>211</sup> KENNAN, Memoirs, S. 346.

<sup>212</sup> The Niceties of Diplomacy, THE MANCHESTER GUARDIAN, 14. Mai 1948, S. 5.

<sup>213</sup> The Initiative, THE MANCHESTER GUARDIAN, 12. Mai 1948, S. 4; Soviet to Open Discussion with U.S., THE TIMES, 11. Mai 1948, S. 4; Mr. Marshall's Offer, THE TIMES, 12. Mai 1948, S. 5.

<sup>214</sup> FO Minute Roberts, 11. Mai 1948, TNA, FO 371/71681 (N 5747/368/38).

gramms musste sich den Vorwurf gefallen lassen, als „Amateurdiplomats“<sup>215</sup> gehandelt zu haben. Dabei schwang freilich ein doppelter Gedanke mit, der aus einer seltsamen Legierung von Anmaßung *und* Angst genährt und bis weit über das Suez-Debakel im Herbst 1956 hinaus in britischen Regierungskreisen gepflegt wurde. Gewiss, so lautete die erste Überlegung, die USA entwickelten einen Sinn für ihre neue weltpolitische Rolle. Doch aufgrund seiner mangelnden Erfahrung bedurfte der alles in allem wohlmeinende Koloss externer – und das hieß: britischer – Ratschläge.<sup>216</sup> Weit weniger leicht kam dem politischen und diplomatischen Spitzenpersonal die zweite Erkenntnis über die Lippen. Nur widerwillig wollte man sich eingestehen, dass Großbritannien nicht nur nicht *Primus inter Pares*, sondern – wie Alexander Cadogan, der langjährige Staatssekretär des Foreign Office, am letzten Tag der Potsdamer Konferenz festgehalten hatte – das schwächste Mitglied der „Großen [...] 2½!“<sup>217</sup> war.

Beide Gedanken leiteten Außenminister Bevin, als er nach Eingang der TASS-Meldung Botschafter Douglas einbestellte, um zu erfahren, was in aller Welt die Administration bewogen hatte, in Moskau vorstellig zu werden, ohne London vorab zu unterrichten. Zu allem Überfluss musste Douglas einräumen, seinerseits über keine Informationen zu verfügen, die über die TASS-Meldung hinausgingen.<sup>218</sup> Deshalb wurde der britische Botschafter in den USA angewiesen, das Gespräch mit Marshall zu suchen. Im State Department hatte man den Ernst der Lage erkannt und war daher bemüht, in einem ersten Schritt die Wogen gegenüber den Partnern intern zu glätten. George Kennan, Chef des Planungstabs und *Spiritus Rector* der Initiative, stützte seine Ausführungen im Wesentlichen auf drei Begründungen: Erstens sei es ausschließlich um die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gegangen, keineswegs aber darum, über die Köpfe der Partner hinweg vollendete Tatsachen zu schaffen. Zweitens habe man Moskau, ohne es in irgendeiner Weise zu demütigen oder in die Ecke zu treiben, mit einer klaren Aussage zur eigenen außenpolitischen Positionierung von „unüberlegten und überstürzten Maßnahmen abhalten“ wollen. Sollte die Lage dennoch eskalieren, so müsse man sich, drittens, auch von der eigenen Bevölkerung rückblickend nicht vorwerfen lassen, nicht alles Erforderliche unternommen zu haben.<sup>219</sup>

Im Kern gingen Kennans Überlegungen indes weit über den beschriebenen defensiven Ansatz hinaus. Das aber blieb ungesagt, weil er, der „so viele Jahre

<sup>215</sup> The Niceties of Diplomacy, THE MANCHESTER GUARDIAN, 14. Mai 1948, S. 5.

<sup>216</sup> Vgl. Roberts an Wright und Jebb, 1. Juni 1948, TNA, FO 800/483 (NA/48/1); Memorandum Strang, 27. Februar 1949, CAC, STRN 2/3; STRANG, Home and Abroad, S. 239–250; OVENDALE, William Strang, S. 213; DERS., English-Speaking Alliance, S. 78.

<sup>217</sup> DILKS (Hrsg.), Cadogan Diaries, S. 778.

<sup>218</sup> Vgl. Record of Conversation Bevin-Douglas, 11. Mai 1948, TNA, FO 800/502 (SU/48/21); FO an Washington, 11. Mai 1948, TNA, FO 371/71680 (N 5524/368/38/G).

<sup>219</sup> FO Minute Balfour, 11. Mai 1948, TNA, FO 371/71681 (N 6008/368/38/G); Memorandum of Conversation Marshall, Kennan, Bohlen und Inverchapel, 11. Mai 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 860f. Vgl. auch Lovett an Smith, 24. April 1948, in: ebd., S. 834f.; KENNAN, Memoirs, S. 347; BOHLEN, Witness to History, S. 276f.

versucht hatte, [...] dieses [...] geheimnisvolle Land [...] zu verstehen“<sup>220</sup> wusste, mit seiner Einschätzung Stalins erstmals gründlich danebengelegt zu haben. Kennan hatte Bewegung in den Ost-West-Konflikt bringen wollen, und er schien sich sicher, Ende April 1948 ein erstes wichtiges Etappenziel erreicht zu haben. Von Beginn an war die Strategie des Containment ja nicht als statisches Konzept gedacht. Der Kalte Krieg sollte deshalb nicht etwa eingefroren, sondern vielmehr, sobald es die Umstände erlaubten, aus einer Position westlicher Stärke überwunden werden. Dieser Tag, so hatte Kennan unmittelbar vor dem Prager Coup, den er prinzipiell als Zeichen der Schwäche Moskaus interpretierte, in einer globalen Tour d’Horizon bekräftigt, werde kommen, wenn sich die Situation für den Kreml jenseits des Eisernen Vorhangs nicht verbessere, wenn also, im Umkehrschluss, das Vertrauen nach Westeuropa zurückkehre. Dann, hatte er notiert, werde die „amerikanische Staatskunst“ einer harten Prüfung ausgesetzt sein, die allein in Geheimgesprächen bestanden werden könne.<sup>221</sup>

Letztlich ging es somit um die Frage, was aus Sicht *aller* beteiligten Akteure, also auch aus der Perspektive Moskaus, eine Position hinreichender westlicher Stärke konstituierte, die den Kreml aus einer *selbst* perzipierten Position der Schwäche wenn nicht zum Einlenken bewegen, dann doch gesprächsbereit machen konnte. Während Kennan und, gestützt auf seine Empfehlung, das Kabinett im Beginn des europäischen Wiederaufbauprogramms sowie in den italienischen Wahlen bereits eine grundlegend neue Situation zu erkennen geglaubt hatten, hatte Botschafter Smith Bedenken geäußert, ob die italienischen Wahlen in Moskau wirklich als entscheidende Schwächung empfunden wurden.<sup>222</sup> In der zentralen Frage des europäischen Kontinents, der deutschen Frage, hatte es zudem nicht das geringste Anzeichen gegeben, dass Stalin sich hinter den Eisernen Vorhang zurückziehen könnte. Der fortwährende Druck auf Berlin, der nichts anderes als den Versuch reflektierte, endlich aus der deutschlandpolitischen Defensive zu kommen, ließ jedenfalls das Gegenteil vermuten.

Natürlich hatte auch Bevin die Unterzeichnung des Brüsseler Vertrages, die sich anschließenden Pentagon-Gespräche, das Anlaufen der ERP-Hilfe, den Sieg de Gasperis und die Entwicklung in den westlichen Zonen als wichtige Schritte zur Konsolidierung des Westens gewertet. Doch nach seiner Einschätzung bedurfte es eines weiteren Jahres, um den westlichen Block hinreichend zu festigen und damit den Kreml von Abenteuern abzuhalten. Für eine „versöhnliche Geste“<sup>223</sup> gegenüber Moskau hatte er nun wirklich keinen Anlass gesehen. Im Gegenteil, erst Ende April hatte er Marshall explizit auf die Gefahr einer sowjetischen Friedensoffensive mit dem Ziel der Spaltung des Westens hingewie-

<sup>220</sup> KENNAN, *Impressionen*, S. 110.

<sup>221</sup> *Review of Current Trends. U.S. Foreign Policy. Report by the Policy Planning Staff (PPS/23)*, 24. Februar 1948, in: FRUS, 1948, I, Part 2, S. 510–529 (S. 522).

<sup>222</sup> Zu Kennan vgl. Lovett an Smith, 24. April 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 834; zu Smith vgl. Smith an Marshall, 26. April 1948, in: ebd., S. 837.

<sup>223</sup> KENNAN, *Memoirs*, S. 346.

sen.<sup>224</sup> Dass ausgerechnet die amerikanische Diplomatie, wenn auch ungewollt, sich als Steigbügelhalter für Stalins sonderbares Spiel hergeben würde, hatte sich der britische Außenminister nicht vorstellen können.

Washington war mit seiner, in Kennans Worten, selbst auferlegten Prüfung gescheitert. Für Kennan persönlich war die Moskauer Episode mit einem zunächst noch nicht absehbaren Einflussverlust auf die Gestaltung amerikanischer Außenpolitik verbunden. Um den Schaden für die Kohäsion des westlichen Lagers kurzfristig nach außen zu minimieren und Glaubwürdigkeit nach innen zurückzugewinnen, traten Präsident Truman und Außenminister Marshall an zwei aufeinanderfolgenden Tagen mit öffentlichen Stellungnahmen dem Eindruck entgegen, der Kompass amerikanischer Außenpolitik könnte sich verschoben haben.<sup>225</sup>

Bevin nutzte die vorübergehende Schwäche Washingtons, um in einer Fragestunde des Parlaments den weiteren Kurs vorzugeben:

I am not anxious to enter into further conferences until the ground has been cleared. [...] It is absolutely essential that a good deal of preparatory work is done [...] [T]hen we can possibly get a chance of making a conference for peace really successful.<sup>226</sup>

Bevin baute auf Taten und nicht auf einen plötzlichen Gesinnungswandel im Kreml. Den gedachte er durch eine geduldige Ostpolitik des Westens herbeizuführen. Eine weitere Sitzung des Außenministerrats, die mit einem Aufschub der westdeutschen Pläne verbunden gewesen wäre, kam für ihn deshalb im Frühjahr 1948 nicht infrage.

Die Moskauer Gespräche zwischen Smith und Molotov hatten also zum Gegenteil des von beiden Seiten Beabsichtigten geführt. Truman und Marshall mussten nicht nur feststellen, dass der in Washington kurzfristig entstandene Eindruck einer geschwächten Sowjetregierung sich nicht mit der Moskauer Selbstwahrnehmung deckte. Vielmehr fanden sie sich, ausgelöst durch Stalins und Molotovs Taktieren und bedingt durch die Reaktion der Partner und der Weltöffentlichkeit, plötzlich selbst in einer Lage, die es ihnen angeraten erscheinen ließ, dem Eindruck eigener Schwäche mit einer Politik entgegentreten zu müssen, die alles andere als eine Politik des „Appeasement“<sup>227</sup> sein durfte. Die hegemonialen Bürden künftiger Bündnispolitik wurden somit in den frühen Maitagen des Jahres 1948 erstmals erkennbar. Dem Kreml wiederum war es nicht nur nicht gelungen, nachdrücklich einen Keil in das westliche Lager zu treiben. Vielmehr musste er mit ansehen, wie seine Politik der scheinbaren Gefälligkeit den Westen enger zusammenrücken ließ. Zur Erleichterung der britischen Regierung schließlich konnte

<sup>224</sup> Vgl. Aide-Mémoire Bevin an Marshall, 30. April 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 842–844 (S. 844); auch in: FO an Washington, 29. April 1948, TNA, FO 115/4361 (G 35/14/48). Vgl. in diesem Kontext auch WALKER, „No More Cold War“.

<sup>225</sup> Vgl. Statement by the President Following an Exchange of Views in Moscow Between the U.S. Ambassador and the Foreign Minister, 11. Mai 1948, in: TRUMAN PAPERS, S. 252; Statement to a Press Conference by General Marshall, US Secretary of State, 12. Mai 1948, in: DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1947–1948, S. 159f. Vgl. dazu auch Inverchapel an FO, 12. Mai 1948, TNA, FO 371/71680 (N 5616/368/38).

<sup>226</sup> H.C. DEB 5s. 450, col. 2125 (12. Mai 1948).

<sup>227</sup> Durbrow an Marshall, 11. Mai 1948, in: FRUS, 1948, IV, S. 862f. (S. 863).

der sich erstmals schemenhaft abzeichnende Hang zum Bilateralismus der beiden Supermächte erfolgreich zugunsten einer Politik zurückgedrängt werden, die darauf ausgerichtet war, die Vereinigten Staaten noch enger an den westlichen Teil des europäischen Kontinents zu binden und damit den Einfluss auf die amerikanische Politik zu bewahren. Alles in allem bedeutete das: Der Staatsaufbau in den westlichen Zonen wurde energisch vorangetrieben, während der Nervenkrieg um und in Berlin in eine neue Runde ging.

## 8. Staatsaufbau im Westen – Nervenkrieg in Berlin

Dass die Moskauer Episode im westlichen Lager einen – gemessen am Gehalt der Gespräche – derart unverhältnismäßigen Wirbel auslösen konnte, lag vor allem daran, dass sie parallel zu zwei anderen Ereignissen stattfand, die die Westmächte seit Wochen in Atem gehalten hatten: die Londoner Sechsmächtekonferenz und die Währungsreform in den westlichen Zonen. Beide traten Mitte Mai in ihre entscheidende Phase. Den erfolgreichen Abschluss beider, so lautete die Erwartung in Londoner Regierungskreisen seit Monaten,<sup>228</sup> werde Stalin zum Anlass nehmen, um den Druck auf die Westmächte in Berlin nochmals markant zu erhöhen. Auch deshalb sahen sich Amerikaner und Briten mit französischen Forderungen konfrontiert, die einerseits auf ein Hinausschieben endgültiger Entscheidungen abzielten, andererseits aber auch ein völliges Scheitern der trilateralen Verhandlungen nach sich ziehen konnten. Anders als die von genuiner Furcht vor Deutschland und der Sowjetunion getriebene und von Kommunisten, Gaullisten und Sozialisten bedrängte Regierung Schuman war die Regierung Attlee darauf bedacht, das Tempo auf dem Weg zur Staatsgründung im Westen hochzuhalten, um nicht „eines schönen Morgens mit Hammer und Sichel am Rhein aufzuwachen“.<sup>229</sup>

Deshalb gingen Amerikaner und Briten im zweiten Teil der Sechsmächtekonferenz in die Offensive. Washingtons „peinliches Eingeständnis“<sup>230</sup> in Moskau ein diplomatisches Fiasko erlebt zu haben, erleichterte London die selbst gestellte Aufgabe, den vereinbarten Zeitplan strikt einzuhalten. Die US-Delegation war bestrebt, sich als verlässlicher Partner zu präsentieren. Weder Strang noch Douglas, die Delegationsleiter, gaben sich große Mühe, die französischen Kollegen vom eigenen Standpunkt zu überzeugen. Vielmehr setzten sie – ergänzt durch Interventionen ihrer Minister, wenn Stillstand oder Scheitern drohten, und überzeugt,

<sup>228</sup> Berlin Intelligence Staff Monthly Summary No. 4, 31. Januar 1948, TNA, FO 371/70613A (C 1065/108/18); Military Government Liaison Section. Weekly Report No. 14, 10. Februar 1948, TNA, FO 371/70481 (C 1264/2/18); Military Government Liaison Section. Weekly Report No. 21, 30. März 1948, TNA, FO 371/70483 (C 2697/2/18); Summary of Indications regarding Soviet Foreign Policy, o. D. [April 1948], TNA, FO 371/71671 (N 8814/207/38G); CP(48)134, Annex C: Report by the U.S. / U.K. Military Governors, 29. Mai 1948, TNA, CAB 129/27.

<sup>229</sup> Murphy an Marshall, 1. April 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 158–160 (S. 159).

<sup>230</sup> KENNAN, Memoirs, S. 347.

dass Frankreich einlenken würde, weil ihm eine glaubwürdige Alternative fehlte – über einen Zeitraum von fünf Wochen auf eine Mischung aus Druck und Drohungen. Vom 11. Mai, als die internationale Presse bereits ein neues Kapitel der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen meinte verfassen zu können, bis zum Vorabend der entscheidenden Abstimmung zu den Londoner Empfehlungen in der französischen Nationalversammlung, dem 16. Juni, wiederholten Amerikaner und Briten stets von neuem die alten Argumente: Erstens musste Paris ein eigenes Interesse am Gelingen des europäischen Wiederaufbauprogramms haben. Ohne die Einbindung der westlichen Zonen und ohne die schrittweise Übertragung von Verantwortung auf die Deutschen war das Projekt jedoch zum Scheitern verurteilt. Dann, aber nur dann laufe man in der Tat Gefahr, die Kontrolle über Deutschland zu verlieren; und dann werde Deutschland in der Tat zu der Gefahr, die Frankreich unentwegt beschwöre.

Natürlich, so das zweite Argument, sei man sich in London ebenso wie in Washington der mit einer Staatsgründung im Westen verbundenen Risiken gerade im Hinblick auf die eigene Verwundbarkeit in Berlin bewusst. Doch die mit einer Verzögerung verbundenen Risiken wurden an Themse und Potomac weit höher gewichtet. Wollte man Stalin etwa signalisieren, *de facto* verfüge er über die Definitionsherrschaft westlichen Handelns? Trieb man die Deutschen im Westen mit einer Politik der Beschwichtigung gegenüber Moskau nicht geradezu in die Arme des Kremls? Und wollte nicht auch Paris eine Neuauflage deutsch-russischer Kooperation um jeden Preis verhindern? Deshalb schreckten, drittens, weder Marshall noch Bevin davor zurück, Bidault die Konsequenzen eines französischen Ausschlerens aufzuzeigen. Sie waren fest entschlossen, notfalls auch bilateral die geplante Staatsgründung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet auf den Weg zu bringen.<sup>231</sup> Die wirtschaftlichen ebenso wie die sicherheitspolitischen Folgen für die französische Zone und für Frankreich selbst mussten sie nicht mehr an die Wand malen, um Bidault zusammenzucken zu lassen.

Als externer Akteur war Stalin bemüht, den Ausgang der Londoner Sechsmächtekonferenz zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Auch wenn er den Vereinigten Staaten im westlichen Lager die zentrale Rolle zuwies, wusste er aus gut unterrichteten Kreisen, wie sehr die „Franzosen [...] die sowjetische Reaktion auf die Londoner Beschlüsse [fürchteten]“.<sup>232</sup> Nach dem Scheitern der Friedensoffensive im Mai benutzte er deshalb erneut die über den sowjetischen Machtbereich füh-

<sup>231</sup> Für Großbritannien vgl. FO Minute Dean, 11. Mai 1948, TNA, FO 371/70587 (C 3653/71/18); Bevin an Bidault, 25. Mai 1948, TNA, FO 371/70590 (C 4022/71/18/G); FO Minute Roberts, 26. Mai 1948, TNA, FO 371/70591 (C 4184/71/18/G). Für die USA vgl. Marshall an Douglas, 11. Mai 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 233f.; Marshall und Lovett an Douglas, 19. Mai 1948, in: ebd., S. 258; Memorandum of Conversation Lovett-Bonnet, 21. Mai 1948, in: ebd., S. 270–272 (S. 271f.); Marshall an Bidault, 25. Mai 1948, in: ebd., S. 276f.; Marshall an Bidault, 26. Mai 1948, S. 283f.; Caffery an Marshall, 2. Juni 1948, in: ebd., S. 317f.; Douglas an Marshall, 16. Juni 1948, in: ebd., S. 331–335 (S. 334). Zur französischen Politik vgl. BUFFET, *Mourir pour Berlin*, S. 141–149.

<sup>232</sup> Informationsmaterial für Smirnov, 15. Juni 1948, in: DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 165, S. 619–622 (S. 621).

renden Verkehrswege von und nach Berlin als Druckmittel, um die westlichen Pläne zu Fall zu bringen. Allein der Luftverkehr blieb unangetastet. Dabei richtete sich der Zeitpunkt seines Handelns stets nach dem Fahrplan westlicher Grundsatzentscheidungen. Gerade deshalb begannen die erneuten Behinderungen auch am 1. Juni, dem letzten Tag der Sechsmächtekonferenz, und erhielten mit der weitgehenden Lahmlegung des Fracht-, Post- und Fernmeldeverkehrs sowie der Sperrung der Autobahnbrücke über die Elbe bei Hohenwarte unmittelbar vor der Abstimmung in der Pariser Nationalversammlung am 17. Juni eine neue Qualität. Begleitet wurden diese Maßnahmen von geschickt platzierten Berichten im SED-Zentralorgan *Neues Deutschland*, wonach die Lebensmittelvorräte in den Westsektoren besorgniserregend gering seien.<sup>233</sup> Die Absicht war klar: Die Autorität der Westmächte sollte untergraben, die Bevölkerung Berlins verunsichert werden. Auch die zwischen Eskalation und Deeskalation schwankende Taktik Moskaus war den Westmächten seit den Januartagen 1948 hinlänglich bekannt. Allein die Begründungen für die Maßnahmen wechselten: von zwingend erforderlichen Reparaturarbeiten über unerwartete technische Störungen, mechanische Defekte und verkehrsgefährdende Waggons bis hin zu falschen Ausweis- und Frachtpapieren und dem Übertreten bekannter Vorschriften. Stets schien der Kreml sich eine Hintertür offenzuhalten, um bei Bedarf den Rückzug anzutreten.

Bei aller unverkennbaren Systematik im Ganzen ergab sich für manchen aus der Willkür im Detail jedoch eine beunruhigende Unberechenbarkeit der sowjetischen Deutschland- und Berlinpolitik. Damit verbunden waren jene Fragen, die sich britische Diplomaten wie Militärs seit rund zwei Jahren gestellt und auf die sie trotz aller Bemühungen nie wirklich eine Antwort gefunden hatten: Wie weit war Stalin bereit zu gehen? Um welchen Preis wollte er das Vorgehen der Westmächte in deren Zonen unterbinden? Oder ging es ihm doch vor allem darum, Berlin in die eigene Zone zu integrieren? Was wusste er über und wie interpretierte er die Haltung der Amerikaner und Briten? Wann war der Punkt für ihn erreicht, an dem der Verzicht auf die Durchsetzung eigener Ziele über eine weitere Eskalation obsiegen musste, allein schon um das mit einer Mischung aus Mühsal und Brutalität Errungene nicht aufs Spiel zu setzen? Und umgekehrt: Wann war der Punkt erreicht, an dem der Verzicht auf die Durchsetzung eigener Ziele unter keinen Umständen in Betracht gezogen werden durfte, weil der damit verbundene Gesichtsverlust zu einer Kettenreaktion führen konnte, die womöglich den Anfang vom Ende des eigenen Imperiums bedeutet hätte?

Es war die Furcht vor einer bis über die Schwelle des Krieges hinausreichenden Eskalation, die den britischen Militärgouverneur dazu bewog, im Foreign Office vorstellig zu werden, noch bevor das anglo-amerikanische Verhandlungskalkül mit der Verabschiedung der Londoner Empfehlungen Anfang Juni aufgegangen war und der Auswärtige Ausschuss mit 21 zu 20 und die Nationalversammlung in

<sup>233</sup> Vgl. DAVISON, Die Blockade von Berlin, S. 92; BENZ, Gründung der Bundesrepublik, S. 16f.; sowie auch zum Folgenden Robertson an FO, 7., 8., 10., 12., 14., 17. Juni 1948, TNA, FO 371/70494.

Paris am 17. Juni mit 300 zu 286 Stimmen den Grundsätzen für die Errichtung eines westdeutschen Bundesstaates ihre Zustimmung gegeben hatten. In einem zweiseitigen Memorandum,<sup>234</sup> das er Staatssekretär Strang am Rande der Sechsmächtekonferenz am 25. Mai übergab, plädierte Robertson keineswegs für einen Neubeginn der britischen Deutschlandpolitik. Angesichts seines monatelangen Drängens auf den zügigen Abschluss der westlichen Beratungen wäre das auch alles andere als glaubwürdig gewesen. Vielmehr ging es ihm darum, Moskau die Tür für eine gesamtdeutsche Lösung grundsätzlich offenzuhalten und damit die Westmächte in der öffentlichen Wahrnehmung vom Vorwurf der deutschen Teilung einmal mehr zu exkulpieren. Es ging also um die Frage, wie und mit welchen kurz- bis langfristigen Absichten und Erwartungen die Londoner Empfehlungen der Sowjetunion präsentiert werden sollten.

Diplomatische Gepflogenheiten, zumal im Umgang mit einem Kriegsverbündeten, mit dem man Rechte und Pflichten im Hinblick auf Berlin und ganz Deutschland teilte und auch weiterhin – und sei es in Gestalt einer reinen Fassade – zu teilen gedachte, ließen es in der Tat angeraten erscheinen, die sowjetische Regierung *vor* der internationalen Presse zu unterrichten und ihr zumindest die Gelegenheit zu einem Informationsaustausch zu eröffnen, sofern man nicht eine erneute Kampagne Moskaus mit negativen Rückwirkungen auf die eigenen Pläne befürchten musste.

Sosehr Formalitäten auch Indikatoren für die Substanz politischen Handelns sein können, den Kerngehalt desselben vermögen sie nicht zu ersetzen. Deshalb ging Robertson in seinem Papier rasch auf inhaltliche Fragen über, mit denen er den westlichen Kurs zu beeinflussen gedachte. Dass er sich von seinem Vorschlag aber allen Ernstes eine „Entspannung im Verhältnis zu den Sowjets“<sup>235</sup> versprach, ja sogar glaubte, damit langfristig „den Boden für die endgültige Regelung der Deutschlandfrage mit den Sowjets bereiten“<sup>236</sup> zu können, obwohl er im selben Atemzug einräumte, kurzfristig nicht mit einer positiven Antwort aus Moskau zu rechnen, ließ manch einen an der Urteilsfähigkeit des Generals zweifeln.<sup>237</sup> Im Kern lief seine Anregung nämlich darauf hinaus, Stalin mit jenem *Fait accompli* zu konfrontieren, das das State Department bereits in seine Antwort auf die sowjetische Protestnote im Vorfeld der Londoner Sechsmächtekonferenz aufgenommen hatte. Demnach stand es Moskau frei, die westlichen Beschlüsse zu akzeptieren und auf deren Grundlage einen demokratischen und wirtschaftlich in Europa integrierten deutschen Bundesstaat zu etablieren. Die Westmächte sollten auch dann noch an ihrem Zeitplan festhalten, wenn der Kreml den Londoner Empfeh-

<sup>234</sup> Vgl. FO Memorandum Robertson (an Strang), 25. Mai 1948, TNA, FO 371/70591 (C 4285/71/18/G). Dazu auch STEININGER, Wie die Teilung Deutschlands verhindert werden sollte, S. 52–54; DERS., Deutsche Geschichte. Bd. 2, S. 28. Steininger deutet das Memorandum als einen „ersten Vorstoß“, der sieben Wochen später in ein Plädoyer „für einen Neubeginn in der Deutschlandpolitik“ (ebd., S. 28 f.) mündete.

<sup>235</sup> Robertson an FO (persönlich für Strang), 3. Juni 1948, TNA, FO 371/70591 (C 4284/71/18/G).

<sup>236</sup> FO Memorandum Robertson (an Strang), 25. Mai 1948, TNA, FO 371/70591 (C 4285/71/18/G).

<sup>237</sup> Vgl. Bevin an Robertson, 9. Juni 1948, TNA, FO 371/70591 (C 4284/71/18/G).

lungen zugestimmt und Diskussionen über die Anpassung, nicht aber eine Änderung des Programms im Außenministerrat oder im Alliierten Kontrollrat begonnen hatten.<sup>238</sup> Ein derartiges Vorgehen hätte nicht allein den Druck auf Moskau hoch gehalten, die Londoner Beschlüsse nicht plötzlich doch wieder infrage zu stellen. Sie hätten Stalin auch so gut wie keinen (Ver-)Handlungsspielraum gelassen, seine eigenen deutschlandpolitischen Vorstellungen umzusetzen. Kurzum: Er wäre gezwungen gewesen, seine in der sowjetischen Zone bereits etablierte Machtbasis aufzugeben.

Robertsons Vorschlag war weniger das Ergebnis eines durchdachten, geschweige denn erfolversprechenden Plans als vielmehr Ausdruck seines bisweilen sprunghaften Bemühens, sich an jeden noch so dünnen Strohalm zu klammern, um eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion und eine dramatische Eskalation der Lage in Berlin zu verhindern. Im Außenministerium hielt man gar nichts von den Ratschlägen des Militärgouverneurs; schlimmer noch, für mehr als eine Woche wurden sie komplett ignoriert, so dass Robertson, mittlerweile in die deutsche Hauptstadt zurückgekehrt, am 3. Juni einen zweiten Anlauf unternahm, um sich, wie er meinte, Gehör zu verschaffen.<sup>239</sup> Doch es vergingen weitere Tage.

Während Robertson in Berlin mit wachsender Ungeduld auf eine Antwort wartete, wurden in London vollendete Tatsachen geschaffen. In seiner Funktion als Vorsitzender der Sechsmächtekonferenz übergab William Strang dem sowjetischen Botschafter in London, Georgij Zarubin, am 7. Juni jenes Kommuniké, das zwei Stunden später an die Presse verteilt werden sollte. Die Botschaft war eindeutig: Die Westmächte und die Sowjetunion hatten sich nichts mehr zu sagen. Moskau sollte, weil es die diplomatischen Spielregeln so wollten, noch informiert, aber nicht mehr beteiligt werden. Der Bruch wurde vollzogen – geschäftsmäßig, ohne Rechtfertigung, ohne Bedauern, ohne böse Worte. Unübersehbar war auch das Kalkül: Der Westen sollte deutschlandpolitisch in der Offensive bleiben, Moskau keinen Fuß in die westdeutsche Tür bekommen und den Deutschen im Westen in bewusster Abgrenzung zu den Entwicklungen in der sowjetischen Zone signalisiert werden, dass die Londoner Empfehlungen ihnen die Chance für einen demokratischen Neuanfang boten, die sie nicht nur nicht ausschlagen durften, sondern auch treuhänderisch für alle Deutschen wahrnehmen konnten, zumal sie, die Westmächte, ihrerseits erklärten, in den „Frankfurter Dokumenten“ den Ausgangspunkt für ein Deutschland in Einheit und Freiheit zu sehen, für dessen Erreichen sich einzusetzen sie sich verpflichteten.<sup>240</sup>

<sup>238</sup> FO Memorandum Robertson (an Strang), 25. Mai 1948, TNA, FO 371/70591 (C 4285/71/18/G). Zur US-Note vor Beginn der Londoner Beratungen vgl. Reply from the United States, 21. Februar 1948, in: DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1947–1948, S. 555f. (S. 556).

<sup>239</sup> Robertson an FO (persönlich für Strang), 3. Juni 1948, TNA, FO 371/70591 (C 4284/71/18/G).

<sup>240</sup> Die Londoner Empfehlungen wurden als „Frankfurter Dokumente“ den Ministerpräsidenten der elf Länder der westlichen Zonen am 1. Juli 1948 übergeben. Vgl. Dokumente zur künftigen politischen Entwicklung Deutschlands, 1. Juli 1948, in: DER PARLAMENTARISCHE RAT. Bd. 1, Dok. 4, S. 30–36. Zu den Londoner Empfehlungen vgl. Communiqué of the London Conference on Germany, June 7, 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 313–317.

Damit hätten sich die Westmächte den nächsten Schritten zuwenden können; doch aus innenpolitischen Motiven, wie Botschafter Massigli gegenüber Strang und Douglas einräumte, drängte die Regierung in Paris unmittelbar nach der Übergabe des Londoner Konferenzkommuniqués an Zarubin darauf, noch einmal den Kontakt mit Molotov zu suchen. Wie Robertson wollte auch Außenminister Bidault die Regierung in Moskau wissen lassen, dass „die Tür offen bleibt, damit die sowjetische Zone sich jederzeit der Organisation anschließen kann, die [jetzt] in den westlichen Zonen aufgebaut wird“.<sup>241</sup>

Strang und Douglas, sekundiert von Clays und Murphys Gepolter aus Berlin, zerstörten die französische Hoffnung, noch bevor ihre Außenminister überhaupt Stellung genommen hatten. Auch im State Department war die Erinnerung an den letzten Austausch mit Molotov zu lebendig, als dass die US-Regierung das Risiko eingehen wollte, noch einmal vorgeführt zu werden.<sup>242</sup> Und Bevin war ohnehin davon überzeugt, spätestens Mitte Mai in seiner kurzen Stellungnahme zu den Gesprächen zwischen Smith und Molotov alles Erforderliche gesagt zu haben. In dem Auftrag an die eigene Seite, die Kräfte zu bündeln, und der Mahnung an Moskau, den Bogen nicht zu überspannen, spiegelte sich die bittere Erkenntnis, dass die Diplomatie an ihre Grenzen gestoßen war.

„Friede unmöglich – Krieg unwahrscheinlich“<sup>243</sup> lautete die einprägsame Formel, mit der Raymond Aron, der führende Intellektuelle des liberal-konservativen Lagers in Frankreich, just in jenen Tagen den Zustand des internationalen Systems charakterisierte. Weniger elegant, aber umso anschaulicher zielte Bevin auf denselben Sachverhalt, als er die zerrütteten Beziehungen zum Kreml und das grenzenlose Misstrauen in die Politik Moskaus im Unterhaus beschrieb:

[I]f an ambassador cannot go to a Foreign Minister in another country and discuss quite frankly and ask questions, and then send back to his government the opinions of the Foreign Minister without publication, [...] if he cannot do that, in order to bring the parties together, then the situation is not only intolerable but peace is impossible.<sup>244</sup>

Die Abwesenheit von Frieden musste aber nicht Krieg bedeuten. Deshalb setzte Bevin alles daran, das westliche Lager nach ersten Erfolgen weiter zu festigen – nicht zum Selbstzweck, sondern als Voraussetzung für die künftige Transformation des sich soeben erst etablierenden bipolaren Staatensystems. In diesem Prozess mochte die Diplomatie als Mittel der Konfliktregulierung taugen; als Mittel der Konfliktlösung hatte sie aber bis auf weiteres ausgedient. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund kam eine erneute Kontaktaufnahme mit der sowjetischen Regierung nicht infrage.

Als Massiglis Vorstoß in London bereits gescheitert war, ließ Bevin am 9. Juni auch Robertson eine Antwort zukommen, ohne dessen Memorandum im trilateralen Rahmen zur Diskussion gestellt zu haben. In seinem Schreiben bezog Be-

<sup>241</sup> Douglas an Marshall, 7. Juni 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 366.

<sup>242</sup> Ebd., S. 367. Zu Murphys Telegramm und Clays Telefongespräch mit Douglas am 8. Juni vgl. Murphy an Douglas, 8. Juni 1948, in: ebd., S. 367f.

<sup>243</sup> ARON, *Les dernières années du siècle*, S. 165; DERS., *Erkenntnis und Verantwortung*, S. 216.

<sup>244</sup> H.C. DEB 5s. 450, col. 2127 (12. Mai 1948).

vin sich fast ausschließlich auf den weitgehend deckungsgleichen französischen Vorschlag. Das machte es ihm leichter, sich in aller Deutlichkeit von Robertsons Empfehlungen zu distanzieren.<sup>245</sup> Und so geriet seine Antwort zur Aufforderung an den Militärgouverneur, sich mit der seit Monaten feststehenden Politik der eigenen Regierung zu arrangieren. Robertson musste erkennen, dass der britischen Militärregierung in Berlin zwar eine zentrale Rolle im Rahmen der Umsetzung politischer Beschlüsse zukam, dass Entscheidungen von politischer Tragweite aber in London getroffen wurden. Sein Handlungsspielraum blieb begrenzt; er war ausführendes, nicht gestaltendes Organ der britischen Deutschlandpolitik.

Auch ein zweiter Vorschlag Robertsons fand in London keine Unterstützung. Es ging um die Währungsreform in den westlichen Zonen. Wie im Kontext der westdeutschen Pläne hatte Robertson über Monate zügige Entscheidungen angemahnt. Als Marshall nach dem Londoner Außenministerrat im Dezember 1947 dafür plädierte, einen letzten Versuch im Alliierten Kontrollrat zu unternehmen, eine gesamtdeutsche Währungsreform durchzuführen, gab Robertson wie Bevin nur widerwillig seine Zustimmung. Als die sowjetische Verhandlungsdelegation im März 1948 bemüht schien, „sich ein Bein auszureißen, um mit uns eine Übereinkunft zu erzielen“, ging er in seiner Berichterstattung sogar so weit zu behaupten, dass eine „Viermächtevereinbarung in dieser Sache für uns noch peinlicher sein wird als die Situation, die sich in Berlin ergeben wird, falls es zu einem Bruch [mit Moskau] kommen sollte“.<sup>246</sup> Im Juni, als eben dieser Bruch endgültig vollzogen wurde und sich die Lage in der deutschen Hauptstadt fast täglich verschlechterte, drängte Robertson, ohne die Währungsreform in den westlichen Zonen infrage zu stellen, darauf, die sowjetische Regierung wenigstens parallel zu den Londoner Empfehlungen über die bevorstehende Geldumstellung in den Westzonen zu unterrichten, um ihr einen „zweiten Schlag so kurz nach dem ersten“<sup>247</sup> zu ersparen.

Unklar blieb, ob Robertson sich auch von diesem Vorschlag eine Entspannung in den Beziehungen zur Sowjetunion versprach. Sein Rat jedenfalls versandete unkommentiert. Im Außenamt galt die Konzentration nicht mehr taktischen Erwägungen. Vielmehr hatte man erkennen müssen, dass die Währungsfrage zu einer Frage der politischen Souveränität geworden war, an der sich das Schicksal des westlichen Verbleibs in Berlin letztlich entscheiden konnte.

<sup>245</sup> Vgl. Bevin an Robertson, 9. Juni 1948, TNA, FO 371/70591 (C 4284/71/18/G). Bevin führte aus, dass er jeden „Anschein von Schwäche und Appeasement“ vermeiden wolle, dass er dem Kreml keine Gelegenheit geben wolle, den Prozess in den westlichen Zonen zu verzögern, und dass er die Sowjetunion unter keinen Umständen am Ruhrstatut beteiligen wolle.

<sup>246</sup> Robertson an Strang, 12. März 1948, TNA, FO 371/70587 (C 3525/71/18/G). Zu Marshalls Entscheidung, einen letzten Versuch mit der sowjetischen Regierung zu unternehmen, vgl. FO Minute (Conversation between Marshall, Clay, Douglas, Murphy-Bevin, Robertson, Roberts), 18. Dezember 1947, TNA, FO 800/447; FRUS, 1947, II, S. 818–826; CLAY PAPERS, I, S. 514–516; Conversation Robertson-Clay, 18. Dezember 1947, TNA, T 236/952.

<sup>247</sup> Robertson an Strang, 3. Juni 1948, TNA, FO 371/70591 (C 4284/71/18/G).

## 9. Die Währungsfrage als Frage der politischen Souveränität

Seit Kriegsende waren die Diskussionen über eine Währungsreform in Deutschland parallel zu und doch stets in Abhängigkeit von den politischen Entwicklungen verlaufen. Über die Notwendigkeit einer Reform hatte es von Beginn an keinen Zweifel gegeben. Priorität hatte aber keine der vier Siegermächte einer Währungsreform einräumen wollen, auch wenn die amerikanische Regierung bereits im November 1945 ein Arbeitspapier über die Grundlagen für eine Währungsumstellung im Alliierten Kontrollrat vorgelegt hatte. Während die USA die treibende Kraft auf dem Weg zum Abbau des massiven Geldüberhangs, zur Beseitigung schwerwiegender Wachstumshemmnisse und zur Steigerung von Produktion und Produktivität blieben, hielt die britische Regierung den Zeitpunkt für eine Reform bis in den Spätsommer 1946, als die US-Delegation, ausgehend vom Colm-Dodge-Goldsmith-Plan, im Koordinierungsausschuss des Kontrollrats den Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung einer Währungsreform vorlegte, für verfrüht. Hier wie später wehrte sich London gegen eine vollständige Annullierung der Reichsschuld. Erst im unmittelbaren Vorfeld der Gründung der Bizone im Januar 1947 zeichnete sich ein anglo-amerikanischer Schulterchluss in der Währungsfrage ab. Sollte der Moskauer Außenministerrat scheitern, so die Devise, dann sollten die Weichen für eine bizonale Finanzreform gestellt werden, ohne den Viermächtepfad bereits offiziell zu verlassen.<sup>248</sup> Man fuhr also zweigleisig, auch noch als die Druckmaschinen für das neue Geld im Oktober 1947 in den USA angeworfen und die Banknoten noch vor Beginn des Londoner Außenministerrats im November 1947 nach Frankfurt gebracht wurden.

Doppelgleisig verliefen auch die sowjetischen Planungen, allerdings in einer ganz anderen Hinsicht. Denn obwohl die SMAD den übergeordneten Stellen in Moskau mehrfach Entwürfe für eine gesamtdeutsche Währungsreform vorlegte,<sup>249</sup> lehnte das Außenministerium, bevor Stalin überhaupt mit der Thematik befasst wurde, ein solches Ansinnen ab. Die Begründung war stets dieselbe: Keinesfalls durfte die vollständige Kontrolle über die sowjetische Besatzungszone infrage gestellt werden. Darüber hinaus galt es, die „Realisierung der Reparationslieferun-

<sup>248</sup> Vgl. BUCHHEIM, Währungsreform, S. 201–208; ABELSHAUSER, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 119–125; TURNER, Great Britain, S. 701 f.; MAI, Der Alliierte Kontrollrat, S. 279–304; MÖLLER, Die westdeutsche Währungsreform; BENZ, Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik, S. 132–136; GOTTLIEB, Failure of Quadripartite Monetary Reform; DERS., German Peace Settlement, S. 100–122, 186. Zum Colm-Dodge-Goldsmith-Plan vom 20. Mai 1946 vgl. COLM et al., A Plan for the Liquidation of War Finance. Der Plan war Grundlage für die späteren Währungsgesetze. Er sah ein Zusammenstreichen der Geldmenge im Verhältnis 10:1 und einen Lastenausgleich vor. Letzterer wurde von den westlichen Militärregierungen ausgeklammert.

<sup>249</sup> Vgl. Zverev an Molotov [über die Vorschläge Žukovs vom 3. März 1946], 21. März 1946, in: DIE UdSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 2, Dok. 96, S. 324 f.; Sokolovskij an Molotov, 17. Mai 1946, in: ebd., Dok. 117, S. 410–415; Zverev und Maletin an Molotov, 21. Januar 1947, in: ebd., Bd. 3, Dok. 27, S. 114–117.

gen und die Kompensation der Besatzungskosten sicherzustellen“.<sup>250</sup> In der Konsequenz brachte die sowjetische Seite keine eigenen finanzpolitischen Pläne in den Kontrollrat ein. Stattdessen verlegte sie sich darauf, nach außen eine abwartende Haltung einzunehmen und auf die westlichen Schritte zu reagieren, während regierungsintern bereits im Juli 1946 Vorbereitungen für eine separate Reform in der SBZ und im Dezember 1946 erste Maßnahmen zum Druck der neuen Währung getroffen wurden, „um diese in Umlauf zu bringen, falls in den Westzonen neue Zahlungsmittel eingeführt werden“.<sup>251</sup> Noch vor dem Scheitern des Londoner Außenministerrats wurde die sowjetische Staatsmünze dann am 10. Dezember 1947 per Beschluss des Ministerrats der UdSSR beauftragt, neue Banknoten im Nominalwert von fünf Milliarden Mark für die sowjetische Zone herzustellen.<sup>252</sup>

Der letzte Versuch, im Anschluss an die gescheiterte Außenministerkonferenz zu einer vierzonalen Währungsreform zu kommen, stand also unter keinem guten Stern. In Whitehall, ganz besonders im Schatzamt, rechnete nicht nur niemand mit einem Erfolg; man hielt das Unterfangen auch für reinen „Horror“<sup>253</sup>, zumal die Wirtschaftseinheit, auf die die Briten sich im Oktober 1947<sup>254</sup> mit den Amerikanern als Voraussetzung für weitere Viermächtegespräche geeinigt hatten, auf der Londoner Konferenz gerade nicht hatte erzielt werden können. Ludwig Erhard, der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der Bizone, brachte das Problem in einer Besprechung mit Clay und Robertson auf den Punkt:

Für alle vier Zonen läßt sich wohl seine [sic!] einheitliche Währungsreform, aber dann nicht eine einheitliche Wirtschaftsführung erzielen. Die kollektivistische Wirtschaft wird über die demokratische Marktwirtschaft siegen. Zum Schluß hätten wir dann doch den kollektivistischen Bazillus bei uns.<sup>255</sup>

Die rein sachliche Ebene war das eine, etwas anderes das taktische Kalkül. Auch hier gab es im Foreign Office Bedenken gegen den von den USA befürworteten Kurs, weil nicht auszuschließen war, dass der Kreml, allein schon um den Prozess zu verzögern, die sich ihm bietende Chance nutzen und zum Schein auf die westlichen Vorschläge eingehen würde. Und genau das passierte. Während die Vorbereitungen für eine Geldumstellung in der sowjetischen Zone abgeschlossen wurden, geißelte Sokolovskij im Kontrollrat Bestrebungen, die auf eine separate Währungsreform in einzelnen Zonen hinausliefen; begrüßte Clays Vorschlag einer gesamtdeutschen Währungsreform; unterbreitete Gegenvorschläge; regte die Ausarbeitung eines vierzonalen Plans im Finanzdirektorat an; ließ, wenn das endgül-

<sup>250</sup> Zverev an Molotov, 24. September 1946, in: ebd., Bd. 2, Dok. 165, S. 630–632 (S. 631). Vgl. LAUFER, Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage, v. a. S. 462–464, 470 f., 484 f.

<sup>251</sup> Zverev an Molotov, 27. September 1947, in: DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 105, Anm. 278 (Bezug auf den 12. Dezember 1946), S. 411.

<sup>252</sup> Vgl. Sokolovskij an Molotov, 23. Dezember 1947, in: ebd., Dok. 128, Anm. 326 (Bezug auf den 10. Dezember 1946), S. 474–479 (S. 475).

<sup>253</sup> Playfair an Rickett, 31. Januar 1948, TNA, T 236/952.

<sup>254</sup> Vgl. TURNER, Great Britain, S. 699.

<sup>255</sup> Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern in Frankfurt, 15. März 1948, in: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Bd. 4, Dok. 35, S. 393.

tige Scheitern drohte, alte Forderungen – wie den selbständigen Druck des Geldes in Leipzig, die Etablierung einer gesamtdeutschen Finanzverwaltung und einer Zentralbank – fallen;<sup>256</sup> und versetzte Washington und London damit in ein scheinbar unlösbares Dilemma.

Denn auf der einen Seite hatte sich die US-Regierung mittlerweile den britischen Bedenken angeschlossen. Eine Einigung mit Moskau war im State Department nicht mehr erwünscht, weil man davon überzeugt war, dass eine vierzonale Währungsreform dem Kreml die Gelegenheit eröffnen würde, die Wiederaufbau-bemühungen im Westen systematisch zu torpedieren.<sup>257</sup> Auf der anderen Seite konnten und wollten Amerikaner und Briten die Gespräche nicht ohne einen triftigen, nachvollziehbaren Grund abbrechen, weil sie sonst befürchten mussten, für die Teilung verantwortlich gemacht zu werden.<sup>258</sup> Schließlich hatten sie ihrerseits monatelang darauf hingearbeitet, der Sowjetunion den Schwarzen Peter für die Spaltung des Landes zuzuschieben.

Bei alledem verstrichen Wochen, die die britische Regierung eigentlich für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Vereinigten Wirtschaftsgebiet hatte nutzen wollen. Anfang 1948 reichte die Industrieproduktion in den westlichen Besatzungszonen nämlich nicht einmal an die Hälfte der Vergleichszahlen des Jahres 1936 heran und blieb damit weit hinter den meisten europäischen Ländern zurück. Drei Jahre nach Kriegsende war die Ernährung mangelhaft; Stromkürzungen und Kohlemangel diktierten den Alltag; das Vertrauen in die Reichsmark war untergraben; der Schwarzmarkt hatte Hochkonjunktur; allein die per Kontrollratsgesetz verbotenen Kompensationsgeschäfte hielten die Wirtschaft überhaupt noch am Leben.<sup>259</sup> Eine Währungsreform sollte nicht nur sicherstellen, dass die Marshallplangelder nicht in den bestehenden Verhältnissen versickerten; vor allem sollte sie die strukturellen Hemmnisse für ein dynamisches Wachstum langfristig beheben. Mit der Übertragung der Finanzgesetzgebung sollte den Deutschen zudem, wie im politischen Bereich, „ein beträchtliches Maß an gestalterischer Freiheit und ein Gefühl der Eigenverantwortung“<sup>260</sup> gegeben werden, um sie einerseits dauerhaft an die Westmächte zu binden und andererseits der Sowjetunion zu entfremden.

Letztlich war es einmal mehr das Verhalten der sowjetischen Besatzungsmacht, das die Westmächte aus ihrem Dilemma befreite. Denn als Marschall Sokolovskij

<sup>256</sup> Vgl. LAUFER, Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage, S. 478f.; MAI, Der Alliierte Kontrollrat, S. 300f.; BUCHHEIM, Währungsreform, S. 208; Clay an Department of the Army, 5. Februar 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 553; Teleconference Clay-Draper, 10. Februar 1948, in: ebd., S. 558–560; Clay an Draper, 12. Februar 1948, in: ebd., S. 561. Zum US-Vorschlag vom 20. Januar 1948 vgl. FRUS, 1948, II, S. 870, Fn. 2. Zur amerikanischen Einschätzung der Viermächtegespräche vgl. Annex zu: Memorandum Wisner an Lovett, 10. März 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 881f.

<sup>257</sup> Memorandum Wisner an Lovett, 10. März 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 879f.

<sup>258</sup> Vgl. Bevin an Robertson, 8. Februar 1948, TNA, T 236/953; Teleconference Clay-Draper, 10. Februar 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 558–560 (S. 559).

<sup>259</sup> Vgl. ABELSHAUSER, Wirtschaft in Westdeutschland, S. 43; BUCHHEIM, Währungsreform, S. 195.

<sup>260</sup> Kirkpatrick an Rendel, 26. Mai 1948, TNA, FO 371/70590 (C 4022/71/18/G).

am 20. März den Kontrollrat verließ, waren die Westmächte von der selbst auferlegten Pflicht entbunden, auf eine gesamtdeutsche Währungsreform hinzuwirken. Stattdessen konnten sie fortan die Bemühungen um eine trizonale Geldumstellung vorantreiben. Ungeachtet französischer Bedenken wurde am 3. Juni, einen Tag nach dem Ende der Londoner Sechsmächtekonferenz, eine Vereinbarung erzielt, wonach die Währungsreform in den westlichen Zonen am 20. Juni in Kraft treten sollte. Ausgewählte bizonale Vertreter wurden am 16. Juni unter strengster Geheimhaltung durch General Robertson informiert. Zu diesem Zeitpunkt war noch unklar, ob Paris sich angesichts neuer Differenzen über die Steuerreform nicht doch noch im letzten Moment zurückziehen würde, zumal die Abstimmung über die Londoner Empfehlungen am 17. Juni in der Nationalversammlung stand, mit offenem Ausgang. Klar war hingegen, dass die Durchführung der Währungsreform in Kombination mit dem politischen Staatsaufbau im Westen, und sei es alleine in der Bizone, von Moskau nicht einfach hingenommen würde. In der britischen Militärregierung befürchtete man sogar, „dass die Währungsreform das Schicksal [Berlins] entscheiden könnte“.<sup>261</sup>

Ungeachtet dessen hielten Briten und Amerikaner an ihren Plänen fest. Nachdem die Abgeordneten in Paris mehrheitlich die Londoner Empfehlungen gebilligt hatten und letzte Differenzen über die Steuerreform ausgeräumt waren, wurde der sowjetische Militärgouverneur am 18. Juni in separaten, gleichlautenden Schreiben seiner westlichen Kollegen auf die bevorstehende Währungsreform in den Westzonen hingewiesen und damit, wie bereits Botschafter Zarubin bei der Übergabe des Londoner Kommuniqués durch Staatssekretär Strang, vor vollendete Tatsachen gestellt: Der wirtschaftliche Zusammenschluss der westlichen Zonen wurde faktisch am 20. Juni vollzogen.

Ganz bewusst erwähnte Robertson in seinem Schreiben, dass „der britische Sektor Berlins [...] von dieser Entscheidung unberührt“ bleibe, um dann fortzuführen: „Ich erkenne die besonderen Bedingungen einer Viermächterregierung in Berlin an und wünsche in keiner Weise, daß sie gestört wird.“<sup>262</sup> Gestört war die Situation indes seit Monaten. Der sowjetische Auszug aus der Alliierten Kommandantur am 16. Juni, keine drei Monate nachdem Sokolovskij den Kontrollrat verlassen hatte, war nur ein weiterer Nagel im Sarg der Ost-West-Beziehungen. Denn damit war der Bruch nicht nur in den ganz Deutschland, sondern auch in den Groß-Berlin betreffenden Fragen für jeden erkennbar.

<sup>261</sup> Military Government Liaison Section. Weekly Report No. 31, 8. Juni 1948, TNA, FO 371/70486 (C 4627/2/18). Vgl. auch Summary of Indications regarding Soviet Policy, o. D. [Anfang Mai 1948], TNA, FO 371/71671 (N 8816/207/38G); Military Government Liaison Section. Weekly Report No. 32, 15. Juni 1948, TNA, FO 371/70486 (C 4902/2/18).

<sup>262</sup> Robertson an Sokolovskij, 18. Juni 1948, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 49, S. 67; COMMAND PAPER 7534, S. 17. Zu den Details der Währungsreform vgl. WANDEL, Die Entstehung der Bank deutscher Länder, S. 95; BIRKE, Nation ohne Haus, S. 134–136. Zur wissenschaftlichen Kontroverse über die Bedeutung der Währungsreform für den wirtschaftlichen Aufschwung in Westdeutschland vgl. stellvertretend mit weiteren Angaben einerseits ABELS-HAUSER, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 54–63; andererseits BUCHHEIM, Zur Kontroverse.

Hinter Robertsons Aussage steckte das bekannte Kalkül: Die Viermächtefassade sollte um jeden Preis aufrechterhalten werden, um einerseits die eigenen Rechte gegenüber der Sowjetunion zu bekräftigen und andererseits die eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes gegenüber den Deutschen in Ost und West nicht infrage zu stellen. Darüber hinaus hoffte man in Whitehall immer noch – im Wissen, dass nichts mehr normal war –, mit einer nichts als Normalität vorspiegelnden Politik in Berlin eine dramatische Eskalation der Lage vor Ort verhindern zu können.

Stalin ging es aber nicht per se um die Hauptstadt, sondern um ganz Deutschland. Berlin setzte er als Hebel ein, der erst dann zum Preis werden sollte, wenn sein Bemühen, Einfluss auf das ganze Land zu nehmen, endgültig gescheitert war. Die seit Januar 1948 verfolgte Politik der „Ausräucherung der Westmächte aus Berlin“<sup>263</sup> war insoweit nur Mittel zum Zweck, sollte sie den Bündnispartnern von einst doch zeigen, dass sie neben Berlin auch ihre Glaubwürdigkeit bei den Deutschen aufs Spiel setzten, wenn sie in ihren Zonen den Alleingang anstrebten.

Seit Monaten hatte man sich in Moskau und in der SMAD darauf vorbereitet, „in der sowjetischen Besatzungszone umgehend eine Währungsreform durchzuführen, sobald die Durchführung einer separaten Währungsreform in den Westzonen angekündigt wird“. In Berlin, auch in den westlichen Sektoren, sollte parallel „ein Umtausch in die neuen Zahlungsmittel der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vorgenommen“<sup>264</sup> werden. Auf genau dieses Szenario war die Londoner Regierung vorbereitet. Während nichts gegen eine separate Geldumstellung in der SBZ sprach, wollten Attlee und Bevin, allein schon um die Kontrolle über den eigenen Sektor nicht zu verlieren, mit der Einführung einer dritten, eigenständigen Währung für die westlichen Sektoren reagieren,<sup>265</sup> sollte die Sowjetunion auf einer Währungseinheit zwischen Groß-Berlin und ihrer Zone beharren. Und doch gaben beide sich nicht der Illusion hin, die West-Ost-Differenzen damit aus dem Weg räumen zu können. Vielmehr wussten sie, dass Währungsfragen nur ein Teilaspekt der übergeordneten politischen Fragen waren und dass die russische Reaktion auf die Währungsreform im Westen in Wirklichkeit eine Reaktion auf die politischen Beschlüsse von London darstellte.

Weil aber die Ankündigung der Geldreform fast auf den Tag mit der Annahme der Londoner Empfehlungen im französischen Parlament zusammenfiel, konnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, die sowjetische Seite reagiere in erster Linie auf die Geldumstellung. Diesen Umstand machte Moskau sich am 18. Juni mit einem raffinierten Schachzug zunutze. Statt, wie eigentlich vorgesehen, die

<sup>263</sup> Semenov an MID, 23. April 1948, in: DIE UdSSR UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Bd. 3, Dok. 150, S. 589.

<sup>264</sup> Sokolovskij an Molotov, 23. Dezember 1947, in: ebd., Dok. 128, S. 474–479 (S. 474, 478). Stalin wurde der Entwurf der Verordnung des Ministerrates zur Durchführung einer Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone am 14. Mai 1948 vorgelegt; vgl. Molotov an Stalin, 14. Mai 1948, in: ebd., Dok. 160, S. 606–609. Bestätigt wurde die Verordnung am 18. Mai 1948; vgl. NARINSKII, *The Soviet Union and the Berlin Crisis*, S. 65.

<sup>265</sup> Vgl. Minute Bevin (an Attlee), 16. Juni 1948, TNA, FO 800/467 (GER/48/25); Attlee an Bevin, 16. Juni 1948, ebd.

Währungsreform in der östlichen Zone und in ganz Berlin als Antwort auf das Handeln der Westmächte in deren Zonen durchzuführen, unterbrach sie einmal mehr und doch in einem bis dahin präzedenzlosen Ausmaß den Interzonenverkehr: Für Passagiere wurde der Zugverkehr von und nach Berlin eingestellt; Kraftwagen wurde die Einreise untersagt; der Transport auf dem Wasserweg bedurfte einer Sondergenehmigung; Fußgängern wurde der Zutritt in die SBZ verwehrt; und der Güter- und Frachtverkehr auf dem Schienenweg wurde strikten Kontrollen unterworfen.<sup>266</sup> Raffiniert war das Vorgehen, weil die SMAD mit überzeugenden Argumenten darauf hinweisen konnte, die eigene Zone unter allen Umständen vor einer Überschwemmung durch die in den Westzonen wertlos werdende Reichsmark mit schwerwiegenden Folgen für die Inflation schützen zu müssen; weil sie darüber hinaus vortäuschen konnte, von der Geldreform im Westen überrascht worden zu sein, „daher nicht die Möglichkeit in Betracht [gezogen zu haben], Vorbereitungen für eine separate Währungsreform in ihrer eigenen Zone zu treffen“<sup>267</sup> und überhaupt unverändert an einer gesamtdeutschen Lösung interessiert zu sein; und weil sie letztlich – indem sie erneut die über ihren Machtbereich führenden Verkehrswege als Druckmittel einsetzte – ihr eigentliches Ziel verfolgen konnte, den Staatsaufbau im Westen zu stoppen, ohne darauf explizit hinweisen zu müssen und ohne sich dem Vorwurf ausgesetzt zu sehen, unverhältnismäßig und unverantwortlich zu handeln.

Aus London erhielt Robertson keine Anweisungen, wie er auf das sowjetische Vorgehen reagieren sollte. Attlee und Bevin hatten die generelle Linie am 16. Juni festgelegt: *eine* Währung für Groß-Berlin unter Viermächteaufsicht wenn möglich; eine *separate* Währung für die Westsektoren Berlins wenn nötig. Am Abend nach Bekanntgabe der Währungsumstellung in den Westzonen hatte der gesundheitlich angeschlagene Außenminister die britische Hauptstadt verlassen, um sich, wie er meinte, einige Tage auf der Halbinsel Sandbanks zu erholen.

Robertson wollte gleich nach der Unterbrechung des Interzonenverkehrs energisch bei Sokolovskij protestieren. Clay und Murphy hingegen hielten die sowjetische Reaktion nicht nur für nachvollziehbar, sondern alles in allem als kurzfristige Maßnahme zum Schutz der östlichen Zone auch für angemessen. Deshalb wollten sie einige Tage verstreichen lassen, um herauszufinden, was wirklich hinter den Anordnungen der SMAD steckte.<sup>268</sup>

Als die sowjetische Militärverwaltung am 19. Juni in einer „Erklärung an das deutsche Volk“<sup>269</sup> Groß-Berlin wirtschaftlich als Teil der eigenen Besatzungszone bezeichnete und Sokolovskij diese Aussage einen Tag später in einem Schreiben

<sup>266</sup> Vgl. Mitteilung der SMAD vom 18. Juni 1948 über die Unterbrechung des Interzonenverkehrs, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 50, S. 68; Robertson an FO, 19. Juni 1948, TNA, FO 371/70688 (C 4799/4794/18); auch in: DBPO Berlin, No. 16.

<sup>267</sup> Sokolovskij an Clay, 22. Juni 1948, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 52, S. 69f. (S. 69).

<sup>268</sup> Vgl. Murphy an Marshall, 19. Juni 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 910f. Zu Bevin vgl. Personal Diary of Events of Secretary of State, TNA, FO 800/865; FO Minute Roberts, 25. Juni 1948, TNA, FO 800/460 (EUR/48/26). Vgl. auch WOLFF, Währungsreform in Berlin, S. 58–82.

<sup>269</sup> Aufruf der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, 19. Juni 1948, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 51, S. 68f.

an die westlichen Militärgouverneure wiederholte, bat Clay, um eine Deeskalation der Lage bemüht, um ein Treffen der Finanzexperten aller vier Mächte in der Hoffnung, eine gemeinsame Lösung für Berlin finden zu können. Auch wenn die Gespräche sich am 22. Juni bis in die späten Abendstunden hinzogen, wurde rasch erkennbar, dass die SMAD weder eine separate Währung für ganz Berlin noch das auf britische und französische Initiative zurückgehende Kompromissangebot der Gültigkeit der in Kürze in der SBZ einzuführenden Währung in Berlin unter Aufsicht der Alliierten Kommandantur akzeptieren würde. Noch während die Finanzexperten tagten, informierte Sokolovskij seine westlichen Kollegen, am nächsten Morgen „eine Währungsreform in der Sowjetzone und im Gebiet von Groß-Berlin einzuführen“. Die amtierende Oberbürgermeisterin Louise Schroeder wurde „zur strikten Durchführung“ des zeitgleich ergehenden „Befehls Nr. 111“ aufgefordert.<sup>270</sup>

Damit war die Eskalationsspirale endgültig in Gang gesetzt. Wollten Amerikaner, Briten und Franzosen – wie Magistrat und Stadtverordnetenversammlung – die von Moskau über die Währungsfrage faktisch beanspruchte politische Souveränität über ganz Berlin nicht widerspruchslos hinnehmen, dann mussten sie reagieren. Clay und Robertson waren sich einig, die Währung der Westzonen auch in ihren Sektoren einzuführen, allerdings in einer mit „B“ gestempelten Sonderform, um dem speziellen Charakter der eigenen Sektoren, die sie aufgrund des Viermächtevorbehalts bewusst nicht als Teil der westlichen Zonen verstanden wissen wollten, Rechnung zu tragen.<sup>271</sup> Frankreich schloss sich auf massiven Druck zwar in letzter Minute der separaten Geldumstellung in den Westsektoren an. Im gleichen Atemzug distanzierte sich die französische Regierung jedoch von den mit der Entscheidung verbundenen „unabsehbaren Konsequenzen“ und wies „jegliche Verantwortung“ für eine Eskalation der Lage von sich.<sup>272</sup>

In dem Moment, in dem in allen vier Zonen und in allen vier Sektoren insgesamt drei neue Währungen eingeführt wurden, erlosch auch die Gültigkeit der alten Reichsmark. Die von der SMAD für die Unterbrechung des Interzonenverkehrs vorgeschobenen Gründe waren damit entfallen. Von einer Aufhebung der Zugangsbeschränkungen war aber an keiner Stelle die Rede. Schnell wurde der britischen Militärregierung in Berlin und den Diplomaten in London deshalb klar, dass die Sowjetunion ein anderes Spiel spielte, dass es sich, anders als Clay und Murphy ursprünglich hatten einräumen wollen, von Beginn an um eine rein politische Entscheidung Moskaus handelte, die weit über Berlin hinausreichte und auf ganz Deutschland zielte.

<sup>270</sup> Schreiben Sokolovskijs an Clay, 22. Juni 1948, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 52, S. 69f.; Schreiben des Chefs des Stabes der SMAD an Louise Schroeder (Auszug), 22. Juni 1948, in: ebd., Nr. 53, S. 70.

<sup>271</sup> Vgl. Robertson an Sokolovskij, 23. Juni 1948, in: DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE, Nr. 54, S. 70f. Als Zahlungsmittel wurde auch die Ostmark in den westlichen Sektoren Berlins akzeptiert.

<sup>272</sup> Clay an Draper, 23. Juni 1948, in: CLAY PAPERS, II, S. 692. Vgl. auch CLAY, Decision in Germany, S. 362–365; BUFFET, Mourir pour Berlin, S. 155–164.

Auch wenn Stalin an der alleinigen Kontrolle der sowjetisch besetzten Zone festhielt, war man im Foreign Office nach wie vor davon überzeugt, dass er, wie die Westmächte, unverändert auf die Einheit des besiegten Deutschland setzte – und sei es allein, um die Gefahr eines deutschen Revanchismus und Irredentismus erst gar nicht aufkommen zu lassen. Es war das alte Argument Austen Chamberlains, von dem sich auch die britische Regierung seit den ausgehenden Kriegstagen in ihrer Deutschlandpolitik hatte leiten lassen, wonach in dem Ringen um Deutschlands Seele in erster Linie die Herzen der Deutschen gewonnen werden mussten.

Vor diesem Hintergrund hatte sich ungeachtet gegensätzlicher Anzeichen im britischen Außenministerium die Überzeugung durchgesetzt, dass Stalin kaum so töricht sein werde, eine vollständige Blockade über die westlichen Sektoren Berlins zu verhängen.<sup>273</sup> Wenn ihm also daran gelegen war, die Deutschen für sich zu gewinnen, dann konnte er versuchen, gezielt die Autorität der Westmächte in Berlin zu untergraben – wie Anfang April, als er mit einer Teilblockade der westlichen Garnisonen für große Nervosität unter den westlichen Militärgouverneuren gesorgt hatte. Mit einer vollständigen Blockade der Hauptstadt ließ sich aber allenfalls das Gegenteil des Beabsichtigten erreichen; er würde die Berliner in den Westsektoren in die Arme der Westmächte, nicht jedoch in seine eigenen treiben.

So durch und durch vernünftig diese Überlegungen auch sein mochten, letztlich spiegelten sie das klassische Denken demokratischer Entscheidungsträger wider. Die Rücksichtnahme auf den Volkswillen ist Diktatoren hingegen fremd, nehmen sie doch für sich in Anspruch, den Willen des Volkes a priori zu kennen und danach zu handeln. Die Entwicklungen in den ‚Volksdemokratien‘ Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas und nicht zuletzt in der sowjetischen Zone waren dafür ein eindrücklicher Beweis.

Wenn die Londoner Entscheidungsträger nicht mit einer Blockade ihrer östlichen Exklave rechneten, so gaben sie sich doch nicht der Illusion hin, Stalin könnte sich mit dem einseitigen Vorgehen der Westmächte in Westdeutschland abgefunden haben. Im Gegenteil: Mit der Verabschiedung der Londoner Beschlüsse und der Ankündigung einer Währungsreform in den westlichen Zonen hatten sie nicht nur die konkreten Ereignisse, sondern auch den Zeitpunkt, zu dem mit sowjetischen Gegenmaßnahmen zu rechnen war, intern recht genau vorausgesagt. Sämtliche Überlegungen und Planspiele der britischen Regierung gingen davon aus, dass die Sowjetunion bemüht sein könnte, den östlichen Sektor in die SBZ zu integrieren, die politische Souveränität über Groß-Berlin mit der Durchführung einer an die eigene Zone gekoppelten Währungsreform für sich zu reklamieren und in jedem Fall den Druck auf die westlichen Garnisonen in Berlin noch einmal zu erhöhen. Das übergeordnete Ziel war dabei, die Westmächte von der Um-

<sup>273</sup> Vgl. British Position in Berlin. Record of Meeting held in Sir W. Strang's Room, 23. April 1948, TNA, FO 371/70492 (C 3580/3/18/G); CLAY, Decision in Germany, S. 361. Anders: Summary of Indications Regarding Soviet Foreign Policy, o. D. [Anfang Juni 1948], TNA, FO 371/71671 (N 8818/207/38G).

setzung der Londoner Empfehlungen abzubringen. Weiter gehende Szenarien hatten in der Vorstellungswelt von Whitehall keinen Platz. Und so verabschiedete sich Bevin bei Attlee mit einer vagen Notiz in den Urlaub, die dem Premier gleichwohl den Eindruck vermitteln musste, sein Außenminister sei Herr der alles andere als überschaubaren Lage.

We cannot foresee in what other ways the Russians might react. [...] The Military Governor and his Western colleagues have, I am sure, made such plans as are possible for dealing with developments.<sup>274</sup>

Dabei hatte die Deutschlandabteilung kurz zuvor einräumen müssen, „zurzeit nur sehr wenig über unsere Pläne in Berlin sagen zu können“, um lapidar hinzuzufügen: „Wir haben nicht die Absicht, [Berlin] zu verlassen.“<sup>275</sup>

Detaillierte Krisenszenarien für den Fall einer Blockade der Westsektoren gab es also weder in London noch in Berlin. Allerdings hatten sich in den letzten Monaten drei Grundsätze herauskristallisiert, die den Kern der Berlin- und Deutschlandpolitik des Außenministers ausmachten. Erstens: Ungeachtet bestehender Bedenken in Berlin und London stand für Bevin seit den Tagen des kommunistischen Umsturzes in Prag fest, dass die Westmächte *langfristig* an ihrer Stellung in Berlin festhalten mussten, wollten sie einen Dominoeffekt und damit den Zusammenbruch ihrer Machtposition in Deutschland und Europa nicht selbst provozieren.

Zweitens war Bevin darum bemüht, eine militärische Eskalation in und um Berlin zu vermeiden. Prinzipiell war er davon überzeugt, dass auch Stalin einen Waffengang scheute. Daher setzte er auf einen Kurs, der dem Kreml einen gesichtswahrenden Rückzug ermöglichen sollte. Zugleich musste er darauf bedacht sein, sein Land nicht in eine Situation zu manövrieren, in der der schmachvolle Rückzug oder die militärische Eskalation als Optionen verblieben. Gerade deshalb durfte er auch nicht auf eine Politik des *brinkmanship* gegenüber Moskau verzichten – ganz so, wie das der zunehmend von Bedenken getriebene britische Militärgouverneur Anfang April ohne Rücksprache mit Bevin getan hatte, als er nach dem tödlichen Zwischenfall von Gatow militärischen Begleitschutz für sämtliche Flugzeuge angeordnet hatte, um die kleine Luftbrücke nach Berlin ungestört aufrechterhalten zu können. Moskau hatte er damit zu verstehen gegeben, eine Störung oder gar eine Unterbrechung des Flugverkehrs nach Berlin in den völkerrechtlich verbindlich festgelegten Luftkorridoren nur zum Preis einer militärischen Eskalation mit potentiell verheerenden Konsequenzen zu dulden.

Die kleine Luftbrücke mochte sich in den ersten Apriltagen als erfolgreiches Mittel erwiesen haben, die sowjetische Miniblockade zu brechen, ohne die Westmächte in eine ausweglose Lage gebracht und ohne Moskau gedemütigt zu haben. Und doch waren schon diejenigen, die eine umfassende Blockade der westlichen Garnisonen, also nicht der Westsektoren als Ganzes, befürchteten, davon überzeugt, dass eine Luftbrücke mangels Kapazitäten nicht mehr als ein Passier-

<sup>274</sup> Bevin an Attlee, 16. Juni 1948, TNA, FO 800/467 (GER/48/25).

<sup>275</sup> FO Minute Kirkpatrick, 14. Juni 1948, TNA, FO 371/70485 (C 4509/2/18).

schein in eine Möglichkeitswelt sein konnte, der in der realen Welt des Kalten Krieges nicht eingelöst werden konnte.

Drittens war Bevin seit dem gescheiterten Londoner Außenministerrat Mitte Dezember 1947 entschlossen, den Staatsaufbau im Westen voranzutreiben und die Londoner Empfehlungen von Anfang Juni 1948 unter keinen Umständen erneut zur Disposition zu stellen. Der Sowjetunion aus einer Position der Stärke zu begegnen, bedeutete auch, einen demokratischen, föderal organisierten und ökonomisch im Westen Europas verankerten westdeutschen Teilstaat zur *Conditio sine qua non* eines Europas in Einheit und Freiheit und damit zum Ausgangspunkt einer langfristigen Transformation des europäischen Staatensystems zu erklären.

In der Summe dieser drei Grundsätze verblieb der Regierung also nur ein sehr enger Handlungsspielraum. Bevin mochte sich mit den Einsichten seines engsten Mitarbeiters, Frank Roberts, aus dessen Moskauer Tagen trösten:

[T]he rulers of Russia [...] do not charge into brick walls even when they have the necessary strength to break them down, but prefer to wait and find some means of either getting round or climbing over the wall. There is therefore infinitely less danger of sudden catastrophe with the Russians than with the Germans.<sup>276</sup>

Und doch ließ sich nicht leugnen, dass, wie von Stalin erhofft und von Bevin befürchtet, die Berlinfrage zur Prestigefrage geworden war. Genau davor aber hatte Roberts im März 1946 gewarnt, als er schrieb: „[While] we must be strong, and look strong[, ...] this strength [...] should always take account of Soviet susceptibilities and prestige.“<sup>277</sup> Gerade deshalb hatte Bevin es stets vermieden, den britischen Verbleib in Berlin öffentlich zur Prestigefrage zu erklären, auch wenn er wusste, dass das Prestige des Vereinigten Königreichs in der deutschen Hauptstadt sehr wohl auf dem Spiel stand. Denn an dem, was die Westmächte erwartete, sollte sich nichts weniger als die Zukunft des Ost-West-Konflikts entscheiden: an der Blockade Berlins.

<sup>276</sup> Roberts an Bevin, 17. März 1946, in: DBPO, Series I, Vol. VI, No. 82, S. 315–326 (S. 323).

<sup>277</sup> Roberts an Bevin, 18. März 1946, in: ebd., No. 83, S. 326–332 (S. 330).

